

FÖS-NEWS 45 – OKTOBER 2008

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN FINANZREFORM

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

GREEN BUDGET GERMANY

Chefredakteur und Vorsitzender: Dr. Anselm Görres

FÖS-Vorstand: Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Edgar Endrukaitis, Johannes Lackmann, Bettina Meyer

FÖS-Team: Ines Steiger, Damian Ludewig, Sebastian Schmidt

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 e-Mail: foes@foes.de

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

**GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.
ISSN 1867-0776**

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG.....	2
2.	GREEN BUDGET EUROPE	2
3.	FÖS IN DEN MEDIEN	3
4.	ÖFR DEUTSCHLAND	5
5.	ÖFR INTERNATIONAL	10
6.	FINANZMARKTKRISE UND UMWELTSCHUTZ	12
7.	KLIMASCHUTZ	24
8.	VERKEHR	32
9.	ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK	39
10.	LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN.....	48
11.	TERMINE	50
12.	JOBANGEBOTE	51

FÖS-NEWS 45 – OKTOBER 2008

1. EINFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in turbulenten Zeiten, in Krisenzeiten. Die beiden prominentesten Krisen sind die Klima- und nun die Finanzkrise. Beide Krisen führen den Marktfundamentalismus ad absurdum und zeigen: Der Markt braucht einen ökologischen und sozialen Rahmen – national, europäisch, wie auch international (siehe Kapitel 6). Mit unserer „Umfirmierung“ zu Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (am 1. Juni 2008) haben wir offenbar den Nerv der Zeit getroffen und dafür bereits viele positive Rückmeldungen und erfreulicherweise auch neue Mitglieder bekommen. Dass der neue Name auch Programm ist, zeigen unsere aktuellen Aktivitäten: Auf unserer Jahrestagung und Mitgliederversammlung im Mai/Juni hatten wir beschlossen, uns stärker den sozialen Aspekten einer Ökologischen Finanzreform (ÖFR) zu widmen und ein eigenes Konzept zum Thema Öko- bzw. Klimabonus zu entwickeln. In den nächsten Wochen werden wir nun mit Vertretern von NGOs und Wissenschaft mögliche Maßnahmen einer ÖFR diskutieren, die neben ihrer ökologischen Lenkungswirkung ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit legt. So sollen auf der Aufkommenseite Maßnahmen ergriffen werden, die eher mittlere und obere Einkommensschichten als sozial Schwache treffen (z.B. Reform der Dienstwagenbesteuerung, Ticketabgabe im Flugverkehr u.ä.) und auf der Verwendungsseite der Öko- bzw. Klimabonus als sozial gerechtes Instrument der Rückerstattung diskutiert werden. Weitere Gespräche mit Wirtschaftsvertretern, Gewerkschaften und Sozialverbänden sollen folgen.

Ein besonderer Erfolg unserer Arbeit war unsere erfolgreiche Gründungskonferenz von Green Budget Europe, über die wir im folgenden Kapitel berichten.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr FÖS-Redaktionsteam

2. GREEN BUDGET EUROPE

Green-Budget-Europe gegründet!

Am 25.09.2008 hat sich mit der Konferenz „MBIs for the Environment – Prospects for Progress in the EU“ in Brüssel Green Budget Europe als europaweiter Dachverband für politische Lobbyarbeit im Bereich marktwirtschaftlicher Umweltpolitik konstituiert. Umweltexperten und Politiker aus 18 Ländern begrüßten die vom FÖS vorgestellten Ziele, Prinzipien und Strukturen mit minimalen Änderungsvorschlägen und lobten unsere Initiative als absolut notwendig und eigentlich überfällig. Green Budget Europe soll im Bereich MBI (Marktbasierte Instrumente) ein Netzwerk der wichtigsten Experten und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, NGOs und Wissenschaft bilden um so Europas wachsendem Einfluss auf die Umweltpolitik gerecht zu werden und die vielfältigen europäischen Kontakte des FÖS zu intensivieren und zu bündeln. Als prominente Unterstützer konnten beispielsweise bereits Franz Fischler, ehemaliger EU-Agrar-Kommissar und Präsident des Öko-Sozialen Forums, Yannis Paleocrassas, ehemaliger EU-Umwelt-Kommissar und ehemaliger griechischer Finanzminister sowie Martin Bursík, Vize-Kanzler und Umweltminister der Tschechischen Republik gewonnen werden.

Bei der Brüsseler Gründungskonferenz diskutierten die mehr als 100 TeilnehmerInnen notwendige Schritte zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft. Im Mittelpunkt standen eine Ökologische Steuerreform auf EU-Ebene sowie der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Zu den TeilnehmerInnen gehörten Mitglieder der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, internationaler Organisationen wie der OECD und Nichtregierungsorganisationen sowie Vertreter nationaler Ministerien und Wissenschaftler.

Zu den Präsentationen:

http://www.foes.de/en/PresentationsGBE_Launch.php

Zu Fotos der Konferenz:

<http://www.foes.de/en/photosGBELaunch.php>

3. FÖS IN DEN MEDIEN

Staatsumilliarden für Umweltsünder Greenpeace: Merkel will sich nicht mit Lobbygruppen anlegen

[Heute.de vom 14.09.2008] Greenpeace hat die Bundesregierung aufgerufen, umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen schnell abzubauen. Derzeit fördere der Staat die Umweltzerstörung indirekt mit jährlich 34,5 Milliarden Euro, heißt es in einer Studie.

Kurzfristig könnten 9,8 Milliarden Euro dieser Subventionen abgebaut werden, heißt es in der **Studie des Forums Ökologisch-soziale Marktwirtschaft** im Auftrag von Greenpeace. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rede viel von Umweltschutz, habe aber „nicht den Mut, sich mit den mächtigen Lobbygruppen der Industrie anzulegen“, erklärte Stefan Krug, Leiter der politischen Vertretung von Greenpeace. Stattdessen erhielten Stromkonzerne, Autoindustrie und andere Großunternehmen weiterhin „Steuergeschenke auf Kosten der Umwelt und der Allgemeinheit“.

Steuerbefreiung für Kernbrennstoffe

Insbesondere Kohle- und Atomkonzerne profitierten davon. Durch die Nicht- oder Geringbesteuerung der klimaschädlichen Kohle gingen dem Bundeshaushalt jährlich 3,7 Milliarden Euro verloren, während das umweltfreundlichere Erdgas besteuert werde. Braunkohle als klimaschädlichster Brennstoff werde dagegen mit mindestens 200 Millionen Euro für den Tagebau gefördert.

Die Betreiber von Atomkraftwerken sparten durch die Steuerbefreiung für Kernbrennstoffe jährlich 1,6 Milliarden Euro ein. Weitere 800 Millionen Euro bringe ihnen die Steuerfreiheit der Rückstellungen für den künftigen Abbau der Atommeiler.

Keine Mehrwertsteuer für Fernflüge

Zudem verursache die geringere Mineralölsteuer auf Diesel-Kraftstoff einen Steuerausfall von 6,15 Milliarden Euro. Dabei werde durch Diesel mehr Kohlendioxid als durch Benzin ausgestoßen. „Spendabel“ zeige sich der Staat vor allem „beim umweltschädlichsten Transportmittel“, dem Flugzeug. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin schlage mit 8,7 Milliarden Euro zu Buche.

Weitere 600 Millionen Euro Steuervorteil erhielten die Fluggesellschaften im Inland durch die Befreiung von der Mehrwertsteuer bei Fernflügen, während die Bahn im Fernverkehr den vollen Steuersatz zahlt. Auf eine halbe Milliarde Euro verzichte der Staat zudem durch die geringe Steuer für privat genutzte Dienstwagen, heißt es in der Studie weiter. Nicht mit eingerechnet seien dabei die Milliardenausfälle durch die Abschreibung der Anschaffungskosten.

<http://www.heute.de/ZDFheute/druckansicht/5/0,6903,7379781,00.html>

Ähnliche Artikel u.a. unter:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,578239,00.html>

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1594501-Umweltschaedliche-Subventionen.html

<http://www.direktbroker.de/news-kurse/printarticle/Marktberichte/Print/19497423>

Zur Studie:

<http://foes.de/de/dienstwagen.php>

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/Greenpeace_Subventionsstudie_final.pdf

Dienstwagensteuer fördert Klimaschleudern

[Dr. Anselm Görres und Damian Ludewig, FÖS, umwelt aktuell Ausgabe 10.2008] Gibt es medizinische Gründe dafür, dass Ärzte Patienten im Porsche besuchen müssen? Ist unser Straßennetz so schlecht, dass Außendienstler sich im Geländewagen fortbewegen müssen? Fakt ist: 90 Prozent aller neu zugelassenen Geländewagen werden gewerblich zugelassen, nicht von Privatpersonen. Überhaupt wächst der Dienstwagenanteil mit dem Preis und dem Hubraum: je höher die Wagenklasse, desto höher der Anteil der Firmenwagen. Das kommt nicht von ungefähr. In vielen Bereichen verlangt das deutsche Steuerrecht die strikte Trennung privater und geschäftlicher Zwecke. Nicht aber bei Firmenfahrzeugen: Hier lassen sich private Komfort- und Prestigewünsche nahezu unbegrenzt auf Kosten des Finanzamts ausleben. Wer teure Autos mit kostspieligen Extras und hohem Verbrauch kauft, bekommt die Mehrwertsteuer

voll zurück und kann alle Kosten betrieblich geltend machen.

Statusfahrzeugnutzer profitieren

Hauptnutznießer dieses großzügigen Status quo sind angestellte Firmenwagennutzer, insbesondere Führungskräfte, nicht aber Firmeninhaber oder Freiberufler. Denn Unternehmer oder Selbstständige zahlen immer wenigstens den Teil der Kosten selbst, der nach Steuerabzug bleibt, meist also mindestens die Hälfte. Angestellte hingegen profitieren von einer großzügigen Pauschalregelung, der Listenpreismethode: Für einen Dienstwagen werden jährlich zwölf Prozent vom Bruttolistenpreis – das ist der Neupreis plus Sonderausstattungen inklusive Mehrwertsteuer – als zu versteuernder geldwerter Vorteil angerechnet und als Mehreinkommen mit dem persönlichen Steuersatz besteuert. Mit dieser Pauschale wird eine legale Privatnutzung von bis zu 90 Prozent abgegolten. Sofern der Arbeitgeber keine Kostenbeteiligung verlangt, gilt für Angestellte bei jedem Privatkilometer der absolute Nulltarif. Angestellte und nicht selten auch Angehörige können das Fahrzeug privat nutzen und sich jeden Cent von der Firma erstatten lassen.

Tarifangestellte – zum Beispiel Außendienstler oder Servicetechniker – bekommen meist Funktionsfahrzeuge, Führungskräfte fahren vornehmere Statusfahrzeuge. Bei den Funktionsfahrzeugen ist Privatnutzung selten, bei Statusfahrzeugen die Regel. Eine Eigenbeteiligung an den Kosten der Privatfahrten wird nur jeder zehnten Führungskraft abverlangt.

Verschwendung lohnt sich

Die Orientierung der Privatnutzungspauschale am Bruttolistenpreis von Neufahrzeugen macht es zum einen wenig lohnend, Gebrauchtfahrzeuge als Firmenwagen zu erwerben. Zwar spart das Unternehmen, doch der zu versteuernde geldwerte Vorteil der Privatnutzung vermindert sich nicht. Zum anderen führt die Berechnungsmethode zu einer Bestrafung derjenigen, die lieber ein teureres Modell mit niedrigerem Verbrauch wählen würden. Ihre Privatnutzungspauschale erhöht sich, ohne dass sie von den späteren, niedrigeren Verbrauchskosten profitieren würden.

Von der deutschen Dienstwagenbesteuerung nutzen sie damit all jene, die am meisten und am wei-

testen fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatnutzungsanteil aufweisen, die teuersten und neuesten Fahrzeuge nutzen, den verschwenderischsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Zwar erhöht dieser die Last des zugerechneten geldwerten Vorteils. Der Vorteil einer im Übrigen kostenlosen Privatnutzung überwiegt dies aber bei Weitem. Um sich privat ein gleichwertiges Fahrzeug leisten zu können, müsste ein Angestellter deutlich mehr brutto verdienen. Kein Wunder, dass Firmenwagenzusagen oder Auto-Upgrades oft beliebter sind als Gehaltserhöhungen.

Auch wenn es keine Klimaprobleme gäbe, wären diese generösen Regeln ein fiskalisches und volkswirtschaftliches Problem und ein verteilungspolitischer Skandal. Sie laden ausgerechnet die wirtschaftlich Stärksten zum verschwenderischen Umgang mit betrieblichen Ressourcen ein. Alle Steuerzahler subventionieren so eine wohlhabende Minderheit von Managern, Freiberuflern und Firmeninhabern sowie indirekt die deutsche Autobranche.

Immer mehr Dienstwagen

Unter Klimagesichtspunkten wird dieser Zustand erst recht pervers. 2007 sank die Zahl neu zugelassener Privat-Pkw von 1,6 auf unter 1,2 Millionen. Höhere Mehrwertsteuer, gekürzte Pendlerpauschale und schwache Kaufkraft der Arbeitnehmer lassen grüßen. Firmen und Selbstständigen hingegen geht es prima. Sie steigerten ihre Pkw-Käufe von 1,7 auf 1,9 Millionen. Kein Wunder, dass der Anteil der Dienstwagen an allen Neuzulassungen erstmals bei 62 Prozent liegt. Stärker denn je bestimmen die Firmenkäufer von heute damit den dank perverser Anreize unökologischen deutschen Pkw-Fuhrpark von morgen.

Wer solche Fehlentwicklungen korrigieren will, muss an mindestens drei Hebeln ansetzen: bei der betrieblichen Absetzbarkeit des Kaufpreises über Abschreibungen, der Behandlung der laufenden Treibstoffkosten und der Berechnung des geldwerten Vorteils. Im Auftrag von Greenpeace hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) einen Vorschlag entwickelt, der – anders als andere Reformvorschläge – bei allen drei Hebeln eine Klimakomponente einführt. Nur dann werden Firmen und Dienstwagennutzer dazu motiviert, klimagerechte Fahrzeuge zu erwerben statt

nur ihren persönlichen Status und Luxus zu optimieren.

Reform muss zum Klimaschutz beitragen

Über eine Bonus-Malus-Regelung sollen Fahrzeuge mit niedrigen Verbrauchswerten gefördert werden. Wer von 2009 bis 2011 ein Fahrzeug mit 130 bis 140 Gramm Kohlendioxidausstoß pro Kilometer erwirbt, kann weiterhin alle Kosten voll absetzen. Wer aber Klimaschleudern kauft, kann künftig nur einen Teil der Anschaffungs- und Treibstoffkosten steuerlich geltend machen. Eine ähnliche Staffelung gilt für Nutzer von Dienstwagen. Bei Fahrzeugen im Zielkorridor ändert sich nichts an der Ermittlung des geldwerten Vorteils. Doch für Pkw mit höheren Emissionen muss ein höherer Vorteil versteuert werden – 13 bis 26 Prozent vom Listenpreis –, für verbrauchsarme Fahrzeuge verringert sich der Faktor auf vier bis zehn Prozent vom Kaufpreis. Nach 2011 sollen die CO₂-Zielwerte schrittweise auf 100 Gramm abgesenkt werden. Bei Elektroautos sollen die indirekten Emissionen anhand der Durchschnittsemissionen deutschen Stroms zugrunde gelegt werden.

Dies ergäbe für den Nutzer eines VW Polo eine jährliche Entlastung von 786 Euro, für die Nutzung eines BMW X5 als Dienstwagen eine Belastung von 6.255 Euro. So könnten bis 2020 die CO₂-Emissionen des Pkw-Verkehrs in Deutschland um fünf bis zehn Prozent sinken.

Es wird Zeit, dass die Steuergesetze nicht privaten Luxus und Kfz-Industrie fördern, sondern zum raschen Umbau des Fahrzeugparks in Richtung Klimaschutz beitragen. Damit bekäme auch die deutsche Autoindustrie die Signale, die sie offenbar braucht. Nicht Autohersteller und Dienstwagennutzer sind vor den Zumutungen der Klimapolitik zu schützen, sondern das Klima vor den Zumutungen der Autowelt.

<http://www.foes.de/de/downloads/ArtikelReden/ua2008-10-dienstwagen.pdf>

Der Artikel erschien in ähnlicher Form unter dem Titel „So taugt die Dienstwagensteuer nichts“ auch am 13.8.2008 als Gastbeitrag im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung.

Weitere Informationen zum Thema Dienstwagenbesteuerung:

<http://foes.de/de/dienstwagen.php>

4. ÖFR DEUTSCHLAND

Spediteure erbost über die bevorstehende Mauterhöhung

[lvz-online.de vom 13.10.2008] Nach der kürzlich beschlossenen Mauterhöhung für Lastwagen fühlen sich sächsische Spediteure von der Politik im Stich gelassen. „Man kann im Grunde genommen die Lust verlieren“, sagte der Präsident des Fachverbandes Möbelspedition und Logistik Mitteldeutschland, Peter Gebauer, in Leipzig.

Die Fuhrunternehmer hatten heftig gegen die Anhebung der Maut protestiert, weil sie für sich Wettbewerbsnachteile sehen. „Wir haben viel getan – und nichts erreicht“, meinte Gebauer. Die durchschnittliche Autobahngebühr soll nächstes Jahr von 13,5 auf 16,3 Cent je Kilometer steigen; nur der Bundesrat muss noch zustimmen.

„Man versteht ja die Politik: Dieser Staat braucht Geld“, sagte der Verbands-Präsident. „Aber doch bitte nicht immer von einer bestimmten Klientel, nämlich von denen, die ein Fahrzeug mit vier Rädern besitzen.“ Gebauer sieht seine Branche nicht nur von der Mauterhöhung belastet. Auch die Kraftstoffpreise machten den Spediteuren zu schaffen. Gebauer kritisiert jedoch nicht nur, dass Mineral- und Ökosteuer die Benzinpreise „künstlich verteuert“ hätten. Auch unabhängig davon sei die Preisentwicklung fragwürdig: „Das Barrel Öl wird immer billiger - aber die Tankstellen reagieren nur minimal nach unten“, sagte er. Die kräftigen Preisanstiege der Vergangenheit seien hingegen stets mit dem steigenden Ölpreis begründet worden. Die Spediteure fühlten sich verschaukelt. Einen regelrechten Kollaps des Verkehrsgewerbes befürchtet Gebauer jedoch nicht. „Es wird immer etwas von A nach B zu transportieren geben.“ Die Frage sei nur, wem es im globalisierten Wettbewerb gelingt, die Kosten zu schultern und zu überleben.

<http://www.lvz-online.de/aktuell/content/75696.html>

DNR: CSU-Chef Huber ist ungläubwürdig

[DNR Pressemitteilung 14/2008 vom 08.09.2008] Als populistisches Wahlkampfgeschwätz hat heu-

te in Berlin DNR-Präsident Hubert Weinzierl die Forderung von CSU-Chef Erwin Huber nach einer Abschaffung der Öko-Steuer bezeichnet. „Wer in Berlin die Öko-Steuer beschließt und in München bekämpft, ist als Vorsitzender einer Volkspartei unglaubwürdig“, sagte Weinzierl.

Mit der 1998 eingeführten Öko-Steuer soll das Verhalten von Investoren und Konsumenten behutsam verändert und der Energieverbrauch verringert werden. Die Öko-Steuer soll vor allem zu einer Korrektur falscher Preise führen. Mit ihrem jährlichen Gesamtaufkommen von 18 Mrd. Euro trägt die Öko-Steuer mit 16,2 Mrd. Euro zur Entlastung der Rentenkassen bei. Ohne Öko-Steuer müssten die Rentner höhere Beiträge und niedrigere Renten in Kauf nehmen.

Der DNR wies Huber darauf hin, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den Beschäftigungseffekt der Öko-Steuer auf 180.000 bis 250.000 Arbeitsplätze beziffert. Nicht zuletzt sei sie ein unverzichtbares Instrument für den Klimaschutz. „Wer die Ökosteuern bekämpft, fördert den Klimawandel und gefährdet Arbeitsplätze“, sagte DNR-Präsident Weinzierl.

www.dnr.de

Einnahmen aus „Umweltsteuern“ um 919 Millionen Euro gesunken

[Presseportal.de vom 08.07.2008] Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, betragen die Einnahmen aus „umweltbezogenen Steuern“ nach Angaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen im Jahr 2007 rund 54,2 Milliarden Euro und damit 919 Millionen Euro (1,7 Prozent) weniger als im Vorjahr. Von den umweltbezogenen Steuereinnahmen entfielen 2007 knapp 39 Milliarden Euro auf die Energiesteuer (die frühere Mineralölsteuer). Das waren 2,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Kraftfahrzeugsteuereinnahmen blieben fast unverändert bei 8,9 Milliarden Euro (-0,4 Prozent), während die Stromsteuer um 1,3 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro stieg.

Ein wichtiger Grund für den Rückgang der Steuereinnahmen zwischen 2006 und 2007 war die Abnahme der versteuerten Mengen an leichtem Heizöl um rund 40 Prozent – in erster Linie bedingt durch die vergleichsweise milde Witterung im Jahr 2007. Bei den Kraftstoffen insgesamt

(Benzin und Diesel) blieb die versteuerte Menge nahezu gleich (+ 0,5 Prozent), wobei die Menge an versteuertem Benzin um 2,9 Prozent zurückging, während die des versteuerten Dieselmotortreibstoffes um 3,6 Prozent stieg.

In den versteuerten Mengen an Kraftstoffen spiegeln sich nicht unbedingt entsprechende Entwicklungen des Verbrauchs im Inland oder der Fahrleistungen wider. Insbesondere bei größeren Preisunterschieden zwischen In- und Ausland spielt der Tanktourismus in den grenznahen Gebieten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Darüber hinaus ist seit Jahren ein Umstieg auf sparsamere Dieselfahrzeuge festzustellen, so dass nur bedingt Rückschlüsse auf die Fahrleistungen gezogen werden können.

Die Zusammenfassung der drei genannten Steuerarten zu „umweltbezogenen Steuern“ folgt einer auf internationaler Ebene gebräuchlichen Abgrenzung, die alle Steuern zusammenfasst, die den Energieverbrauch, die Emissionen, den Verkehr oder schädliche Stoffausbringungen (Pestizide oder Ähnliches) besteuern, unabhängig von den Beweggründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die so abgegrenzten Umweltsteuern zum Beispiel die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch die Gesetze zur ökologischen Steuerreform (Ökosteuern) ergeben hat. Im Rahmen der ökologischen Steuerreform wurde 1999 die Stromsteuer eingeführt sowie eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze in den Jahren 1999 bis 2003 realisiert. Die Steuersätze liegen derzeit zum Beispiel für unverbleites und schwefelarmes Benzin bei 65,45 Cent je Liter, für schwefelarmen Dieselmotortreibstoff bei 47,04 Cent. Die 2005 eingeführte Lastkraftwagen-Maut für die Benutzung der Autobahnen (Einnahmen im Jahr 2007 rund 3,3 Milliarden Euro) ist nicht in den umweltbezogenen Steuern enthalten.

<http://www.presseportal.de/pm/32102/1224575/mail>

Sigmar Gabriel plant ökologische Steuerreform

[Welt.de vom 23.08.2008] Das Umweltministerium bestätigte, dass Gabriel kürzlich ein entsprechendes Diskussionspapier mit Vorschlägen für

eine „ökologische Industriepolitik“ an Arbeitgeber, Gewerkschaften, Umweltorganisationen und andere Verbände versandt hat. In dem Entwurf verlangt der SPD-Politiker, das System von Steuern und Subventionen grundlegend zu reformieren. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft sei „alternativlos“, heißt es in dem Begleitschreiben Gabriels. Auf einer „Innovationskonferenz“ sollen die Vorschläge am 22. Oktober in Berlin erörtert werden.

Das Papier sieht unter anderem einen Umbau der Agrarförderung vor. Die mehr als 40 Milliarden Euro Subventionen, die die europäischen Steuerzahler jährlich an die Landwirtschaft zahlten, seien nur dann noch zu rechtfertigen, wenn das Geld nicht dem Klima schade. „Wir brauchen eine radikale Umschichtung der Fördermittel“, heißt es. „Auch im Agrarsektor sollte nur noch das gezielt gefördert werden, was einen positiven Effekt auf Natur und Umwelt hat.“

Atomindustrie soll „Brennstoffsteuer“ zahlen

Das Umweltministerium schlägt weiter vor, die Mehrwertsteuer für zahlreiche Waren, die Natur oder Klima schonen, auf sieben Prozent zu senken. Im Gegenzug soll die Steuer bei anderen Produkten auf den üblichen Satz von 19 Prozent angehoben werden. Ziel sei es, der Bevölkerung „einen Anreiz für den Kauf umweltfreundlicher Konsumprodukte zu geben“.

Eine ökologische Reform strebt der Minister auch für die Unternehmensbesteuerung an. So sollen Betriebe, die besonders umweltfreundliche Investitionen vornehmen, die Kosten um bis zu 100 Prozent von der Steuer absetzen dürfen. Reduzieren will Gabriel steuerliche Privilegien für Flugreisende und für Dienstwagenbesitzer. So koste allein die Energiesteuerbefreiung beim Flugbenzin die Steuerzahler knapp sieben Milliarden Euro im Jahr, heißt es in dem Papier.

Für die Atomindustrie sieht das Ministerium eine neuartige „Brennstoffsteuer“ vor. Vorgeschlagen wird eine Abgabe in Höhe von einem Cent pro Kilowattstunde. Dadurch ließen sich „ungerechtfertigte Extraprofite abschöpfen und Einnahmen für den erforderlichen nachhaltigen Umbau unserer Industriegesellschaft generieren“.

Energie-Gipfel mit Schröder

Der SPD-Minister ist mit der Energiepolitik der

eigenen Partei so zufrieden, dass er nun eine Tagung mit dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) veranstaltet. Dort soll die Energiepolitik seit Amtsantritt der rot-grünen Regierung 1998 gewürdigt werden soll. Die Veranstaltung unter dem Motto „Energiestandort Deutschland 1998 bis 2008 – Bilanz und Perspektiven“ findet am 25. September in Berlin statt. Schröder wird der Hauptredner sein. Als Diskussionspartner sind der RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann, Volker Hauff, der Chef des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Eggert Voscherau, Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, und DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel geladen. „Die seit 1998 eingeleitete Energiewende“ habe die „Weichen in Deutschland neu gestellt“, schreibt Gabriel in der Einladung, die der „Welt am Sonntag“ vorliegt. Der Minister verweist hier auf den Atomausstieg, die Gesetze für den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und den Emissionshandel.

<http://www.welt.de/politik/article2343638/Sigmar-Gabriel-plant-oekologische-Steuerreform.html>

zum Diskussionspapier von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel:

Entwurf vom 04. August 2008:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/oeip_themenpapier.pdf

Endversion vom Oktober 2008, die auf der 3. Innovationskonferenz am 22.10.2008 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_oekol_industriepolitik.pdf

In diesem Kontext ist auch auf die Broschüre des BMU hinzuweisen:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_dritte_industr_rev.pdf

Jeder Haushalt könnte 500 Euro Stromkosten sparen

[K.Hauptfleisch, ChannelPartner, 29.09.2008]
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach sich am 25. September 2008 auf der BMU-Konferenz „Energiestandort Deutschland 1998-2008“ für einen Erhalt der Ökosteuer und eine effizientere Energienutzung aus. Explodierende E-

nergiekosten haben im Sommer 2008 die Debatte aufgeworfen, ob die Ökosteuer noch zeitgemäß und den Realitäten angemessen ist.

Ein Wegfall der Ökosteuer würde laut Gabriels Rede unter anderem die Frage aufwerfen, wie die dann fehlenden 18 Milliarden Euro in der Rentenkasse finanziert werden sollen. Stattdessen sei notwendig, den Stromverbrauch in einem Durchschnittshaushalt mit zwei Personen von derzeit 3.500 auf 2.500 Kilowatt zu reduzieren. Dies entspreche einer jährlichen Kostenentlastung von rund 500 Euro pro Haushalt.

Der Effizienzplan des Umweltministeriums sehe vor, den Stromverbrauch mit heutiger Technik bis 2020 um 11 Prozent zu mindern. Bei der Raumwärme, die mehr als die Hälfte des Endenergiebedarfes stellt, liegen die Einsparpotenziale mit heute verfügbarer Technik laut Gabriel bei 70 Prozent.

Gabriels ehrgeiziges Ziel ist es, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien auf 30 Prozent und bis 2030 auf 50 Prozent anzuheben. 70 Prozent der Stromversorgung soll bis 2020 durch Gasverstromung gedeckt werden.

<http://www.channelpartner.de/green-it/266718/>

NaturFreunde unterstützen Gabriels Steuerpläne, fordern aber weitere Schritte

[Eckart Kuhlwein, NaturFreunde, 01.09.2008]
Die deutschen NaturFreunde unterstützen die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgelegten Pläne für eine Weiterführung der ökologischen Steuerreform. Sie sehen darin einen notwendigen Schritt zur Förderung des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft. „Weitere große Schritte müssen jedoch folgen“, erklärte Eckart Kuhlwein, umweltpolitischer Sprecher des Verbandes in Berlin.

Die von der rot-grünen Koalition 1999 begonnene „Ökologische Steuerreform“ sei ein umweltpolitischer Erfolg gewesen, weil der Verbrauch an Energie erheblich zurückgegangen sei. Durch die Ökosteuer seien 240.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Gleichzeitig seien die Finanzen der Rentenversicherung sowie die Lohnnebenkosten entlastet und Mittel für die energetische Gebäudesanierung gewonnen worden.

Die Vorschläge von Gabriel gingen in die richtige Richtung. Es sei typisch für die Borniertheit deutscher Wirtschaftsverbände, dass sie die Chancen nicht erkennen, welche in einem ökologischen Umbau des Steuer- und Abgabensystems für die Zukunftstechnologien steckten. Kuhlwein sprach sich dafür aus, die steuerlichen Instrumente aufkommensneutral zu gestalten und zunächst einen Teil des Aufkommens pro Kopf der Bevölkerung zu gleichen Teilen zurückzugeben. Dies würde bedeuten, dass Energiesparer mit kleinen Einkommen Geld erhielten, Energieverschwender jedoch belastet würden. Sinnvoll wäre auch eine stärkere Spreizung der Mehrwertsteuersätze nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten.

Nach Auffassung der NaturFreunde ist es an der Zeit, die Ausnahmen aus der ökologischen Steuerreform zu streichen und andere Steuerprivilegien abzubauen. Dazu gehören

- die niedrigere Besteuerung von Dieselmotorkraftstoff,
- die Steuerbefreiung von Kerosin auch im inländischen Luftverkehr,
- die fehlende Mehrwertsteuer für den Luftverkehr,
- die Begünstigung der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen,
- die Steuervorteile für Steinkohle und Braunkohle,
- die Nichtbesteuerung von Atombrennstoffen,
- die Steuervorteile für Atomrückstellungen,
- die Ermäßigungen bei der Energiebesteuerung für produzierendes Gewerbe und Landwirtschaft,
- die Ermäßigung bei Agrardiesel sowie
- die Steuerbefreiung für Mineralöle, die nicht energetisch genutzt werden (Kunststoffe, Kosmetika).

Experten hätten ausgerechnet, dass die ökologisch problematischen Subventionen im Bereich Energie und Klima schon 2005 eine Gesamtsumme von ca. 34 Milliarden Euro erreicht hätten.

Zu einer ökologischen Steuerreform sollte auch eine Bodenversiegelungsabgabe gehören, die den immer noch rasanten Verbrauch von Naturflächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke (ca. 100 Fußballfelder am Tag) abbremsen könnte. Dies würde

die Zersiedelung unserer Landschaft und die Verursachung zusätzlicher Verkehre eindämmen. Entsprechende Ziele (nur noch 30 Hektar täglich bis 2020) hatte sich die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie vorgenommen.

www.presse.naturfreunde.de

Gabriels Steuerpläne drohen zu scheitern

[Hans-Josef Fell, 26.08.2008] Zu den Steuervorschlägen von Umweltminister Gabriel erklärt Hans-Josef Fell, Obmann der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Umweltausschuss des Bundestages:

Die ökologischen Steuervorschläge von Umweltminister Gabriel decken sich in vielen Bereichen mit grünen Vorschlägen, deren Umsetzung die SPD in der gemeinsamen rot-grünen Regierung verhindert hat.

Sein Vorschlag, Abschreibungsbedingungen für den Umweltschutz dienende Investitionen zu verbessern, bedeutet das späte Eingeständnis eines Fehlers aus den Anfangszeiten der großen Koalition. Sofort nach dem Regierungswechsel im Jahre 2005 wurden die steuerlichen Abschreibungen für Investitionen in Erneuerbare Energien drastisch verschlechtert. Es wäre in der Tat gut, wenn die große Koalition diesen Fehler korrigieren würde.

Eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für umweltfreundliche Produkte kommt für uns nur für klare umrissene Produktgruppen infrage. Sinnvoll wäre hier eine EU-weit einheitliche Definition, die so dem Begehren vieler Lobbyistengruppen Einhalt gebieten muss. Es darf keine neuen Verteilungskämpfe für Lobbyisten geben.

Für wichtige Technologien, z.B. Solarkollektoren oder Dämmstoffe kann eine Mehrwertsteuersenkung durchaus den notwendigen Innovations- und Investitionsschub geben.

Wir befürchten aber, dass die SPD darin eine zusätzliche Möglichkeit sieht, ihre Kohlekraftwerkspläne durchzusetzen. Es wäre fatal, wenn neue Kohlekraftwerke nur wegen ein paar Prozenten besseren Wirkungsgrades sogar noch Mehrwertsteuererleichterungen bekämen.

Insgesamt sind die Steuerpläne Gabriels ein Profilierungsversuch des Umweltministers. Da er offensichtlich keine Vorgespräche innerhalb der Koalition führte, wird er erneut am an Wirt-

schaftsminister und Finanzminister scheitern. Beide haben bis heute vielfach sinnvolle ökologische Vorschläge verhindert.

<http://www.hans-josef-fell.de>

Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen

[BMU.de Nr. 228/08 vom 22.10.2008] Dem Kabinettsbeschluss zufolge soll der gesetzlich festgelegte Beimischungsanteil von Biokraftstoffen für das Jahr 2009 zunächst von 6,25 auf 5,25 Prozent gesenkt werden, jeweils bezogen auf den Energiegehalt. Erst ab 2010 soll dieser Anteil auf 6,25 Prozent angehoben werden und bis 2014 auf diesem Niveau eingefroren bleiben. Die Höhe die Quoten soll 2011 überprüft werden. Dabei wird insbesondere die Frage der Nachhaltigkeit der Produktion der Biokraftstoffe eine herausgehobene Rolle spielen.

Mit dem Gesetz soll auch erstmals aus Biogas aufbereitetes Biomethan auf die Ottokraftstoff- und die Gesamtquote angerechnet werden können. Auch bei dieser Regelung steht der Klimaschutz im Vordergrund: Biomethan soll nur dann angerechnet werden können, sofern bestimmte Anforderungen im Produktionsverfahren erfüllt sind, die eine günstige Klimabilanz gewährleisten. Biomethan zeichnet sich insbesondere durch einen hohen Energieertrag pro Hektar Anbaufläche aus.

Außerdem ist vorgesehen, die steuerliche Belastung von reinem Biodiesel in den kommenden Jahren um jeweils 3 Cent pro Liter gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung abzusenken. Biodiesel, das als so genannter „Reinkraftstoff“ außerhalb der Quote verkauft wird, wird damit im Jahr 2009 mit 18 statt 21 Cent pro Liter besteuert.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung werden die Biokraftstoffquoten ab dem Jahr 2015 von der energetischen Quote auf ihren Netto-Beitrag zur Treibhausgasverminderung umgestellt. Hierbei werden auch die Treibhausgasemissionen berücksichtigt, die bei der Herstellung der Biokraftstoffe entstehen. Dadurch wird vor allem für Biokraftstoffe der zweiten Generation, die Schätzungen zufolge einen höheren Beitrag zum Klimaschutz leisten können, eine klare Perspektive für die Zeit nach dem Jahr 2015 gegeben. Denn Biokraftstoffe der zweiten Generation haben eine deutlich bessere Klimabilanz als Biokraftstoffe

der ersten Generation, stehen aber noch nicht in relevanten Mengen zur Verfügung.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42433.php

5. ÖFR INTERNATIONAL

CDU-MdE Peter Liese fordert kostenfreie Zuteilung für Energieintensive Branchen

[Europaticker vom 06.10.2008] Die Reform des EU-Emissionshandels für die Industrie muss die tatsächlichen Einsparungen beim Kohlendioxid ausstoß zum Ziel haben. Das sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Peter Liese, vor der Abstimmung am 07.10. im Umweltausschuss. „Es macht wenig Sinn, Kalk-, Zement- oder Stahlproduzenten in der EU einen Zukauf an Zertifikaten durch Auktionierung aufzubürden, wo doch die CO₂-Einsparungsmöglichkeiten in diesen Sektoren physikalisch sehr begrenzt sind.“

Die Abgeordneten des Umweltausschusses haben am 07.10. in erster Lesung über das Emissionshandelssystem ab 2013 abgestimmt. Dabei sollen die Rechte für den Kohlendioxidausstoß, die so genannten Emissionszertifikate, EU-weit einheitlich verteilt werden. Die bisherigen Nationalen Allokationspläne fallen dann weg. „Das ist gut so, denn wirklich vergleichbar waren die Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU bisher nicht. Künftig soll es einheitliche Kriterien geben“, so Liese.

Für energieintensive Branchen schlägt der CDU-Umweltpolitiker ein Benchmark-Modell vor, das bis zur Existenz eines internationalen Übereinkommens eine kostenfreie Zuteilung unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Unternehmen sollen bis zur Höhe des aktuellsten Stands der Technik (Benchmark) die Zertifikate unentgeltlich erhalten. „Produzenten, die auf dem modernsten Stand sind, müssen keine Emissionsrechte zukaufen. Von den Reduzierungszielen sind sie aber nicht befreit.“

Für den Stromsektor hält Liese einen stufenweisen Übergang zur Versteigerung von Emissionsrech-

ten bei Altanlagen für „denkbar“. Die Mittel müssten allerdings zweckgebunden eingesetzt werden. „Nur 20 Prozent der Mittel für den Klimaschutz einzusetzen, reicht nicht. Steuern und Abgaben, wie etwa die Ökosteuer auf Bus oder Bahn, müssen runter. Ich unterstütze den Antrag von EVP-ED und SPE, 50 Prozent der Erlöse aus den Zertifikats-Auktionen direkt für Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen.“

Bei der Lastenteilung zum CO₂-Ausstoß zwischen den Mitgliedstaaten, dem so genannten Effort-Sharing, fordert Liese Korrekturen. „Einige Mitgliedstaaten wie etwa Bulgarien oder Rumänien könnten nach den Vorschlägen der Kommission ihre Emissionen gegenüber den Kioto-Zielen sogar noch steigern. Das ist absurd und ein echter Anschlag auf die Glaubwürdigkeit der EU-Klimapolitik.“

<http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=18025>

GRÜNE im EU-Parlament: Emissionshandel

[Helmut Weixler, Greens/EFA, Pressemitteilung vom 7. Oktober 2008] In der Abstimmung am 07.10. über das Europäische Emissionshandelssystem hat der Umweltausschuss mit einer Zweidrittel-Mehrheit Versuche der Industrielobby abgeschmettert, weit reichende Ausnahmen für die verarbeitende Industrie vom Versteigerungssystem der Emissionszertifikate zu erreichen. Dazu erklärt Rebecca Harms, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament:

„Eine große Mehrheit der Europaabgeordneten hat heute den Versuchen der maßlosen Industrielobby, ihre Bedingungen für das Europäische Emissionshandelssystem zu diktieren, eine Abfuhr erteilt. Versuche des konservativen Lagers, das eine Verschiebung der Abstimmung forderte und durch mehrere Änderungsanträge eine Aushöhlung des Emissionshandels erzielen wollte, fanden keine Mehrheit.“

Wir bedauern, dass einige Abgeordnete, darunter der Berichterstatter des Klimaausschusses, Karl-Heinz Florenz, versuchten, Änderungsanträge, die sie direkt von der europäischen Stahlindustrie übernommen hatten, durchzusetzen. Damit ist der

grüne Lack dieser Abgeordneten endgültig ab. Das deutliche Votum gegen die Vorschläge, die verarbeitende Industrie mit Gratiszertifikaten zu versorgen, zeigt aber, dass die Mehrheit der Abgeordneten langfristigen Klimaschutz vor kurzfristige Industrieinteressen stellt.

Im Jahr 2013 erhält die verarbeitende Industrie nun noch 85 Prozent der Emissionszertifikate gratis – nur 15 Prozent werden versteigert. Bis 2020 wird sich der Anteil der versteigerten Zertifikate allerdings auf 100 Prozent erhöhen. Die Stromerzeuger werden schon ab 2013 100 Prozent ihrer Zertifikate ersteigern müssen.

Wir begrüßen ebenfalls, dass die Erlöse aus den Versteigerungen zweckgebunden sind für Klimaschutzmaßnahmen in Europa und den Entwicklungsländern. Bis zu 50 Milliarden Euro könnten so im Jahre 2020 für Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz-Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Wichtig ist auch, dass die automatische Erhöhung des CO₂-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent im Falle eines internationalen Abkommens erhalten blieb. Die Klimaschutzverhinderer im Parlament wollten in diesem Fall ein neues, langwieriges Mitentscheidungsverfahren.

Das Ergebnis stärkt die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union bei den kommenden internationalen Klimaverhandlungen in Poznan und Kopenhagen und ist ein starkes Votum für die Berichterstatterin in den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Rat für einen ambitionierten Emissionshandel zu kämpfen.“

<http://www.greens-efa.org/cms/pressreleases/dok/252/252850.emissionshandel@de.htm>

Emissionshandel

[IWR.de vom 20.10.2008] Der Handel mit Verschmutzungsrechten wird für Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu einem immer besseren Geschäft. Wie das Bundesfinanzministerium gegenüber dem Wirtschaftsmagazin 'impulse' (Ausgabe 11/2008, EVT 23. Oktober) nach Angaben des Blattes bestätigte, werden 2008 aus dem Emissionshandel Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe erwartet. Die Staatsbank KfW als Ausgabe-Institut rechnet insgesamt mit Einnahmen von bis zu einer Milliarde Euro. Das sind laut 'im-

pulse' fast 400 Millionen mehr als bislang von der Bundesregierung erwartet, die Erlöse von rund 600 Millionen Euro kalkuliert hatte. Da es „über die Verwendung dieser Überschüsse keine Festlegung gibt“, so das Bundesfinanzministerium gegenüber 'impulse', müssen die Mehreinnahmen „in den allgemeinen Haushalt fließen und zur Deckung aller Ausgaben beitragen“.

<http://www.iwr.de/news.php?id=13287>

Gute Ernte, Miese Natur: WWF verlangt von der EU Stickstoffsteuer

[Stephan Börnecke Fr-online.de vom 20.09.2008]

Die Umweltstiftung WWF hat die europäischen Agrarminister aufgefordert, sich erheblich stärker als bisher für einen Abbau der aus der Landwirtschaft stammenden Stickstoffbelastungen einzusetzen. Die WWF-Agrarexpertin Tanja Dräger de Teran sagte der Frankfurter Rundschau, eine aktuelle Analyse der Umweltorganisation zeige, dass die bisherigen Methoden der EU-Agrarpolitik zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Umweltbelastung untauglich seien. Gerade die Agrarumweltprogramme hätten sich als stumpfes Schwert erwiesen.

Vor dem Hintergrund des informellen Treffens der EU-Agrarchefs, das am Sonntag im französischen Annecy beginnt, verlangte Dräger de Teran die Einführung einer Steuer auf mineralischen Stickstoffdünger. Durch die Verteuerung des Düngers könne nicht nur die nach wie vor sehr hohe Nitrat-Belastung von Fließgewässern und Grundwasser verringert werden. Sie sei auch aus Gründen des Stopps des Artenschwunds- und des Klimaschutzes nötig, da weniger Stickstoff-Dünger auch weniger klimawirksames Lachgas bedeute. Zwar haben die Bauern in den letzten Jahrzehnten einen Teil der Stickstoffüberschüsse, die nicht von den Pflanzen aufgenommen und ins Fluss- oder Grundwasser gespült werden, verringert. Gerade das Alpenvorland und der Nordwesten Deutschlands, Gegenden mit intensivem Ackerbau und hoher Tierdichte, gelten als Problemzonen: Ihre Flüsse, ob Ems, Weser und Oder, sind weit vom in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderten „guten Zustand“ entfernt, moniert der WWF.

Eine Änderung, sagt Dräger de Teran, sei nicht in Sicht, im Gegenteil: Trotz gestiegener Düngemit-

telpreise hätten die Bauern in den letzten zwölf Monaten 13 Prozent mehr Stickstoffdünger gekauft. Die gute Ernte dieses Jahres sei deshalb auch mit einer von der Landwirtschaft ausgehenden Belastung von Böden, Wasser und Luft bezahlt worden.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1597459

Seminar: Capacity Development for Environmental Fiscal Reform (EFR)

Das FÖS bietet, zusammen mit der GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) EFR-Trainingsseminare für politische Entscheidungsträger, Verwaltungsbeamte sowie NGO-Repräsentanten an. In den Seminaren werden innovative Methoden angewendet und alle Möglichkeiten interaktiver Gruppenarbeit genutzt. Hauptanliegen der Seminare ist, ein eingehendes Verständnis für ERF-Konzepte und -Definitionen zu erlangen sowie das erworbene Detailwissen effektiv in Entwicklungsländern einsetzen zu können.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[http://www.foes.de/de/downloads/Flyer/GTZ%20EFR-Training_%20Description%20\(3\).pdf](http://www.foes.de/de/downloads/Flyer/GTZ%20EFR-Training_%20Description%20(3).pdf)

Polnisch-Deutsche Kooperation zu ökonomischen Instrumenten in der Umweltpolitik

Am 18. und 19. Juni dieses Jahres fanden in Warschau zwei Workshops zu ökonomischen Instrumenten in der Umweltpolitik statt. Die Workshops mit den Titeln „Die Rolle der ökonomischen Instrumente in der Umweltpolitik – Austausch zwischen polnischen und deutschen Experten“ und „Reformziele umweltpolitischer Instrumente – Erfahrungen „alter“ und „neuer“ EU Mitgliedsstaaten“ wurden konzeptionell durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der FFU und des BMU vorbereitet. Die inhaltliche Herausforderung bestand insbesondere darin, dass auf Seiten des polnischen Umweltministeriums eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Frage des Sinns und der Praktikabilität einer ÖSR in Polen existierte. Erfreulicherweise konnten diese aber, gerade auch durch die positiven deutschen und zahlreichen internationalen Erfahrungen mit der ÖSR, weitgehend zerstreut

werden.

Zum Endbericht des Projekts:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/oekosteuer_tschech_polen.pdf

6. FINANZMARKTKRISE UND UMWELTSCHUTZ

„Böser Zaubertrank für Amerika“ – Ernst Ulrich von Weizsäcker über Zusammenhang von billigem Erdöl und Finanzkrise

[Joachim Wille, Fr-online.de vom 08.10.2008]
Ernst Ulrich von Weizsäcker, ist Dekan der Donald Bren School für Umweltwissenschaft und -management der Universität Kalifornien (Santa Barbara) und FÖS-Beiratsmitglied. Fr-online: Herr von Weizsäcker, Sie sagen: Die Wurzeln der Finanzkrise in den USA gehen auf die Reagan-Ära in den 80ern zurück. Die gelten bei vielen eigentlich als goldene Jahre.

Von Weizsäcker: Die Reagan-Zeit war geprägt durch übersteigerten Optimismus und billiges Erdöl. Reagan erhob den Optimismus zur patriotischen Pflicht. Es war sein Schlachtruf gegen alle Schwarzmaler, Umweltschützer und die verhassten Liberalen, die nach dem Staat riefen, statt sich selbst und dem Markt zu vertrauen. Das billige Öl fiel Reagan praktisch zu seinem Amtsantritt in den Schoß. Das wirkte wie Miraculix' Zaubertrank für die ganze US-Wirtschaft.

Fr-online: Was ist schlecht an Optimismus?

Von Weizsäcker: Ein blinder Optimismus hat bei skandalösen Fehleinschätzungen in der Kreditvergabe für Häuser und bei der AAA-Bewertung entsprechender Hypothekenspanien Pate gestanden. Optimismus an sich hat ja sehr gute Seiten. Er entspricht der in der US-Volksseele verwurzelten Mentalität des „Can do“. Aber wo Optimismus in Blindheit umschlägt, geht es schief.

Fr-online: Was hat die aktuelle Bankenkrise aber mit dem billigen Öl der 1980er Jahre zu tun?

Von Weizsäcker: Billiges Öl führte dazu, dass US-Autokonzerne eine neue Produktparte entwickelten: die SUV - als Lkw zugelassene robuste,

sprittfressende Groß-Pkw, die das Steuerprivileg von Lastwagen ausnutzten. Für das Gefühl, in einer Festung zu fahren, nahmen viele den hohen Spritverbrauch in Kauf. Schlimmer noch: Der Siedlungsraum rund um die Städte wurde unter dem Eindruck billigen Benzins gewaltig ausgedehnt. Viele Millionen neuer Häuser wurden weit ab von den Arbeitsplätzen gebaut.

Fr-online: Autos und Häuser waren also das Rückgrat des Aufschwungs in den 80er und 90er Jahren, gefolgt vom Internetboom.

Von Weizsäcker: Richtig, aber die Häuser wurden auf Pump gebaut, mit günstigsten Krediten von Hypothekenbanken. Es wuchs ein riesiger Dschungel von nachrangigen Hypotheken, die nur dann gesichert waren, wenn die Häuserpreise weiter zunahmen oder wenigstens stabil blieb. Banken rissen sich um die Kunden und schauten bald nicht mehr so genau hin, ob sie wirklich dauerhaft zahlen konnten.

Fr-online: Konnten sie nicht.

Von Weizsäcker: Aber das wurde erst sichtbar, als dann von 2006 an endlich die Wahrheit über die Ölnapppheit zutage trat und die Benzinpreise nach oben schossen. In der Folge purzelten die Immobilienpreise weit draußen vor der Stadt. Plötzlich waren die Hypotheken nicht mehr gesichert. Die Eigentümer saßen in der Patsche. Erst verzichteten sie auf überflüssiges Fahren, dann schauten sie, ob sie ihren SUV-Benzinfresser noch gegen ein sparsameres Auto eintauschen konnten, häufig vergeblich. Dann schauten sie sich nach öffentlichen Verkehrsmitteln um, fast immer vergeblich. Dann mussten sie an den Verkauf des Hauses denken.

Fr-online: Der Anfang vom Ende der Hypothekenbanken.

Von Weizsäcker: Ja, die Banken wurden immer nervöser, weil Hunderttausende von Krediten faul wurden. Versicherungen mussten einspringen - was zur Krise bei dem größten Versicherer AIG führte. Das in den USA aufgelegte staatliche 700-Milliarden-Dollar-Hilfspaket ist vielleicht unumgänglich, aber eine grauenhafte Hypothek für den Staat, der schon durch den Irakkrieg hoch verschuldet ist.

Fr-online: Der nächste US- Präsident übernimmt eine schwere ökonomische Hypothek. Ist da eine

fortschrittliche Energie- und Klimapolitik noch möglich?

Von Weizsäcker: Siedlungsstrukturen und Schienennetz kann man in vier Jahren nicht groß verändern. Die Infrastruktur der Reagan-Jahre lastet wie Blei auf allen Reformversuchen.

Fr-online: Wer hat die besseren Rezepte, McCain oder Obama?

Von Weizsäcker: McCain's Vizekandidatin Palin verkörpert das optimistische Weiterträumen, McCain hält an der Politik der Steuersenkungen fest, möchte aber immerhin aktive Klimapolitik machen. Obama und Biden wollen mehr verändern. Die Wall-Street-Krise bringt manche dazu, größere Veränderungen für unumgänglich zu halten.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1610239/Boeser-Zaubertrank-fuer-Amerika.html

Finanzwelt in Aufruhr – Drei Krisen auf einmal

[Jeremy Rifkin, Süddeutsche Zeitung, 16.10.2008]
Wir befinden uns an einem gefährlichen Punkt der Geschichte. Die Entscheidung aus der Woche vom 13.10.2008, die Banken durch eine Infusion von mehreren hundert Milliarden Dollar zu retten, wird nicht reichen, um zu verhindern, dass es mit der Weltwirtschaft bergab geht.

Die traurige Wahrheit ist, dass wir vor einem Zusammenbruch wie in den dreißiger Jahren stehen und dass alle Manöver der Regierungen ein bisschen zu spät gekommen sind – und zwar, weil die globale Kreditkrise sich über 18 Jahre hinweg aufgebaut hat und einer schnellen Fixierung nicht zugänglich ist. Die Sache wird noch dadurch komplizierter, dass diese Krise mit der globalen Energiekrise und dem globalen Klimawandel einhergeht, was sich zu Verheerungen auswachsen kann, wie wir sie noch nie erlebt haben. Die drei globalen Krisen sind miteinander verwoben und nähren sich gegenseitig.

Die Kreditkrise ist tief, schmerzvoll und unmittelbar; deshalb erhält sie die allgemeine Aufmerksamkeit. Die beiden viel tückischeren Energie- und Klimakrisen hingegen schleichen sich an uns heran. Langsam und erbarmungslos strangulieren sie die Weltwirtschaft - mit viel tieferen Konsequenzen für unseren Lebensstil.

Während die Regierungen Hunderte von Milliarden Dollar ausschütten, um die Finanzwelt aus der Patsche zu holen, erwägen sie jedoch kaum, vergleichbare Mittel bereitzustellen, um den beiden anderen Krisen zu begegnen. Wenn wir der dreifachen Bedrohung unseres Lebensstils wirklich begegnen wollen, brauchen wir ein Wirtschaftsmodell, das auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit basiert und so die Zivilisation erneuert.

Schulden für die Zukunft

Die Kreditkrise begann in den frühen Neunzigern. Zuvor waren in den USA die Löhne fast ein Jahrzehnt lang gefallen. Amerika erlebte von 1989 bis 1991 eine Rezession, aus der das Land durch massive Konsumentenkredite an Millionen Amerikaner heraus kam. Leicht erhältliche Kreditkarten erlaubten es den US-Konsumenten, Waren und Dienstleistungen über ihre Verhältnisse einzukaufen.

Die Kreditkartenkultur kurbelte die Kaufkraft an, sie brachte Firmen und Beschäftigte zurück an die Arbeit. In den vergangenen 17 Jahren haben die amerikanischen Konsumenten durch ihre kreditfinanzierten Einkäufe die Weltwirtschaft gestützt. Der Preis dafür war die Räumung ihrer Ersparnisse. 1991 betrug die durchschnittliche Sparrate einer US-Familie noch acht Prozent. Seitdem hat sie sich angewöhnt, mehr auszugeben, als sie eingenommen hat.

Deshalb erfanden die Banken eine zweite Sorte Kredit. Sie sollte amerikanischen Familien den Hauskauf auch dann ermöglichen, wenn sie über keine eigenen Mittel verfügten. Das Prinzip dabei: anfangs niedrige oder gar keine Zinsen, die aber anschließend steigen – so dass Schulden weit in die Zukunft geschoben werden.

Millionen Amerikaner bissen an und kauften Häuser jenseits ihrer finanziellen Möglichkeiten. So schufen sie eine Immobilienblase. Und als sie knapp bei Kasse waren, nahmen sie neue Hypotheken auf, nur um an das nötige Geld heranzukommen. Nun ist die Blase geplatzt, Millionen Amerikaner stehen vor der Zwangsvollstreckung und Banken vor dem Zusammenbruch. Als Resultat haben wir eine gescheiterte Volkswirtschaft. Und weil die Finanzsektoren der USA, Europas und Asiens eng miteinander verbunden sind, hat die Kreditkrise auf die gesamte Weltwirtschaft

übergegriffen.

Die Sache ist aber noch schlimmer. Die Kreditkrise eskalierte nämlich ausgerechnet in den vergangenen beiden Jahren, als die Ölpreise nach oben schossen. Höhepunkt: die 147 Dollar pro Barrel im Juli 2008. Dies gab der Inflation einen Schub, dämpfte die Kaufkraft der Konsumenten, verlangsamte die Produktion und erhöhte die Arbeitslosigkeit – richtete also weitere Verwüstungen in ohnehin schon geplagten Volkswirtschaften an.

Gier nach Öl

Die wesentliche Annahme der Globalisierung war, dass reichliches und billiges Öl es Unternehmen erlaubt, Kapital in billige Arbeitsmärkte zu transferieren, wo Produkte zu minimalen Kosten und mit hohem Gewinn produziert und anschließend verschifft werden können.

Diese Grundannahme ist zerbrochen. Wenn nämlich inzwischen ein Drittel der Weltbevölkerung – so viele Menschen leben zusammengenommen in China und Indien – eine Wirtschaft aufbaut, die auf Öl basiert, und wenn zugleich die Ölreserven endlich sind, dann geht unvermeidlicherweise der Preis in die Höhe. Und wenn der Preis in Richtung 150 Dollar geht, zieht dies die gesamte Wirtschaft herunter.

Der steigende Ölpreis schlägt sich in jedem Produkt nieder. Unsere Nahrungsmittel gedeihen dank petrochemischen Düngers, unser Plastik, unsere Baumaterialien, unsere Arzneien und Kleider basieren auf fossilem Brennstoff, ebenso Transport und Elektrizität. Durch die hohen Energiekosten auf der ganzen Wertschöpfungskette wird der Vorteil billiger Arbeitsmärkte egalisiert.

Zugleich unterhöhlen die Folgen des Klimawandels Volkswirtschaften überall auf der Welt. Allein die Hurrikane Katrina, Rita, Ike und Gustav haben in den USA Schäden von mehr als 240 Milliarden Dollar angerichtet. Fluten, Dürren, Buschfeuer oder Tornados haben Ökosysteme dezimiert, wodurch nicht nur die Agrarproduktion lahm gelegt wurde, sondern auch die Infrastruktur. Millionen Menschen wurden heimatlos.

Fundament für eine neue Industrierevolution

Was die Welt nun braucht, ist ein neues ökonomisches Narrativ. Die großen ökonomischen Umbrüche hat es in der Weltgeschichte immer dann

gegeben, wenn neue Energiesysteme mit neuen Kommunikationssystemen einhergingen. Dann werden Gesellschaften neu strukturiert. Dieselben Prinzipien und Technologien, die das Internet ermöglicht haben, werden nun allmählich genutzt, um Stromnetze neu zu konfigurieren.

So können die Menschen erneuerbare Energie produzieren und unmittelbar untereinander austauschen – also eine dezentralisierte Form des Energieverbrauchs schaffen, analog zu der Art, wie sie bereits Informationen produzieren und austauschen. Firmen führen hastig erneuerbare Energien ein, errichten emissionsfreie Gebäude und bauen Elektroautos. Dies ist das Fundament für die nächste industrielle Revolution. Für das 21. Jahrhundert muss sie dieselbe Bedeutung haben wie Drucktechnik und Dampfkraft im 19. Jahrhundert, wie elektrische Kommunikation und Verbrennungstechnik im 20. Jahrhundert.

Die Frage ist: Schaffen wir den Umbau noch, bevor es in den Abgrund geht?

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/430/314330/text/7/>

Der Wahnwitz des Wachstums

[Niels Boeing, Heise. de vom 22.10.2008] Ich hätte eigentlich erwartet, dass sie eine breite Debatte auslösen würde, wie es mit unserem Wirtschaftssystem weitergehen soll. Von einst lautstarken Globalisierungskritikern wie Attac ist so gut wie nichts zu hören. Stattdessen werden technische Details erörtert, welche Regierung das klügere Rettungspaket geschnürt hat, wie sich das Vertrauen des gemeinen Sparerers wiederherstellen lässt oder Bankenvorstände persönlich in die Pflicht genommen werden können. Augen zu und durch, lautet die Devise – auf dass der ganz große Crash gerade noch vermieden wird und irgendwann im nächsten Jahr alle wieder ihren Geschäften nachgehen können.

Der Absturz des Finanzkapitalismus ereignet sich jedoch nicht in einem historischen Vakuum. Was noch auf der Agenda steht, thematisiert die aktuelle Titelgeschichte des New Scientist: „Der Wahnwitz des Wachstums. Wie man die Wirtschaft dabei stoppt, den Planeten umzubringen.“ Richtig, da war noch was: Auch das bisherige Energiesystem steht am Anfang einer Krise, die

Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist in rasender Beschleunigung begriffen (Überfischung, Trinkwasserverknappung, Regenwald-Abholzung etc.), und ob die Herausforderung des Klimawandels in humaner Weise gemeistert werden kann, ist völlig offen. Das britische Magazin illustriert die Lage mit einer Grafik, die sich als Signet für die Krise eignet: ein Bündel von exponentiellen Wachstumskurven, die aus der Vergangenheit in den Himmel der Gegenwart schießen. Danach kommt nur noch die Singularität.

Die ist allerdings nur für Ray Kurzweil eine erhabene neue Stufe der Evolution. Für jeden, der noch einen Funken Verstand hat, sollte klar sein: Solange wir nicht den Exodus in den Weltraum antreten (können), ist die Singularität ein Zusammenbruch der physischen Existenzgrundlagen. Und damit dann auch der Geschäftsgrundlagen des Kapitalismus.

Natürlich werden an dieser Stelle die Optimisten aller Länder abwinken: völliger Quatsch. Der Menschheit ist immer etwas eingefallen. Der Münchhausen-Trick, mit dem sich der Kapitalismus am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen soll, heißt „qualitatives Wachstum“ oder „Effizienzrevolution“.

Dass diese Idee nicht zu Ende gedacht wird, zeigt der Zürcher Kollege Marcel Hänggi sehr schön in seinem letzte Woche veröffentlichten Buch „Wir Schwätzer im Treibhaus“ (toller Titel!). Effizienzsteigerungen sparen nur vordergründig etwas ein. Tatsächlich verbrauchen Produkte, die effizienter als ihre Vorgänger sind, in der Gesamtbilanz oft wieder mehr Ressourcen – weil wegen sinkender Preise und neu geweckter Bedürfnisse die Nachfrage kräftig anzieht. Oder weil sie in weniger entwickelten Regionen überhaupt erst entsteht: „...das von vielen Umweltschützern erträumte Zweiliterauto könnte sich im globalen Maßstab als Alptraum herausstellen, wenn es Ähnliches bewirkt wie die Wolframlampen vor hundert Jahren“, schreibt Hänggi. Die Wolframlampen verbrauchten nur ein Viertel des Stroms, den die älteren Kohlefadenlampen benötigt hatten. Damit waren sie billiger und wurden erst recht zum Massenprodukt.

Denselben „Rebound-Effekt“ können wir heute etwa seit den früheren neunziger Jahren bei der Informationstechnik beobachten. Sie sollte Pro-

zesse „entstofflichen“, aber die digitale Infrastruktur für diese Entstofflichung verbraucht inzwischen fünf Prozent der weltweiten Endenergie. Und dazu kommen noch die ökologischen Rucksäcke der ganzen Hardware an verbrauchten und nicht wiederverwerteten Rohstoffen.

Wachstum per Rebound-Effekt könnte man noch uns Verbrauchern anlasten, die nichts Besseres zu tun haben, den Fortschrittsversprechungen zu glauben und ständig das neueste Produkt zu kaufen (worauf wir allerdings auch von Kleinaufkonditioniert sind). Die andere Seite des Problems ist jedoch, dass Produzenten (und Dienstleister) zu Wachstum gezwungen sind. Der New Scientist stellt diesen Wachstumswang als Ideologie hin – unsere Wirtschaft basiere „auf der Annahme von Wachstum“. Das ist nun allerdings falsch.

Sicher mag bei dem einen oder anderen „Kapitalisten“ auch Gier mit im Spiel sein. Aber es gibt einen systemimmanenten Mechanismus, der Wachstum zwingend erfordert: die Verfasstheit des Geldes im Kapitalismus. Oberflächlich betrachtet dient es als Tauschmittel oder Informationsmedium in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Unter der Oberfläche kommt es aber immer in einem Kreditakt in die Wirtschaft – am Anfang von der Zentralbank an die Geschäftsbanken (außer vielleicht in Nordkorea). Danach gleicht das ganze einem Kettenbrief-System. Es müssen immer zusätzlich Zinsen, also Kapitalkosten, erwirtschaftet und weitergereicht werden. Das geht nur, wenn die Wirtschaft wächst. Also mehr und neuere Güter produziert und konsumiert werden.

Dass der Finanzkapitalismus das Volumen der Realwirtschaft um ein Zigfaches übertrifft, ist kein Gegenargument, sondern Ausdruck dieses Mechanismus. Weil die Profitraten, zu denen die Wachstumsdynamik die Unternehmen zwingt, nicht mehr annähernd in der Realwirtschaft erzielt werden können, ist der Finanzkapitalismus in seinem heutigen Umfang überhaupt erst entstanden (s. dazu z.B. Walden Bello). Die Kredit- und Immobilienblase sowie die Energie- und Ressourcenkrise sind zwei Seiten derselben Medaille - ein Sachverhalt, den der Ökonom Elmar Altvater seit Jahren zurecht betont.

Es sind aber, das ist wichtig festzuhalten, keine Schurken, die das System in übler Absicht in die Wachstumsspirale treiben. Das System ist ein

Selbstläufer. Wer on the long run aus dem „Wahnwitz des Wachstums“ aussteigen will, muss auch aus dem Kapitalismus, wie wir ihn heute kennen, aussteigen.

Der New Scientist skizziert gemeinsam mit Herman Daly, dem Begründer der „ökologischen Ökonomie“, ein alternatives nachhaltiges Wirtschaftssystem im Jahre 2020. Darin sollen die Banken kein Geld mehr im heutigen Sinne verleihen, sondern gegen eine Bearbeitungsgebühr „vermitteln“ – übrigens exakt das, was im islamischen Bankwesen geschieht. Leider fehlt ein Hinweis darauf, wie in Dalys Vision das Geld in die Welt kommt und wie es beschaffen ist.

Solange diese Frage nicht geklärt ist, wird weder Dalys noch sonst ein Alternativkonzept die Wachstumsspirale durchbrechen. Wir brauchen eine ganz neue Technologie der Ökonomie.

<http://www.heise.de/tr/Der-Wahnwitz-des-Wachstums--/blog/artikel/117693>

Finanzpolitik – Die Kunst, den Hexenmeister zu fesseln

[Michael Müller, Fr-online.de vom 23.10.2008]
Erstmals in der modernen Wirtschaftsgeschichte kommen vier Krisen zusammen: Finanzcrash, Rohstoffverknappung, Klimawandel und explodierende Lebensmittelpreise. Ist der globale Kapitalismus doch der „Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er selbst heraufbeschor“, wie Friedrich Engels und Karl Marx prophezeiten?

Notwendig ist jedenfalls eine große Antwort, wie sie US-Präsident Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise mit dem New Deal gegeben hat. Und das Bretton-Woods-System sorgte fast 30 Jahre für eine stabile Weltwirtschaft. Benannt wurde es nach der Konferenz von Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, die 1944 ein Währungssystem festlegte, das vom Gold hinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt wurde.

Wichtigster Ratgeber war damals der Ökonom John Maynard Keynes. Dass der Staat die „schmutzige Raffgier des Kapitalismus“ zu zähmen hat, war für ihn klar. Auch Roosevelt sah in der „sozialen Disziplinierung der Wirtschaft“ die Voraussetzung für Liberalität und Wohlfahrt. Da-

für wollten beide die „wucherischen Geldverleiher aus den Tempeln der internationalen Finanzen treiben“.

Seit den 1970er Jahren eroberte jedoch die Finanzoligarchie die dunklen Seiten des Kapitals zurück: Profitgier, Expansionsdrang und Bindungslosigkeit. Ein Auslöser war der Vietnamkrieg, den die USA mit Hilfe der Notenpresse finanzierten. Da der US-Dollar zugleich nationales und internationales Zahlungsmittel war, inflationierte das die Weltwirtschaft.

1973 kam das Ende des Bretton-Woods-Vertrages. Washington und London forcierten die Liberalisierung der Kapitalmärkte. Unter der Regie der Wall Street erhöhte sich zwischen 1980 und 2007 der Tagesumsatz auf den internationalen Kapitalmärkten von 62 auf 3475 Milliarden Dollar, weniger als drei Milliarden flossen in produktive Investitionen. Der Finanzkapitalismus fegte die soziale Marktwirtschaft weg. Die politischen Täter dieser Entmoralisierung hießen Margret Thatcher, britische Premierministerin, und Ronald Reagan, US-Präsident.

In einer Art moderner Kriegsführung trieben Geld-Dealer Unternehmen mit irrwitzigen Quartalsberichten vor sich her. Off-Shore-Zentren entzogen der produktiven Wirtschaft immer mehr Kapital. Hedgefonds und Private Equity zerlegten rücksichtslos profitable Unternehmen. Managervergütungen wurden zu schamlosen Bereicherungsorgien. Feine Ratingagenturen drückten dem Irrsinn ihr Gütesiegel, das Triple A, auf.

Der letzte Schrei war eine ebenso riskante wie lukrative Einnahmequelle: strukturierte Finanzprodukte. Am schnellsten wuchsen Geld-Pools mit verbrieften Hypothekenpapieren. Der Überdehnung folgten die Subprime-Krise und der Crash von Banken und Versicherungen. Befürchtet wird der Zusammenbruch von 100 bis 150 Finanzinstituten. Etliche, darunter die Armada der Investmentbanken mit ihren perversen Bonussystemen, sind schon weg. Das dicke Ende kommt noch.

Uns plagt jedoch nicht nur das Altersrheuma des maroden Finanzsystems, wir leiden auch an den ökologischen Grenzen des Wachstums. In 30 Jahren ist eine globale Erwärmung um zwei Grad Celsius nicht mehr zu verhindern. Dann droht Afrika, wo heute 230 Millionen Menschen Hunger

leiden, eine Halbierung der Ernte. Auch die Zeit billiger Energie und Rohstoffe ist vorbei. Seit Beginn des Jahrzehnts haben sich die Preise der mineralischen Rohstoffe mindestens verdreifacht. Der Lebensmittelindex der UN-Welternährungsorganisation FAO ist in den vergangenen 12 Monaten um 60 Prozent gestiegen. Der eine US-Dollar, der als äußerste Armutsschwelle gilt, ist nur noch 70 Cent wert.

Diese Herausforderungen müssen in einem Zusammenhang gesehen werden. Krisenmanagement allein reicht nicht, es geht um einen umfassenden Umbau. Die Belastungen sind nur zu ertragen, wenn es eine überzeugende Perspektive gibt. Dafür lohnt es sich, die Ideen von Bretton Woods weiterzudenken und mit der ökologischen Modernisierung zu verbinden. Isolierte Betrachtungen werden Stückwerk bleiben.

Eine Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen und der Umbau in eine solare Zukunft mobilisiert viel Kapital und verbindet den Umbau der Industriestaaten mit dem Aufbau der Entwicklungsländer. Verschwendung und Umweltschäden müssen stärker als heute belastet werden. Das Aufkommen muss zusammen mit einer gespaltenen Kreditpolitik ökologische Investitionen besserstellen. Schon ein Teil der wahnwitzigen Summe, die als Schutzschild für Banken aufgebracht wird, würde eine nachhaltige Welt ermöglichen. Vieles ist machbar.

Ein Grenzsteuerausgleich kann Mehrkosten, die inländischen Produzenten durch Klimaschutzziele entstehen und denen Importgüter nicht ausgesetzt sind, ausgleichen. Frankreich schlägt einen Klimazoll vor. Eine moderne Charta of Incorporation knüpft an frühere US-Kapitalgesellschaften an. Sie erkennt Arbeit durch Gewinnbeteiligung und Natur durch die Internalisierung der Folgekosten an. Sie verbietet Aktienoptionen und eine Vergütung nach kurzfristigen Renditesteigerungen.

Banken, Pensionsfonds, Hedgefonds, Private-Equity-Gesellschaften sind zur Offenlegung aller Risiken verpflichtet, alle Finanzmarktinnovationen sind melde- und genehmigungspflichtig. Ohne internationale Finanzaufsicht werden Überweisungen an Off-Shore-Zentren begrenzt oder untersagt. Der Finanzmarkt-Akteur haftet für Fehler, bei Krediten und Derivaten gilt eine konsequente Eigenkapitalhinterlegung. Die Tobin-Steuer er-

schwert spekulative Devisengeschäfte. Strengere Regeln verhindern Geschäfte außerhalb der Bilanz.

Kurz: Die Welt muss sich wieder drehen. Weniger Amerika, aber mehr die Tugenden des alten Europa sind nötig.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1617657&em_loc=1231

Finanzkrise und Umwelt – Die Klimakrise nicht vergessen!

[Georg Etscheid, Zeit.de vom 20.10.2008] Hubert Weiger ist Chef des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland. ZEIT ONLINE: Die ganze Welt spricht über die Finanzkatastrophe. Gibt es den Klimawandel eigentlich noch?

Weiger: Leider ja, und er wird immer bedrohlicher. Alle Zeichen, die wir mittlerweile sehen, deuten darauf hin, dass die schlimmsten Szenarien des Weltklimarats IPCC möglicherweise noch übertroffen werden.

ZEIT ONLINE: Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Finanzkrise und ökologischer Krise?

Weiger: Die Finanzkrise ist das Ergebnis von weitgehend nicht kontrollierten und reglementierten Geldmärkten in einer globalisierten Welt. Das beginnt schon in der EU, wo wir zwar eine gemeinsame Währung haben, aber keine gemeinsamen Regeln, um die Geldströme zu kontrollieren. Auch die ökologische Krise ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es bislang nicht gelungen ist, gemeinsam verbindliche und sanktionierbare Regeln für die Nutzung des Naturhaushaltes zu entwickeln.

ZEIT ONLINE: Steckt hinter beidem - den Exzessen des Finanzmarkts und der Überbeanspruchung der Natur - dasselbe Grundprinzip?

Weiger: Bei der Bankenkrise heißt es immer, es sei die Gier von Einzelnen, die daran schuld sei. Ich sage, es ist die Gier des Systems, das Streben nach immer größer, höher, weiter. Das Streben nach grenzenlosem Wachstum. Stellen Sie sich einen Unternehmensvorstand vor, der in einem börsennotierten Unternehmen sagt, er wolle nicht zehn, fünfzehn, zwanzig Prozent Kapitalrendite, sondern nur ein oder zwei. Dieser Vorstand wäre in die Wüste geschickt worden. Wer sich dem System nicht fügt, hat in diesem selbstzerstörerischen

Wettbewerb keine Überlebenschance.

ZEIT ONLINE: Also brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem?

Weiger: Ich bin überzeugter Anhänger einer ökologischen Marktwirtschaft. Wir brauchen einen staatlich gesetzten Rahmen, innerhalb dessen sich die menschliche Innovationskraft entfalten kann. Erst einmal muss die neoliberale Deregulierung ein Ende haben. Wir brauchen kein anderes System, sondern verbindliche globale Übereinkünfte, wie ökologisches und soziales Dumping zu verhindern ist. Wir brauchen eine forcierte Strategie, um Energie und Rohstoffe effizienter zu nutzen, und einen Lebensstil, der die natürlichen Grenzen anerkennt. Das Gemeinwohl muss, national wie international, Vorrang vor dem Markt bekommen. Wachstum ist längst keine Antwort mehr, sondern ein Problem. Unser Ziel muss der umweltverträgliche Wohlstand sein.

ZEIT ONLINE: Ärgert es Sie, dass es gelungen ist, in kürzester Zeit viele Milliarden zur Bewältigung der Finanzkrise locker zu machen, aber beim Klimaschutz sozusagen um jeden Cent gerungen wird?

Weiger: Das ist in der Tat etwas, was einen fast verzweifeln lässt: wenn offenbar genug Geld vorhanden ist, um den Kasinokapitalismus am Leben zu erhalten, aber zu wenig für wirklich wichtige ökologische Maßnahmen. Wenn es nur gelänge, zehn Prozent von den jetzt zur Stabilisierung des Finanzsystems vorgesehenen Mitteln zur Rettung der Natur bereitzustellen, wären wir einen großen Schritt weiter. Ich erinnere daran, dass wir vor einem halben Jahr die Kanzlerin in höchsten Tönen dafür gelobt hatten, dass sie bereit war, für den Schutz des Regenwaldes eine Milliarde bereitzustellen. Und jetzt werden quasi über Nacht mal eben 500 bis 600 Milliarden locker gemacht ...

ZEIT ONLINE: Was ist der Grund für dieses Ungleichgewicht?

Weiger: Den Menschen liegt das eigene Geld eben wesentlich näher als die Natur. Der mögliche Verlust materieller Werte ist für die meisten viel bedrohlicher als eine Klimaveränderung, die man nur über Jahrzehnte hinweg beobachten kann und die ja heute scheinbar noch keine großen Auswirkungen hat. Das Dramatische an der Sache ist aber, dass wir den Glauben haben, alle Fehler seien irgendwie zu reparieren. Bei der Finanzkrise mag

das ja noch möglich sein, wenn auch um den Preis neuer Verschuldung zulasten künftiger Generationen. Doch der Naturhaushalt ist nur zu einem gewissen Grad reparaturfähig. Es gibt Grenzen, hinter denen setzen sich selbst verstärkende, nicht mehr zu beeinflussende Prozesse ein.

ZEIT ONLINE: Sehen Sie die Gefahr, dass durch die Finanzkrise der Klimaschutz unter die Räder kommt?

Weiger: Ja, diese Gefahr ist nicht gering. In den laufenden Verhandlungen um das Klimaschutzpaket der EU heißt es ja schon, die Wirtschaft könne bei einer sich abzeichnenden Rezession keine weiteren Auflagen mehr verkraften. Da wittern die Lobbyisten der Großindustrie Morgenluft. Man macht also genau wieder den gleichen Fehler, den Klimaschutz gegen die Arbeitsplätze auszuspielen. Anstatt zu erkennen, dass gerade jetzt umso mehr in den Klimaschutz investiert werden müsste, um die Umwelt zu erhalten und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze etwa im Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen.

ZEIT ONLINE: Viele Politiker fordern ein Konjunkturprogramm ...

Weiger: Also wieder neue Autobahnen, Flughäfen, alles Bereiche, wo man in kurzer Zeit viel Geld investieren kann, allerdings mit minimalem Arbeitsplatzeffekt und maximaler Umweltbelastung. Dadurch wird die ökonomische und ökologische Krise weiter verschärft.

ZEIT ONLINE: Und die Klimakanzlerin macht da mit!

Weiger: Ich glaube, aus persönlichen Gesprächen mit ihr, dass sie durchaus die Bedrohung des Klimawandels erkannt hat. Aber sie ist teilweise wohl nicht in der Lage, sich dem massiven wirtschaftlichen Druck der Großindustrie und ihrer Lobbyisten inner- und außerhalb des Parlaments zu widersetzen.

ZEIT ONLINE: Also keine klammheimliche Freude, dass sich der umweltzerstörende Kapitalismus selbst ein Bein gestellt hat?

Weiger: Nein, die wäre nicht berechtigt. Denn die Finanzkrise führt ja zu gewaltigen ökonomischen Folgeschäden. Und das wirkt dann auch negativ auf die Ökologie. Man muss sich nur die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ansehen, wo sich das im kleinen Maßstab zeigt. Die Krise hat dazu geführt, dass die KfW ihre Kredite für CO₂-

Reduktionsmaßnahmen, etwa die Dämmung von Häusern, verteuern musste. Jetzt ist die eigentlich segensreiche Arbeit der KfW in Sachen Klimaschutz in Gefahr. Das alles ist eben kein Nullsummenspiel. Einer zahlt immer die Zeche, entweder der Bürger oder die Umwelt. Und in der heutigen Situation beide zusammen.

ZEIT ONLINE: Müssen wir erst auf eine echte Umweltkatastrophe vor unserer Haustür warten, bis wirklich Substanzielles geschieht?

Weiger: Das wäre fatal, weil es dann zu spät wäre. Wenn nicht das Börsenkapital, sondern das Naturkapital verspielt ist, bedeutet das den Untergang der Menschheit.

<http://www.zeit.de/online/2008/43/finanzkrise-und-umwelt>

Der Staat als Hüter guter Sitten

[Udo Ernst Simonis, Freitag.de vom 23.10.2008] Große Krisen haben gelegentlich Wertvolles hinterlassen. Was vererbt die Finanzkrise außer neuen Schulden? Was bedeutet sie für die anderen globalen Krisen - den Hunger und den Klimawandel?

Finanzminister Peer Steinbrück fand vermeintlich deutliche Worte: „Wenn es auf dem Finanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden, auch wenn Brandstifter am Werke waren.“ Sicherheit war das Gebot der Stunde, jähes Krisenmanagement war gefragt – Nachhaltigkeit weniger, Gerechtigkeit schon gar nicht. So mutierte Steinbrücks geheimnisvoll angekündigter „Plan B“ im Hauruckverfahren zu einem Bankenrettungspaket, das gigantische 500 Milliarden Euro umfasst. Immerhin: Wer unter diesen Rettungsschirm will, muss gewisse Auflagen erfüllen – Aktien oder Beteiligungen sollen übertragen, Manageregehälter gedeckelt, Boni zurückgestellt, Dividendenausschüttungen ausgeschlossen werden. Viel ist von neuer Finanzarchitektur die Rede, doch strategischen Einfluss auf den Bankensektor zu nehmen, ist nicht beabsichtigt. Man sieht: Es geht um die Rettung, nicht um Überwindung eines krisengeschüttelten Finanzsystems.

Dabei wäre es ein Leichtes gewesen – und ist es immer noch – die Krise zu nutzen, um der Nachhaltigkeit Priorität zu verschaffen. Ein Prinzip, das die Regierung Merkel sonst wie eine Monstranz

vor sich her trägt. Dann müsste es freilich jetzt mehr denn je um ökologische Modernisierung, Arbeit und Innovation – um Erneuerbare Energien und um Klimapolitik gehen. Hätte man über der Finanzkrise nicht die größere Katastrophe – die Zerstörung unseres Klimasystems – vergessen, wäre man national wie global „am Puls der Zeit“. Jetzt, da der Staat als Hüter guter Sitten Disziplin und Solidität durchsetzen will, müsste er sich auch strukturpolitisch mehr zutrauen.

Es sollte doch möglich sein, die Milliarden schwere Rettung lädierter Banken mit ökologischen und sozialen Auflagen zu versehen, auf dass Banken- und Klimarettung verkettet werden. Das hätte Vorteile: Kapital würde nicht nur bereitgestellt, um Spekulanten und Zockern aus der Krise zu helfen. Es könnten neue Arbeitsplätze entstehen, neue Produkte und Technologien erprobt und lokale Investitionen gegen globale Spekulationen gesetzt werden. Es ginge nicht um die Reparatur einer teils virtuellen Welt, sondern den Umbau einer ganz und gar realen. Und das müsste nicht einmal teuer sein.

Wer nicht nur den „Plan B“ von Steinbrück für Deutschland, sondern den von Lester Brown, des Präsidenten des Earth Policy Instituts, für die Welt als Ganzes studiert, entdeckt dort Größenordnungen, die nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was momentan beim globalen Krisen-Management aufgeboten wird. Browns Plan zur Rettung der Zivilisation enthält zwei Kalkulationen: eine zur Armutspolitik, die andere zur Erdpolitik. Um das Elend in der Welt zu überwinden, wären nach Lester Brown 68 Milliarden Dollar pro Jahr nötig. Um die Erde zu reparieren und mit der ökologischen Sanierung zu beginnen, veranschlagt er 93 Milliarden Dollar pro Jahr, was in der Summe etwa 125 Milliarden Euro ergäbe.

Angesichts der Geldflut, die marode Banken über Wasser halten soll, erscheint es mehr als angebracht, auch den Stern-Report aus dem Jahr 2006 in Erinnerung zu rufen. Sir Nicholas Stern rechnete darin vor, der Klimawandel kostet – bedenkt man neben den Natur- auch die Gesundheitsschäden und die Transferleistungen – von jetzt und in alle Zukunft 20 Prozent des Weltsozialprodukts. Eine aktive internationale Klimapolitik, die im Wesentlichen eine Kohlendioxid-Steuer, einen funktionierenden Emissionshandel und die ökolo-

gische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft umschreibt, dürfte dagegen nur ein Prozent des Weltsozialprodukts in Anspruch nehmen.

Ohne gesunde Banken sei ein Leben nicht möglich, hieß es im Bundestag. Ohne gesunde Ökologie aber schon gar nicht. Diese Einsicht bleibt weder Kanzlerin Angela Merkel noch ihrem Finanzminister erspart. Die Annahme des ambitionierten Klimapakets der EU (s. unten), bei dem es unter anderem um emissionsärmere Autos geht, steht auf der Kippe. Der Meseberg-Plan der Bundesregierung zur integrierten Klima- und Energiepolitik wackelt gleichfalls.

Anfang Dezember findet in Poznan die 14. Vertragsstaaten-Konferenz der UN-Klimarahmenkonvention statt. Ab dann läuft die Uhr und lässt noch ein Jahr Zeit, um in Kopenhagen Ende 2009 einen Nachfolgevertrag zum Kioto-Protokoll zu schließen, der eine drastische Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes, einen gut regulierten Emissionshandel und die Etablierung eines globalen Klimafonds abverlangt. Leider ist Polen als Gastgeber der internationalen Klimapolitik schlecht darauf vorbereitet, den Kioto-Prozess fortzuschreiben, hat doch Warschau zuletzt aktive europäische Klimapolitik massiv blockiert.

Aus Krisen muss man lernen. Einkehr und Umkehr sind möglich. Die Handlungszwänge, die von der Weltfinanz-Misere ausgehen, könnten dazu führen, die Klimakrise ernster zu nehmen, als das bisher geschieht. Eine Anleihe bei Friedrich Nietzsches berühmtem Satz vom Leben ohne Musik scheint angebracht: Ein Europa ohne Nachhaltigkeit und aktive Klimapolitik ist ein Fehler!

<http://www.freitag.de/2008/43/08430601.php>

Revolution – jetzt erst recht

[Michael Bauchmüller, *Sueddeutsche Zeitung* vom 23.10.2008] Die Sonne schien, die Sicht war klar, als Christopher Flavin nach Berlin einschwebte. Und was sah der Präsident des Washingtoner Worldwatch Institute aus dem Flugzeugfenster? Genau: „Windpark hinter Windpark.“ Flavin war begeistert. „Ein sichtbares Zeichen riesiger Veränderungen“, schwärmt er. „Vor ein paar Jahren hielten die Deutschen das für unmöglich, jetzt sind sie Vorbild.“ Wenn ein paar Windräder im Brandenburgischen Flavins Herz schon vor der

Ankunft wärmten, dann muss es ihm kurz nach seiner Landung übergelaufen sein. Am Mittwoch empfing ihn der deutsche Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) als Gast einer Ministeriums-Konferenz mit dem bescheidenen Titel „Faktor X – eine dritte industrielle Revolution“. Umweltschützer Flavin staunte nicht schlecht.

Faktor 4, Faktor 10 – in der Umweltbewegung ist das ein alter Hut. Ziel ist es, mit viermal oder zehnmal weniger Ressourceneinsatz das Gleiche zu produzieren. „Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch“, auf diese Formel brachte es Mitte der Neunziger ein Autorentrio um den Naturwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker. Aber das als Teil eines Regierungsprogramms? „Die Frage ist eher, ob Faktor 4 angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung überhaupt reicht“, so Gabriel. Wer wirtschaftlich überleben wolle, der müsse nun völlig umsteuern. „Diejenigen werden keinen Erfolg haben, die sich auf die Märkte von gestern konzentrieren.“ An Industrieverbände, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschützer hatte das Ministerium deshalb schon im Sommer den Entwurf eines Programms zur „Ökologischen Industriepolitik“ versandt, mit Bitte um Rückmeldung. Danach sollen Arbeitnehmer eine Energiespar-Zulage erhalten, die Mehrwertsteuer auf umweltfreundliche Produkte soll sinken, die Lkw-Maut für Stinker steigen. Bauern sollen Hilfen nur noch erhalten, wenn ihr Schaffen der Natur nicht schadet, die Nutzung der Kernkraft per Steuer verteuert werden. Vorteile für Dienstwagen sollen genauso schwinden wie Subventionen, die der Umwelt schaden. Immer sollen staatliche Vorgaben die Industrie dazu bringen, anders zu wirtschaften als bisher, effizienter, sauberer. Es sind viele kleine Schritte, viele sind von der Koalition schon beraten und verworfen. Aber der Titel ist groß: industrielle Revolution.

Faule Kredite - bei der Natur

Ein anderer hätte das Thema in diesen Tagen vorsichtig heruntergedimmt. Angesichts der Billionen-Probleme der Weltwirtschaft erscheint selbst ein milliardenschwerer Umbau der Wirtschaft derzeit etwas überambitioniert. Nicht aber Sigmar Gabriel. „Wir haben gerade erlebt, was passiert, wenn man auf faule Kredite setzt“, sagt er bei seiner Revolutionskonferenz - nicht zufällig in der

Backsteinhalle eines ehemaligen Berliner Umspannwerks, einer Industrie-Kathedrale von gestern. Faule Kredite nehme die Menschheit auch bei der Natur auf, Tag für Tag. „Dass das nur kurzfristigen Erfolg bringt, ist eine Lehre, die wir zu ziehen haben.“ Vor allem dürfe die Politik nicht die Krise als Ausrede nehmen, um in der Umweltpolitik nichts mehr zu tun. „Wenn wir das Casino retten, aber Geld aus Umwelt und Bildung abziehen, dann werden sich Menschen endgültig von der Demokratie abwenden.“ Aus aktuellen Entwicklungen Kapital schlagen, das kann Gabriel. Und sei es auf Umwegen.

Die deutsche Industrie ist wenig begeistert. Schon die ersten Entwürfe des Programms fanden hier wenig Anklang. Zwar sei Ökologie im Grunde nicht verkehrt. Aber: „Ökologische Fehlentwicklungen werden keineswegs nur durch Marktversagen verursacht“, erwiderte der Industrieverband BDI, „sondern vielmehr auch durch Staatsversagen“. Wolle der Staat der Wirtschaft vorgeben, wo und wie sie zu investieren habe, sei das „im Grunde Industriepolitik im klassischen Sinne – nur mit anderen, ökologischen Vorzeichen.“ Auch dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gingen die Schlussfolgerungen zu weit. Den ökologischen Umbau zu einer Zielgröße zu machen, sei abzulehnen, schrieb der Verband. „Er räumt dem Umweltschutz eine kaum zu rechtfertigende Priorität vor allen anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen ein.“ Gewerkschaften reagierten freundlicher auf den Öko-Umsturz.

Ohnehin gehe es ja erst einmal nur um die Debatte, sagt Gabriel, weniger um die Aktion. „Wer unsere Vorschläge schlecht findet, den bitten wir herzlich, bessere zu machen.“ Allerdings bitte schön nur solche, „die in die Zukunft weisen“. Die hat nämlich gerade begonnen. Zumindest mal eine Konferenz lang.

Spekulative Hoffnung: Die Krisenspirale

[Marcel Hänggi, WOZ.ch vom 23.10.2008] Ein Interview mit dem St. Galler Ökonom Hans-Christoph Binswanger. *WOZ: Wenn man dem Bundesrat glaubt, dann wird uns die Rettung der UBS nichts kosten: Die UBS wird das Geld mit hohen Zinsen zurückzahlen; die maroden Papiere werden verkauft, sobald sie wieder etwas wert*

sind. Mit etwas Glück schaut sogar ein Gewinn heraus. Alle gewinnen, niemand zahlt - ein schönes Märchen?

Binswanger: All diesen Rettungsaktionen liegt die Vorstellung zugrunde, dass wir einfach einen Unglücksfall haben, den wir bewältigen müssen; danach wächst die Wirtschaft weiter wie gehabt. Die Probleme, die zur Krise geführt haben, werden so aber nicht gelöst.

WOZ: *Die da wären?*

Binswanger: Die heutige Verfassung unserer Wirtschaft führt zwangsläufig zu Spekulationen, die Blasen bilden, die dann zwangsläufig entweder platzen oder zu Inflation führen.

WOZ: *Weshalb?*

Binswanger: Der normale Gang der Wirtschaft besteht darin, dass die Zentralbanken den Geschäftsbanken Geld leihen, womit die Geschäftsbanken ihren Kunden dann wiederum Kredite gewähren können. Weil das Geld nicht mehr durch Gold oder Silber real gedeckt sein muss, kann auf diese Weise beliebig Geld geschöpft werden. Die Unternehmen nehmen dieses Geld als Kredite auf und kaufen damit Arbeit, Energie und Rohstoffe, um zu produzieren. Aber wenn man mehr Geld verdienen kann, indem man spekuliert, wird das Geld eben nicht nur zur Produktion realer Güter, sondern vermehrt auch zur Spekulation verwendet. Man kauft Wertpapiere in der spekulativen Hoffnung, dass deren Wert steigt, und indem man sie kauft, trägt man zu ihrer Wertsteigerung bei. Das ist vor allem bei tiefen Zinsen interessant. Dabei werden aber keine realen Werte geschaffen, die den steigenden Werten der Wertpapiere entsprechen.

WOZ: *Die Zentralbanken leihen den Geschäftsbanken Geld. Tut also die Nationalbank, wenn sie jetzt der UBS 54 Milliarden zur Verfügung stellt, nichts anderes, als was Zentralbanken immer tun?*

Gewissermaßen ja, nur jetzt sehr forciert, weil der Interbankenmarkt nicht mehr spielt. Das geschieht in der Hoffnung, dass das Realwachstum wieder ansteigt - aber auch diese Hoffnung ist natürlich spekulativ.

WOZ: *Offenbar hofft man auf viel. Die 6 Milliarden, die die UBS vom Bund erhält, muss sie mit 12,5 Prozent verzinsen. Das heißt doch, man er-*

wartet, dass die marode UBS damit mindestens 12,5 Prozent Gewinn erwirtschaften kann.

Binswanger: Sie muss nicht an jedem einzelnen Franken 12,5 Prozent verdienen, denn sie kann ja ein Vielfaches dieser 6 Milliarden selber als Kredit herausgeben. Das setzt aber voraus, dass die Kreditschöpfung weitergeht.

WOZ: *Das ist für einen ökonomischen Laien sehr abstrakt. Darum einfach gefragt: Kann das gut gehen? Können die Staaten ihre Banken retten und am Ende noch einen Gewinn dar-aus ziehen?*

Binswanger: Das kommt darauf an, ob die Natur mitspielt.

WOZ: *Die Natur? Es ist die Rede vom fehlenden Vertrauen der Banken untereinander; es ist die Rede von abenteuerlichen Finanzmarktstrukturen, die falsch bewertet wurden - lauter symbolische Dinge. Was hat die Natur damit zu tun?*

Binswanger: Die Sache kann aufgehen, wenn ein ausreichendes reales Wachstum stattfindet, wenn also Realwerte geschaffen werden, die der erwarteten Wertsteigerung entsprechen. Mit anderen Worten, es muss mehr produziert werden. Dazu braucht es aber Ressourcen. Die Rohstoffe müssen billig sein.

WOZ: *Dann gibt es ja wenigstens eine gute Nachricht in der Krise: Die Rohstoffpreise fallen. Öl kostet weniger als halb so viel wie im Juli.*

Binswanger: Der hohe Erdölpreis war zu einem großen Teil spekulativ. Sobald die Finanzkrise überwunden ist, wird es mit den hohen Ölpreisen aber wieder losgehen - und mit den steigenden Preisen auf -Metallen, Nahrungsmitteln und so weiter.

WOZ: *Heute spricht alles von der Finanzkrise, vor ein paar Monaten dominierten die Rohstoff- und Nahrungsmittelkrise, und die ökologische Krise verschärft sich weiter. Hängen diese Krisen miteinander zusammen?*

Binswanger: Die ersten drei sind monetäre Krisen. Die vierte hängt indirekt damit zusammen, weil der Versuch, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen forciert, was die Umwelt belastet. Da kommt es nun auch zu widersprüchlichen Politiken. Bundeskanzlerin Angela Merkel will jetzt beispielsweise die deutsche Automobilindustrie stützen, die unter der Finanzkrise leidet - dabei wollte man

doch wegen des Klimawandels die CO₂-Emissionen senken.

WOZ: Sie sagten zu Beginn, die Spekulation werde durch tiefe Zinsen befördert. Vor allem die US-Zentralbank unter Alan Greenspan verfolgte eine Tiefzinspolitik. Damit konnte sie die Dotcom-Blase auffangen. Hat also die Lösung der letzten Krise zur jetzigen geführt - und bläst man heute schon die nächste Blase auf?

Binswanger: Wenn man am System nichts ändert, nimmt man die nächste Blase oder Inflation in Kauf.

WOZ: Man pumpt jetzt Geld ins System, weil die Banken nicht mehr liquid sind. Aber eben erklären Sie, die Krise habe damit zu tun, dass spekulativ zu viele Geldwerte geschöpft worden seien. Hat es denn nun zu viel oder zu wenig Geld im System?

Binswanger: Es fragt sich, wo das Geld ist. Auf dem Interbankenmarkt fehlt's offensichtlich. Man hat in diesen Tagen oft gelesen, wie viel Geld durch die Kursstürze vernichtet worden sei, und es wurde geklagt, dass man damit doch so viel Sinnvolles hätte tun können. Aber was jetzt «vernichtet» wurde, hat es gar nicht gegeben - das war nur fiktives Geld.

WOZ: Alle sagen, zur Rettung der Banken gebe es keine Alternative.

Binswanger: Das ist für den Moment wahrscheinlich richtig. Aber es müsste nun darum gehen, vorzusorgen, dass man langfristig nicht wieder in dieselbe Situation gerät. Gewiss, es geschieht einiges: Man erhöht nun Eigenkapitalvorschriften und will die Managerbezüge begrenzen. Das ist alles sinnvoll, aber es genügt nicht.

WOZ: Was braucht es noch?

Binswanger: Ich sehe vor allem zwei Ansätze im monetären Bereich. Der erste ist die Vollgeld-idee. Vollgeld bedeutet, dass die Kredite, die die Banken vergeben, voll gedeckt sein müssen. Eine Geschäftsbank könnte nur noch so viel Kredit vergeben, wie sie selber von der Zentralbank erhalten hat. Dadurch erhielten die Zentralbanken mehr Verantwortung.

WOZ: Könnte ein Staat so was alleine einführen?

Binswanger: Nein, aber ein großer Staat wie die USA oder auch die EU könnten die Initiative ergreifen. Es brauchte aber eine internationale Ab-

sprache, ähnlich wie seinerzeit in Bretton Woods.

WOZ: Und der zweite Ansatz?

Binswanger: Man muss sich fragen, ob wir uns die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft in ihrer heutigen Form noch leisten können. Die Logik der Aktiengesellschaft führt dazu, dass alle Gewinne letztlich zur Steigerung des Aktienwerts verwendet werden, was die Spekulation fördert. Die Alternative wäre der Stiftungsgedanke: Das Ziel der Unternehmen sollte es nicht sein, möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften, sondern Produkte bereitzustellen.

WOZ: Das hieße, die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen und ihren Zweck in der Befriedigung von Bedürfnissen zu sehen - statt sie ihrer Eigendynamik zu überlassen?

Binswanger: Es geht vor allem darum, die Eigendynamik der Geldschöpfung und der Aktiengesellschaft und damit die Wachstumsspirale zu bremsen. Nullwachstum ist meines Erachtens unmöglich, aber man müsste das Wirtschaftswachstum auf einem tiefen Niveau halten. Damit würde die Wirtschaft ökologisch verträglicher und weniger krisenanfällig - und erst noch gerechter, weil es dann keine Grundlage für exorbitante Einkommen mehr gäbe.

WOZ: Sehen Sie Anzeichen dafür, dass man sich in den jetzigen Krisen dar-auf besinnt, was der Zweck der Wirtschaft sein sollte? Gibt es einflussreiche Ökonomen und Wirtschaftspolitiker, die das vertreten, was Sie fordern?

Binswanger: Das Zweite, das ich genannt habe - Stiftungen statt Aktiengesellschaften -, wird vor allem vom Herrn Binswanger aus St. Gallen gefordert (lacht). Aber die Vollgeldidee ist durchaus bekannt und nichts Neues. Eine Weltwirtschaftskonferenz im Stil eines neuen Bretton Woods wird ja tatsächlich diskutiert. Da wäre zumindest der Rahmen gegeben, wo solche Ideen eingebracht werden könnten.

http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2008/nr43/Schw_eiz/17019.html

Kampagne: „Europe, it's time to lead“

Die Kampagne von Friends of the Earth (mit dem BUND), Greenpeace, WWF und Climate Action Network Europe informiert über die aktuellen Verhandlungen zum EU-Energie- und Klimapa-

ket. Sie übt Druck aus, um die politischen Entscheidungsträger wieder auf Klimaschutzkurs zu bringen.

Auf der Webseite können EU-BürgerInnen den deutschen Umweltminister Sigmar Gabriel und die Entscheidungsträger in Parlament und EU-Kommission auffordern, bei den Verhandlungen alles zu tun, um die globale Erwärmung unter zwei Grad zu halten. Im EU-Umweltministerrat wird das Energiepaket wieder am 4. Dezember behandelt.

www.timetolead.eu

Logos, Web-Banner und ein Hintergrunddokument stehen zur Verfügung unter:

<http://www.timetolead.eu/private/assets/>

7. KLIMASCHUTZ

Brief an Bundeskanzlerin

Das FÖS hat zusammen mit weiteren Verbänden einen Brief an Bundeskanzlerin Angelika Merkel unterzeichnet, in welchem vor einer Verwässerung des Klima- und Energiepakets der EU gewarnt wird.

Dieser Brief ist auf der Homepage des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft einsehbar: http://www.foes.de/de/downloads/Politische%20Forderungen/brief_merkel_mit%20logos_17092008.pdf

Durchbruch für UN-Fonds zur Anpassung an den Klimawandel

[Sven Harmeling, Germanwatch.org vom 20.09.2008] Am späten Donnerstag Abend ging nach viertägigen Verhandlungen das 3. Treffen des UN Adaptation Fund in Bonn erfolgreich zu Ende. Sven Harmeling, Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch, der an dem Treffen als Beobachter teilgenommen hat, begrüßte das Ergebnis: „Mit der Einigung auf alle derzeit zentralen politischen und rechtlichen Dokumente kann nun beim Klimagipfel in Poznan der Startschuss für die Vergabe von Geld für Klimaanpassung gegeben werden. Damit stehen die Chancen gut, dass im kommenden Jahr endlich die ersten Anpassungsprojekte und -programme gefördert

werden“, so Harmeling. Auf die Dringlichkeit der Umsetzung konkreter Anpassungsmaßnahmen hatten insbesondere die Vertreter der kleinen Inselstaaten und der ärmsten Entwicklungsländer hingewiesen.

Inhaltlich wurde erstmals als Priorität verankert, dass die Fördergelder insbesondere den besonders verletzlichen Gruppen zugute kommen sollen. „Dies ist von zentraler Bedeutung, damit die Maßnahmen vor allem diejenigen unterstützen, die am meisten betroffen sind. Und dies ist nicht zuletzt auch eine menschenrechtliche Verpflichtung“, so Harmeling. Germanwatch hatte am ersten Tag des Treffens Delegierte des Adaptation Fund zu einem Abendessen eingeladen, wo es genau um die Frage ging, wie die gegenüber den Folgen des Klimawandels besonders verletzlichen Menschen gezielt durch den Adaptation Fund unterstützt werden könnten. Dieses hat nach Aussage einer Reihe von Teilnehmern den Blick für diese Frage geschärft.

Das Treffen war von einer sehr konstruktiven Arbeitsatmosphäre geprägt. „Es war allen Delegierten, egal, ob aus Industrie- oder Entwicklungsländern, deutlich anzumerken, dass sie den Adaptation Fund nach jahrelangen Verhandlungen endlich startreif haben wollen. Sie erzielten für alle tragbare Kompromisse.“

Bei der UN-Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 war die Einigung auf eine Entscheidungsstruktur für den Adaptation Fund einer der großen Erfolge. Seitdem galt es, die notwendigen rechtlichen und institutionellen Grundlagen für die Arbeit des Adaptation Fund zu entwickeln, der aufgrund einiger innovativer Elemente Vorbild für andere internationale Prozesse werden könnte. Im Gegensatz zu vielen anderen internationalen Gremien spielt in der Entscheidungsstruktur die Wirtschaftskraft der Staaten keine Rolle. Die Entwicklungsländer haben eine Mehrheit. Zudem wird der Adaptation Fund nicht aus freiwilligen Beiträgen der Industrieländer gespeist, sondern aus einer innovativen Abgabe auf den Emissionshandel mit Entwicklungsländern – der ersten internationalen Umweltabgabe überhaupt.

<http://www.germanwatch.org/presse/2008-09-20.htm>

Joschka Fischer und die neue Welt-Energie-Ordnung: „Eine nie gesehene Revolution“

*[Manfred Kriener, Zeozwei.de vom 12.09.2008]
Zeozwei: Herr Fischer, die eskalierenden Öl- und Gaspreise verändern die Koordinaten im weltpolitischen Gefüge. Die Internationale Energie-Agentur spricht von der »neuen Welt-Energie-Ordnung«. Werden Europa und die USA die großen Verlierer sein, weil der Schmierstoff unseres Lebensstils zu teuer wird?*

Fischer: Sie verlieren relativ, weil die alte 20:80-Formel des Club of Rome nach dem Ende des Kalten Krieges fundamental erschüttert wurde. Diese Formel besagt, dass 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Energieressourcen und des Wohlstands für sich reklamieren und verbrauchen. Weil sich inzwischen aber alle am westlichen Wohlstandskurs orientieren, kommt die verdrängte Realität zum Vorschein. Verschwendung und Unvernunft, mit der wir bisher gelebt haben, sind so nicht mehr haltbar. Nehmen Sie nur unser Automobil mit seinem riesigen Rohstoffverbrauch und einer Energieausbeute von gerade mal 13 Prozent – ungläublich!

Zeozwei: Fürs Automobil haben die Amerikaner in den letzten vier Monaten 160 Milliarden Dollar Benzingeld ausgegeben.

Fischer: Ist das jetzt eine gute oder schlechte Nachricht?

Zeozwei: Wie bewerten Sie die Zahl?

Fischer: Endlich verschwinden die versteckten Subventionen, und die ökologische Wahrheit kommt in den Preisen zum Vorschein. Nur so wird sich etwas verändern. Da helfen auch keine neuen Subventionsversprechen à la Pendlerpauschale. Wenn die Lawine runterdonnert, nützt es nichts, den Regenschirm aufzuspannen.

Zeozwei: Das heißt, wir müssen dem Ölpreis dankbar sein, weil er als schmerzhaftes Heilmittel die Energierevolution in Gang bringen kann?

Fischer: Sie können sicher sein, er wird sie in Gang bringen. Er wird neue Technologien anstoßen. Wir werden die Erneuerbaren Energien perspektivisch auch für die Grundlast bekommen zum Beispiel durch Offshore-Windkraft. Wir werden aber als Übergangstechnologie auch weiter Kohle einsetzen müssen, wenn wir nicht wie-

der bei den mehr als zweifelhaften Segnungen der Atomkraft landen wollen. Es wäre ein Riesenfehler von Grünen und Umweltbewegung, wenn sie an diesem Punkt unrealistisch sind. Ich sehe die Probleme der Kohle und beschönige nichts, aber für den Übergang kommen wir nicht ohne sie aus. An dieser Frage werden auch Wahlen entscheiden. Wir können uns nicht ins Abseits manövrieren und alles ablehnen, da werden wir schnell in die sektiererische Ecke gedrückt.

Zeozwei: Mit dieser Position machen Sie sich keine Freunde in Ihrer Partei und in der Umweltbewegung.

Fischer: Die Sache zählt. Wenn man sich den gegenwärtigen Ausbau der Energieerzeugung in China und anderen Schwellenländern ansieht, dann findet dieser hauptsächlich auf Kohlebasis statt. Die negativen Folgen der Kohleverstromung müssen auf jeden Fall angegangen und gelöst werden.

Zeozwei: Kohlekraftwerke sind Investitionen für Jahrzehnte, da werden gewaltige Klima-Emissionen langfristig zementiert.

Fischer: Das ist ein starkes Argument, ich weiß. Aber man hat nachträglich auch entstickt und entschwefelt. Warum nicht Kohlekraftwerke unter dem Vorbehalt genehmigen, dass sie nachgerüstet werden müssen, sobald die Technologie des CO₂-Abscheidens oder Vergleichbares verfügbar ist?

Zeozwei: Gegenwärtig gibt es eher schlechte Nachrichten für die saubere Kohle, viele Pilotprojekte wurden gestoppt. Vor 2020 wird diese Technologie im industriellen Maßstab nicht einsetzbar sein.

Fischer: Die schlechteste Nachricht ist für mich der Versuch, die Atomenergie wieder mehrheitsfähig zu machen. Und überlegen Sie bitte für einen kurzen Augenblick, welche Rolle die Kohle haben wird, wenn wir in Nahost tatsächlich einen massiven Konflikt bekommen sollten. Dann wird sie, weil sie aus politisch stabileren Regionen kommt, noch eine ganz andere Bedeutung erhalten. Auch der im Kaukasus ausgebrochene Konflikt und seine Weiterungen werden massiv in Richtung »Energieunabhängigkeit« drücken. Weg vom russischen Öl und Gas. Und was wird die kurzfristige Alternative in der politischen Debatte sein? Atom oder Kohle! Und da bin ich eindeutig pro Kohle. Ich bin seit dem Krieg in Georgien

mehr denn je überzeugt: Wer bei der Kohle bloß blockiert und sich nicht an die Lösung der zweifellos bestehenden Probleme macht, wird die entscheidende Schlacht an der Atomfront verlieren.

Zeozwei: Es gibt in der Energiepolitik außer Kohle und Atom ja noch andere leckere Sachen: Energiesparen, Effizienz, Erneuerbare.

Fischer: Die Effizienz erhöhen und das Ausreizen des Energiesparens, das ist der Kern künftiger Energiepolitik, und das hat nichts, aber auch gar nichts mit Lustfeindlichkeit und dergleichen zu tun. Maximale Effizienz und Produktivität ist die Formel erfolgreicher Marktwirtschaft.

Zeozwei: Sie vergessen die Erneuerbaren.

Fischer: Deren Entwicklung bis hin zur Grundlastfähigkeit, habe ich bereits erwähnt. Dabei sollte gerade hierzulande auch Erdwärme nicht vergessen werden. Wenn wir die gegenwärtige Dynamik in die Zukunft denken, dann macht mich das wirklich zum Optimisten. Mal ehrlich: Vor zehn Jahren wäre doch jeder zum Spinner erklärt worden, der gesagt hätte, dass wir jetzt bei Sonne, Wind und Co. auf die 20 Prozent zulaufen.

Zeozwei: Manche Leute werden auch heute noch für Spinner gehalten, weil sie den großen Wurf für möglich halten: eine Versorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbarer Energie.

Fischer: Überhaupt keine Spinnererei. Das halte ich mittelfristig für durchaus realistisch. Aber alle großen Würfe haben ihre Schattenseiten. Will man alles mit Erneuerbaren machen, läuft das aus meiner Sicht auf eine Großtechnologie mit Photovoltaik und/oder Wasserstofftechnologie hinaus. Das wird dann im Sonnengürtel der Erde in den Wüstengebieten stattfinden. Das wäre eine weit reichende Systementscheidung. Vielleicht wird es tatsächlich so kommen, aber das wäre dann wieder Großtechnologie. Nur: Vorher gibt es noch andere Quellen anzupapfen. Ich frage mich zum Beispiel ernsthaft, warum die Russen in Sibirien ständig nach neuen Erdgasfeldern suchen. Sie könnten ein riesiges Feld erschließen, wenn sie ihr marodes Leitungsnetz in Moskau sanieren und die Verschwendung im Endverbrauch beenden. Das sind ungeheure Verluste. In den USA habe ich eine ähnliche Verschwendung erlebt. Wenn ich hier mein Berliner Haus energetisch mit meiner Miet-Immobilie in New Jersey vergleiche – da bestehen sehr große Unterschiede.

Zeozwei: Der Chef des Ölkonzerns „Total“, Christophe de Margerie, erwartet wegen der Entwicklung beim Öl dramatische Machtverschiebungen. Er sagt: „Der Westen regiert nicht mehr die Welt.“

Fischer: Wir erleben in der Tat eine Verlagerung von Macht und Wohlstand von West nach Ost. Das bringt innenpolitisch die Herausforderung, den Leuten klarzumachen, dass auch wir Deutschen uns in einer Situation relativen Abstiegs befinden. Keine einfache Aufgabe. Und ich mache mir wirklich Sorgen, wenn ich mir unsere Automobilindustrie ansehe. Wer sich in dieser Phase der ökologischen Revolution falsch positioniert, wird zu den Verlierern gehören. Für Deutschland ist die Autoindustrie immer noch die Schlüsselindustrie. Und wir müssen technologisch ganz vorne sein, um uns auf den Weltmärkten zu behaupten.

Zeozwei: Vorne liegt derzeit eher Toyota als VW.

Fischer: Ich hoffe, dass die deutschen Autobauer die Zeichen der Zeit langsam erkennen. Ein weiteres Debakel wie wir es in der Photooptik und in der Unterhaltungselektronik erlebt haben, können wir uns nicht erlauben.

Zeozwei: Wenn Europa der Abstieg droht: Sind die Golfstaaten mit ihren sprudelnden Petrodollars die neue finanzielle Supermacht, vor der man sich fürchten muss?

Fischer: Das glaube ich eher nicht. Das politische Potenzial der Golfregion ist nicht so groß. Mit großem Unbehagen sehe ich allerdings die Entwicklung in Iran. Da läuft vieles Richtung Konfrontation. Wenn das eskaliert, werden die Energiepreise noch ganz anders abheben.

Zeozwei: Der Iran macht Ihnen mehr Sorge als Saudi-Arabien. Am Tropf der Saudis, an ihrer Förderquote, hängt aber die halbe Zivilisation. Ein Land ohne Bürgerrechte, das Leute köpft und steinigt, bestimmt die Energiemärkte der Welt.

Fischer: Saudi-Arabien hängt auf Grund seiner politischen Schwäche stark vom Westen ab, und das Land hat begriffen, dass es sich bewegen muss. Da bleibt nur der geduldige Weg. Der große Unterschied ist, dass der Iran über das Potential einer aggressiven Hegemonialmacht verfügt. Auch Dank der katastrophalen Fehler der Bush-Regierung im Irak. Saudi-Arabien hat kein eigenes Atomprogramm und wird zudem nichts tun, was die innere Stabilität gefährdet.

Zeozwei: Eine anderes Phänomen ist der so genannte Ressourcennationalismus in Venezuela, Bolivien, Russland. Ausländische Firmen werden rausgeworfen, staatliche Gesellschaften übernehmen die Regie.

Fischer: Eine solche Politik wird nur Verlierer produzieren. Bei sieben, acht, neun Milliarden Menschen und einer globalen Wirtschaft verbieten sich alle Arten imperialer und nationaler Lösungen. Wenn souveräne Länder auf Ressourcennationalismus setzen und meinen, sie wollen ohne Auslandsinvestitionen auskommen, bitte! Die westlichen Ölkonzerne will ich nicht verteidigen, aber die Erfahrungen mit Linkspopulisten wie Herrn Chavez sind ernüchternd.

Zeozwei: Wenn der Einfluss der alten Ölkonzerne schwindet: Werden die fossilen Habenichtse im Westen immer erpressbarer? Der estnische Präsident hat im vergangenen Jahr 41 Fälle gezählt, bei denen Russland Energielieferungen mit politischen Zielen verknüpft hat.

Fischer: Da sind wir wieder bei Europa. Russland hängt eigentlich mit seiner Modernisierung stärker von Europa ab als umgekehrt. Wenn wir eine gemeinsame Energieaußenpolitik verfolgen würden, könnte uns niemand vorführen. Das ist keine Kritik an Russland, sondern an uns selbst. Die Russen nutzen ihre Karten, das ist legitim. Und in Zukunft wird die militärische Karte für Moskau noch eine größere Rolle spielen. Europa muss sich darauf vorbereiten, dass Russland zu imperialer Großmachtpolitik zurückkehrt, und das kann ziemlich ungemütlich werden mit einem uneinigen und schwachen Europa.

Zeozwei: Als Öl- und Gas-Konsumenten setzen wir das Wohlergehen der Förderländer voraus? Die sollen brav bis zum Anschlag fördern, damit unser Turbo-Porsche läuft. Vielleicht werden diese Länder ihre Ressourcen künftig stärker strecken und die Förderquote gezielter als politisches Druckmittel nutzen. Gaddafi wollte ja der Schweiz den Ölhahn zudrehen, als sein Sohn Hannibal in Genf verhaftet wurde.

Fischer: Das kann er mit der kleinen Schweiz machen. Das zeigt doch nur: Wir Europäer müssen endlich begreifen, dass wir eine gemeinsame Energieaußenpolitik brauchen.

Zeozwei: Warum kommt die nicht zustande?

Fischer: Weil die Bürgerinnen und Bürger kein

wirklich starkes Europa wollen. Man klammert sich an den alten Nationalstaat – ein Irrtum. Und viele Führungsfiguren setzen ebenfalls auf nationale Politik. Im Ernstfall soll es dann der große Bruder in den USA richten. Ohne ein starkes Europa wird genau das geschehen, was wir jetzt mit der Schweiz erlebt haben.

Zeozwei: Von Polen kommt der Vorschlag einer Energie-Nato, andere wollen eine Energie-KSZE. Die Begriffe erinnern an die Zeit des Kalten Krieges.

Fischer: Ich halte nichts von Energie-Nato oder -KSZE. Wir haben die EU, und wir brauchen dort mehr Gemeinsamkeit, das ist unverzichtbar. Eine europäische Energieaußenpolitik ist ganz zentral, dafür brauchen wir einen Kommissar. Sehen Sie sich mal an, welche Bedeutung der Handels- oder Wettbewerbskommissar inzwischen hat. Diese Leute werden ernst genommen, sie verfügen wirklich über Macht.

Zeozwei: Sie zitieren gerne Ihren Ex-Kollegen, den indischen Außenminister Natwant Singh mit dessen Einschätzung, dass die neuen Supermächte China, Indien und die USA sein werden. Wie kann man Indien und China, deren schiere Größe gewaltig auf die Öl- und Rohstoffmärkte drückt, energie- und klimapolitisch unterhaken?

Fischer: Wir haben noch lange nicht begriffen, was es heißt, dass zwei bis drei Milliarden Menschen, Mitte des Jahrhunderts sogar vier Milliarden, in diesen Weltmarkt eintreten. Die wollen alle denselben Lebensstandard wie wir. Eine solche Revolution hat die Moderne noch nicht gesehen. Wenn das schief geht, stehen wir vor einem höchst gefährlichen Durcheinander. Die Zeiten, in denen solche Fragen von Umweltgruppen oder Kulturpessimisten in Hinterzimmern diskutiert wurden, sind vorbei. Das ist die Welt verändernde, weltumstürzende Entwicklung.

Zeozwei: Ist vor dieser globalen Herausforderung eine gemeinsame europäische Energiepolitik nicht zu klein gedacht?

Fischer: Sie unterschätzen die Bedeutung Europas. Aber wir Europäer müssen auch für uns selbst Sorge tragen, die anderen werden nicht auf uns warten. Wir müssen um die Märkte der Zukunft durch ökologischen Fortschritt kämpfen. Noch sind wir gut aufgestellt in der EU. Erinnern Sie sich, wie der Mittelmeerraum vor 20, 30 Jah-

ren aussah. Hier hat die EU, gerade bei der Umwelt, gewaltige Fortschritte gebracht. Heute ist Europa der erste globale Großmarkt mit beginnendem Emissionshandel, wir sind bei Umwelttechnologien, Einspartechiken und Erneuerbaren der führende Kontinent – mit allen Chancen.

Zeozwei: Das kleine ökologische Wirtschaftswunder, das bei Wind und Sonne in der rotgrünen Regierungszeit entstanden ist: Wird das am Ende als wichtigste Leistung dieser Zeit in Erinnerung bleiben?

Fischer: Gut möglich. Aber da gibt es noch andere wichtige Dinge in der Innen- und Außenpolitik. Aber richtig ist, dass wir die ökologische Erneuerung gegen massivste Widerstände durchgesetzt haben. Ich erinnere nur an die Ökosteuer. Da lagen inmitten bleihaltiger Luft auch die Umweltverbände mit angelegten Ohren zitternd in der Furche. Wir Grüne standen ziemlich allein, aber wir standen!

Zeozwei: Wird die Ökosteuer überhaupt Bestand haben, wenn jetzt die Populisten den Takt klopfen mit ihren Steuergeschenken und Trostpflastern gegen explodierende Ölpreise?

Fischer: Das ist die entscheidende Machtfrage, wenn ich das mal vom politischen Altenteil aus sagen darf. Die kommenden Wahlen werden darüber entscheiden. Und die Umweltverbände, die Grünen, die Freunde dieser Erde müssen neue Bündnisse eingehen, wenn sie gewinnen wollen. Sie müssen weg von den Rändern, hin zu mächtigen Partnern im ökologisch bewussten Teil der Wirtschaft und Wissenschaft. Unter dem Druck der großen globalen Erschütterung werden neue Weichenstellungen vorgenommen, die weit in die Zukunft wirken.

Zeozwei: Schwarzgrün – ist das für Sie ein solch neues Bündnis?

Fischer: Das sehe ich ganz nüchtern unter dem Gesichtspunkt: Was will die CDU? Will sie, wie Herr Pofalla, eine neue »Öko-Energie« namens Atomkraft? Dann können wir auch gleich Tschernobyl zum Luftkurort erklären und das CDU-Präsidium dorthin in Urlaub schicken. Das ist doch hanebüchen. Wir müssen mit allem Selbstbewusstsein unsere Position definieren und dann ohne Scheuklappen und ohne ständigen Rückblick auf frühere Zeiten versuchen, erfolgreiche, das heißt mehrheitsfähige Bündnisse zu schaffen.

Zeozwei: Wenn Sie am Schluss eine Prognose wagen, wo wird der Ölpreis im September 2009 stehen?

Fischer: Ich wage gar nichts, ich bin kein Spekulant. Der strukturelle Anstieg des Ölpreises wird langfristig weitergehen. Kurzfristig gibt es immer Schwankungen, aber klipp und klar fürs Protokoll: Die Nachfragesituation hat sich fundamental geändert, und sie bleibt für immer verändert. Der Preisanstieg hat natürlich Konsequenzen bei der Nachfrage. Das sind kommunizierende Röhren. Mit steigendem Ölpreis geht aber nicht nur die Nachfrage zurück. Gleichzeitig gibt es technologische Antworten, und die Alternativen werden attraktiver. Wer jetzt die Kühnheit hat, diese Alternativen zu entwickeln, wird am Ende die Nase vorn haben.

<http://www.zeozwei.de/allgemein/eine-nie-gesehene-revolution-12-09-2008-118>

Kohledämmerung

[Christoph Bals, KlimaKompakt Nr.60, 09.2008]
100 Organisationen der deutschen Klima-Allianz fordern gemeinsam ein Kohlememoratorium. In Großbritannien spricht ein Gericht die Protestierenden frei, die nachts Parolen an den Schornstein schrieben – wegen der Gefahr, die von Kohlekraftwerken ausgeht. Zu Recht geraten Braun- und Steinkohle sowie die sie finanzierenden Institutionen ins Zentrum der Klimadebatte. Kein anderer Energieträger setzt pro Energieeinheit so viel CO₂ frei, keiner wächst – in absoluten Zahlen – schneller. Joschka Fischer hat soweit Recht, dass wir bei weltweit 800 Kohlekraftwerken in Planung nicht so tun könnten, als verschwände die Kohle bald von der Bildfläche. Aber sein Vorschlag, Kohlekraftwerke schon jetzt zu genehmigen, „allerdings nur unter dem Vorbehalt ...“, dass sie nachgerüstet werden müssen, sobald die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Lagerung verfügbar sei“, hat drei Haken: Wir wissen noch nicht, ob diese CCS-Technologie hält, was sie verspricht. Die nachträgliche Nachrüstung mit CCS ist erheblich teurer. Und: ein solcher Vorbehalt stünde rechtlich auf tönernen Füßen. Bis CCS sicher funktioniert und tatsächlich zwingend vorgeschrieben werden kann, brauchen wir ein Kohlememoratorium. Erst bei verbindlicher Ausrüstung mit CCS, wenn die Kohle einigermaßen klimaver-

träglich ist, gibt es einen Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe. Dann wird man sehen, ob die Kohle immer noch kostengünstiger als einige Erneuerbare-Energie-Technologien sein wird.

<http://www.germanwatch.org/kliko/k60home.htm>

Klimawandel – Rasant in Richtung Katastrophe

Die Naturschutzorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) warnt davor, dass der Klimawandel noch schneller voranschreitet als bislang gefürchtet und für Mensch und Tier noch dramatischere Folgen haben wird.

Die Umweltschützer berufen sich dabei auf „neueste wissenschaftliche Erkenntnisse“ die sie in einem aktuellen Report zusammengefasst haben. (Den Report finden Sie als pdf-File hier.)

Demnach halten es Wissenschaftler unter anderem für möglich, dass das arktische sommerliche Packeis bis 2040 völlig abschmilzt, wie der WWF in Berlin mitteilte.

Der Meeresspiegel könne statt der bisher geschätzten maximal 60 Zentimeter sogar um mehr als 120 Zentimeter steigen. Die Folgen für Europas Küstenregionen wären katastrophal. Auch Deutschland werde vom Klimawandel nicht verschont. Es werde eine Zunahme der sturmbedingten Schäden um bis zu 37 Prozent erwartet.

Die Befürchtungen der Experten gehen über die Prognosen des Weltklimarates (IPCC) hinaus, für den 4000 Wissenschaftler aus 150 Ländern den vierten Assessment Report erstellt hatten. Der WWF-Bericht „Klimawandel: Schneller, stärker, früher“ berücksichtigt viele der seitdem gewonnenen Erkenntnisse zur Erderwärmung.

„Es ist klar, dass der Klimawandel bereits jetzt größere Auswirkungen zeigt als die meisten Wissenschaftler vermutet hatten“, erklärte einer der Autoren, Jean-Pascal van Ypersele von der Université Catholique de Louvain, Belgien. Der Vizepräsident des Weltklimarates drängte auf eine schnelle Reaktion der Weltgemeinschaft.

Der WWF veröffentlichte seinen neuen Report unmittelbar vor einem Treffen der EU-Umweltminister und appellierte an die Politiker, ein Klimaschutzpaket vorzulegen, das diesen Namen auch verdiene.

Nur so könne die EU ihr Ziel erreichen, den Anstieg der Temperaturen bis zur Mitte des Jahrhun-

derts auf zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Die Zwei-Grad-Grenze gilt als Schwelle, um die katastrophalen Folgen des Klimawandels halbwegs zu beherrschen.

Erforderlich sei eine Senkung des CO₂-Ausstoßes in der gesamten EU bis 2020 um mindestens 30 Prozent unter die Werte von 1990. Bis 2050 solle die EU ihren CO₂-Ausstoß auf Null fahren, forderte der WWF.

Zudem solle die EU zusätzliche Investitionen für klimaschützende Maßnahmen in den Entwicklungsländern bereitstellen. Laut WWF dokumentiert der Report, dass die CO₂-Emissionen zwischen 2000 und 2004 im Vergleich zum Zeitraum 1990 bis 1999 fast dreimal so stark gestiegen seien.

„Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für die Zukunft der Menschheit und der Umwelt, und diese ernüchternde Übersicht zeigt, wie wichtig es ist, dass die EU-Umweltminister ein starkes Paket von Maßnahmen schnüren, um den Klimawandel zu bekämpfen“, erklärte die Hauptautorin des Berichts, Tina Tin.

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/741/314638/text/?CMP=NLC-SDE071022&nlsource=taeglich>

US-Klimapolitik – Der Kurs wird sich ändern

[Toralf Staud, Sueddeutsch.de vom 12.09.2008]
Robert Corell, 73, ist einer der wichtigsten US-Klimaexperten. Er lehrte in Harvard, war lange Jahre Regierungsberater und ist heute Vizepräsident des Heinz Center, eines unabhängigen Thinktanks in Washington D.C.

SZ: Fast wöchentlich kommen aus der Arktis Rekordmeldungen über den Rückgang des Eises. Sie waren gerade in Grönland, wie dramatisch ist die Situation?

Corell: Es ist atemberaubend: Wenn Sie etwa im Ilulissat-Eisfjord an der grönländischen Westküste stehen, können Sie zuschauen, wie ein riesiger Gletscher von einem Kilometer Höhe ins Meer rutscht – wie Zahnpasta, die aus der Tube quillt. Er bewegt sich jeden Tag um 40 Meter, also fast zwei Meter pro Stunde. Jeden Tag schmilzt eine Wassermenge ab, mit der man eine Stadt wie New York ein Jahr lang versorgen könnte.

SZ: Sie sind seit Jahrzehnten regelmäßig in der Arktis.

Corell: Wenn wir damals über die Landschaft flogen, dann war von irgendeinem Schmelzen nichts zu sehen. Fliegen Sie heute über Grönland, gleicht das einer schwedischen Seenlandschaft.

SZ: Vor Jahren waren Sie einer der Hauptautoren des Arctic Climate Impact Assessment (ACIA) und wurden als Alarmist gescholten.

Corell: Im Jahr 2005 kamen wir aufgrund mehrerer Modelle zu dem Ergebnis, dass der Nordpol bis Ende dieses Jahrhunderts eisfrei sein könnte. Im Jahr darauf sahen wir, dass das Eis etwa doppelt so schnell verschwand. Die Realität ist schneller, als wir mit unseren Modellen hinterherkommen.

Ein Kollege von der Nasa sagte kürzlich: „Hey, Leute, wahrscheinlich ist der Ozean in der Arktis im Jahr 2013 oder 2015 komplett eisfrei.“ Ich glaube auch, dass wir beim Abschmelzen des Grönlandeises den point of no return, den Punkt ohne Rückkehr überschritten haben.

SZ: Was bedeutet das?

Corell: Aus der Paläo-Klimatologie wissen wir, dass Grönland vor 100.000 Jahren schon einmal eisfrei war - damals stand der Meeresspiegel drei bis fünf Meter höher als heute. Das könnte man nur noch stoppen, wenn irgendjemand die Erde in einen großen Kühlschranks tut.

SZ: Warum bezifferte dann der IPCC-Bericht den drohenden Anstieg im vergangenen Jahr auf 20 bis 60 Zentimeter?

Corell: Da war nur die wärmebedingte Ausdehnung des Ozeanwassers berücksichtigt, nicht aber das Abtauen des Festlandeises. Das stand auch im Text zur Graphik, aber wer liest den schon? Seit dem IPCC-Bericht gibt es einen zunehmenden Konsens, dass bis Ende des Jahrhunderts ein Anstieg um mindestens einen Meter zu erwarten ist.

Wir werden einen Großteil Floridas verlieren. Für Deutschland bedeutet das starke Überflutungen auf Sylt und an der Küste. Von Bangladesch sind 40 Prozent verloren. Selbst der IPCC mit seiner niedrigen Schätzung sprach von weltweit 165 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2100, die uns erwarten.

SZ: Wieso reagieren Politik und Öffentlichkeit wenig auf diese Warnungen?

Corell: Jeder glaubt, das sei alles weit weg - räumlich, aber auch zeitlich. Ein Problem von uns Wissenschaftlern ist, dass wir immer vom „Ende des Jahrhunderts“ reden. Wir sollten mehr darüber sprechen, was uns im Jahr 2015 erwartet.

SZ: Die Regierung Bush hat mehrfach Druck auf Klimaforscher ausgeübt.

Corell: Nicht nur die. Zum Ende der Clinton-Regierung hatten wir einen Nationalen Bericht zum Klimawandel fertig, und eine konservative Gruppe verklagte uns, damit daraus keine praktische Politik wird.

Das haben die Bush-Leute verschärft: 2005 sollte die Veröffentlichung unseres ACIA-Bericht verhindert werden. Ich weigerte mich, danach war ich persona non grata, wurde in kein offizielles Gremium mehr berufen. Das hat mich nicht abgehalten: Wir haben Arktis-Reisen für führende Politiker organisiert wie für die Senatoren Lieberman, Hillary Clinton, McCain.

SZ: John McCain lobte Sie vor Jahren mal als jemanden, der „normalen Menschen den Klimawandel erklären kann“.

Corell: Ich habe intensiv mit ihm und seinem Stab zusammengearbeitet. Als Senator hat er sich sehr für einen Emissionshandel nach EU-Vorbild stark gemacht, aber die Mehrheit der Republikaner war strikt dagegen.

SZ: Wird sich die US-Politik ändern, wenn McCain die Wahlen gewinnt?

Corell: Als John seine Kandidatur erklärte, haben wir uns als unabhängiger Thinktank zurückgezogen. Aber ich weiß, dass er tief im Inneren überzeugt ist, dass es Kursänderungen in der Klimapolitik geben muss. Wenn John Präsident wird, wird der Druck von rechts immens sein. Ein Präsident McCain wird sicherlich weniger tun als der Senator; aber mehr, als er jetzt zeigen kann. Wie sich die Wahl seiner Vizepräsidentin auswirkt, ist schwer zu sagen.

SZ: Wieso?

Corell: Sarah Palin zweifelt zwar nicht, dass der Klimawandel real ist; sie lebt ja in Alaska. Aber sie glaubt, der Mensch habe nichts damit zu tun.

SZ: Und was wird passieren, wenn Barack Obama die Wahlen gewinnt?

Corell: Dann wäre ein großer Umbruch sicher. Seine Partei ist klar für einen Emissionshandel.

Aber wenn die Demokraten nach der Wahl eine Mehrheit von mehr als 60 Senatoren haben, dann könnte auch John McCain mehr tun.

SZ: Werden sich die USA bewegen bei den Verhandlungen für das Kioto-Nachfolge-Abkommen?

Corell: Die jetzige Regierung amtiert noch bis 20. Januar 2009, danach wird sich der Kioto-Prozess verändern, egal, wer gewinnt. Aber es sind zu viele Hausaufgaben zu machen, als dass sie in den neun Monaten bis zur UN-Konferenz in Kopenhagen erledigt werden könnten.

Wir haben deshalb Anfang Juli mit den Top-Beratern beider Lager zusammen gesessen, das hat es noch nicht gegeben. Ihr müsst jetzt eure Teams einarbeiten, haben wir denen gesagt. Schickt eure Leute bereits zu den UN-Konferenzen. Die müssen am 21. Januar vorbereitet sein, die Last sofort zu schultern.

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/884/309819/ext/?CMP=NLC-SDE071022&nlsource=taeglich>

Sollen wir Bioenergie fördern oder vergessen – oder beides zusammen?

[„Energiezukunft“-Wissenschaft & Umwelt INTERDISZIPLINÄR, Nr. 11/2008] Ein Zwischenresümee aus Beiträgen von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ina Meyer, Jürgen Scheffran, Thomas Amon, Alexander Bauer und Christian Leonhartsberger. 2005 wurde die weltweit konsumierte Primärenergie zu knapp 10 Prozent durch feste Biomasse gewonnen (zum Vergleich: Nuklearenergie trug weltweit zu 6,3 Prozent zum Primärenergieverbrauch bei). In den Entwicklungsländern sind derzeit etwa 2,4 Milliarden Menschen vom (ineffizienten, gesundheitlich und ökologisch bedenklichen) Verbrennen von Stroh, Dung und Holz abhängig.

In diesem Bereich braucht die Welt dringlich moderne und nachhaltige Technologien zur Verwertung von Bioenergie. Aber braucht die Welt indonesisches Pflanzenöl in europäischen Autotanks? Die wesentliche Empfehlung zur Orientierung in der Bioenergie-Debatte lautet: differenzieren!

1. Bis vor wenigen Jahren sah die landwirtschaftliche Zukunft Europas düster aus: Immer größere, industrialisierte Betriebe, immer weniger Bauern, immer mehr aufgegebene Flächen, die verwaldeten, brach lagen oder als Bauland gewidmet wur-

den.

Nicht zuletzt aufgrund der Kohlenstoffspeicherfunktion unversiegelter Böden ist es sicherlich besser, einen Acker mit Energiepflanzen zu bestellen, als ihn zu verbauen. Eine wirtschaftlich lebensfähige Landwirtschaft bedeutet Bodenschutz.

2. Die Treibhausgasbilanz wird aber nur durch eine nachhaltig betriebene, ökologische Form des Ackerbaus verbessert. Intensive Anbaumethoden verschlechtern sie eher (so erhöhen z.B. Nitratdünger die Lachgasemissionen). Unter europäischen Bedingungen bringen intensive Energiepflanzenkulturen zur Zeit nicht mehr Energie, als sie während ihres gesamten Produktionszyklus verbrauchen. Es ist daher besser, Grundstücke verwalden oder brach fallen zu lassen, als sie mit Monokulturen aus Energiepflanzen, die mit Kunstdünger, Pestiziden, Herbiziden und künstlicher Bewässerung ertragreich gemacht werden, zu bestellen.

3. Europäische Sonnenblumen bringen ungefähr 800 Kilo Öl pro Hektar – tropisches Jatropha hat eine Ergiebigkeit von 1590 kg und Palmöl gar von 4000 kg pro Hektar. Im Gegensatz zu den temperierten Zonen müssen Ölpflanzen in tropischen Regionen kaum bewässert und mit wenig Düngemitteln versorgt werden, was deren gesamte Treibhausgasbilanz verbessert. Die durch den Seetransport von Biotreibstoffen verursachten CO₂-Emissionen würden lediglich 1 bis 2 Prozent des im Transportgut enthaltenen Kohlendioxids ausmachen und damit deren komparativen Vorteil kaum schmälern. Aus marktwirtschaftlicher Sicht macht es daher keinen Sinn, europäische Autarkie bei der Biotreibstoffproduktion anzustreben, weil die Produktionsbedingungen in Lateinamerika oder Indonesien (Klima, Bodenfruchtbarkeit, Arbeitskraft) wesentlich günstiger sind. Eine solche Perspektive blendet jedoch die externalisierten Umweltkosten aus, die an Dritte weitergegeben und von den Preisen nicht ausgedrückt werden. Denn aus ökologischer Sicht zeitigt der Biotreibstoffboom äußerst negative Folgen: großflächige Brandrodungen von Regenwäldern, um neue Anbauflächen zu gewinnen, deren Rauchfahnen aus dem Weltall zu sehen sind.

4. Der großflächige Verkauf von Mais- oder Weizenerten an Biotreibstoffproduzenten schraubt

die Lebensmittelpreise in die Höhe und erschwert den Zugang der Ärmsten zu erschwinglichen Grundnahrungsmitteln. Ähnlich wie im Ölgeschäft bereiten sich auch im Agrotreibstoffsektor mächtige Global Players auf ihre Rolle in der Zukunft vor (Ölfirmen, Gentech-Konzerne etc.). Da die Landwirtschaft aber für Milliarden Menschen Basiseinkommen und Überlebensgrundlage bedeutet, können Monopole und die Marktdominanz einiger weniger einflussreicher Akteure sozial verheerende Folgen haben. In vielen südlichen Ländern sind demokratische Institutionen unzureichend ausgeprägt und lukrative Geschäfte werden häufig auf Kosten der Machtlosen durchgesetzt (Großgrundbesitz, Landvertreibungen, ungerechte Zwangsverträge mit Kleinbauern, Willkür, Gewalt, Korruption). NGOs aus dem Umwelt- und Sozial-Bereich laufen berechtigterweise gegen den globalen Biotreibstoffhandel Sturm.

5. Unter der Annahme, dass die globale Verkehrsnachfrage weiter wächst, dass gängige Technologien weiterverwendet werden und der globale Biokraftstoffeinsatz (Bioethanol aus fermentiertem Mais, Zuckerrohr, Weizen etc., Biodiesel aus Raps-, Sonnenblumen-, Soja-, Jatropha-Öl oder Ölpalmen) jährlich um 6 bis 8 Prozent wächst, wird sich die CO₂-Bilanz des internationalen PKW-Verkehrs bis zum Jahr 2030 um weniger als 1 Prozent jährlich verbessern. Es könnten wesentlich mehr verkehrsbedingte Emissionen vermieden werden, wenn die Energieeffizienz von Motoren und Pkw-Antrieben kontinuierlich verbessert würde.

6. Die nachhaltigste und effizienteste Form der Bioenergiegewinnung in Europa dürften Biogas-Raffinerien darstellen, in denen diverse Restprodukte vergoren werden (Stroh, Mist, Jauche, Biomüll aus Haushalten und Industrie, Zuckerrübenschnitt etc.). Ganz wichtig ist dabei der Umstand, dass die Gärreste als wertvoller Dünger auf die Felder zurückgeführt werden und die entnommenen Pflanzenteile somit nicht durch Kunstdünger ersetzt werden müssen (in der traditionellen Landwirtschaft wird z.B. Stroh vermischt mit tierischen Exkrementen in den organischen Kreislauf zurückgeführt). Biogas besteht so wie Erdgas hauptsächlich aus Methan, das, wenn es ungenutzt in die Atmosphäre entweicht, wesentlich treibhauswirksamer ist als CO₂. Bioenergie ist nicht

gleich Bioenergie.

7. Im Vergleich zu benzinbetriebenen Motoren produzieren Pkw-Motoren, die von Biogas gespeist werden, um mindestens 25 Prozent weniger Treibhausgasemissionen. Zur Zeit kostet die Aufbereitung von Biogas als Treibstoff aber ungefähr doppelt so viel wie dessen Verstromung. Außerdem haben Elektromotoren einen energetischen Wirkungsgrad von rund 80 Prozent, während konventionelle Automotoren, die mit flüssigen oder gasförmigen Treibstoffen betrieben werden, einen Wirkungsgrad von maximal um die 30 Prozent haben. Energieeffizienter wäre es also, Biogas nicht als Treibstoff aufzubereiten, sondern mit dem Gas so wie bisher Strom zu erzeugen und diesen dann als Antrieb für Elektrofahrzeuge zu verwenden.

http://www.fwu.at/factsheets/bioenergie_2008.htm

8. VERKEHR

Deckelungsvorschlag – Gabriel plädiert für Pendlerpauschale mit Kilometerbegrenzung

[*Spiegel.de vom 04.08.2008*] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat sich für eine neue Pendlerpauschale mit einer Begrenzung der Kilometerzahl ausgesprochen. Die derzeitige Regelung, wonach Berufspendler ihre Kosten beim Finanzamt vom 21. Kilometer an geltend machen können, sei „ungerecht“, sagte Gabriel der Tageszeitung „Die Welt“. Eine bessere Lösung könne eine „Deckelung nach oben“ sein.

„Unsere Eltern sind auch irgendwann der Arbeit nachgezogen und haben vom Staat nicht verlangt, dass er eine tägliche Heimfahrt von mehr als 200 Kilometern subventioniert“, sagte Gabriel. Zugleich empfahl der SPD-Politiker, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale abzuwarten.

Gabriel mahnte, eine neue Pendlerpauschale müsse solide gegenfinanziert werden. „Die vernünftige Politik der Haushaltskonsolidierung von Peer Steinbrück darf niemand in Frage stellen. Wir können aber eine Gegenfinanzierung anstreben,

indem wir ökologisch unsinnige Subventionen abbauen.“ Als Beispiel nannte er die Möglichkeit, dass Geländewagen als Dienstkraftfahrzeug steuerlich abgesetzt werden können. Ferner sprach sich der Minister für die Entwicklung eines „ökologischen Wachstumsprogramms“ aus.

CSU glaubt an Schwenk der Schwesterpartei

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, geht davon aus, dass die CDU ihren Widerstand gegen die von seiner Partei geforderten Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale demnächst aufgibt. „Bei der Pendlerpauschale ist der Zuspruch für die CSU aus der CDU enorm groß. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Bewegung in der CDU so sehr in unsere Richtung verstärkt, dass die CDU auch offiziell in unsere Richtung geht“, sagte Ramsauer der „Berliner Zeitung“.

„Klar ist, der Zug fährt in unsere Richtung“, äußerte Ramsauer. Im Laufe der Zeit werde es „eine freundliche Gesamtübernahme der CSU-Positionen durch die CDU“ geben. Die CSU wolle die CDU nicht programmatisch „kapern, sondern in einem behutsamen Überzeugungsprozess für unsere Vorschläge gewinnen“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte erst vor zwei Wochen auf dem CSU-Parteitag die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an abgelehnt.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,569816,00.html>

Bessere Luft, weniger Lärm und faire Preise im Güterverkehr!

[Heike Agthe, Bündnis LSVA für Europa e.V. vom Juli 2008] Am 8. Juli hat die EU-Kommission ihr Paket zur „Ökologisierung des Verkehrs“ veröffentlicht. Es enthält:

1. eine Strategie, um schrittweise die externen Kosten bei allen Verkehrsträgern zu internalisieren.
2. einen Richtlinienvorschlag zur Novellierung der „Eurovignetten-Richtlinie“ für LKW
3. eine Mitteilung zum Schienenverkehrslärm
4. eine Übersichten über die bisher ergriffenen Maßnahmen der EU sowie die bis Ende 2009 geplanten Aktivitäten

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der

Richtlinie über Straßengebühren für LKW (2.)

1) Verbindlichkeit:

Nach wie vor ist die Erhebung von LKW-Gebühren nicht verpflichtend. Den Ländern ist es freigestellt, Kilometergebühren oder eine Vignette zu erheben - oder gar nichts zu machen. Die Länder, die sich für die Erhebung von Gebühren/Vignetten entscheiden, müssen dies nach den Regeln der Richtlinie tun.

2) Geltungsbereich (Artikel 7.1)

Die bisherige Richtlinie gilt nur für Straßen des TEN-Netzes. Auf evtl. weiteren Straßen(abschnitten) können die Länder ihre Gebühren nach dem Subsidiaritätsprinzip selbst bestimmen. Im neuen Entwurf wird der Geltungsbereich potenziell auf das ganze Straßennetz ausgedehnt. Die Länder können sich für Teilnetze oder Strecken(abschnitte) entscheiden, sie müssen dann ihre Auswahl bei der Kommission begründen. Die Ausweitung des Geltungsbereiches ist nur dann vorteilhaft, wenn die Richtlinie insgesamt einen guten Standard erreicht.

3) Fahrzeuge (Art. 7(5))

Das Ziel: alle LKW ab 3,5 Tonnen zu bemaßen, soll ab 2012 endgültig erreicht sein. Allerdings gibt es weiterhin dauerhafte Ausnahmen: Wenn die Gebührenerhebung für LKW unter 12 Tonnen nachweisbar kontraproduktive Effekte auf die Umwelt hätte oder wenn der administrative Aufwand auf über 30 Prozent der Einnahmen steigen würde, dürfen Länder mit diesen Effekten auch zukünftig die Untergrenze von 12 Tonnen beibehalten. Die Ausnahme wurde quasi in letzter Minute eingefügt.

4) Anrechenbare Kostenfaktoren (Artikel 7 b, Annex IIIA4.)

Bei der Erhebung von Kilometergebühren dürfen Infrastrukturgebühren oder „Externe-Kosten-Gebühren“ oder beides geltend gemacht werden. Infrastrukturkosten: die Regelungen bleiben im Wesentlichen bestehen.

Anrechenbare externe Kosten: Lärm, Staukosten und Luftemissionen (Rußpartikel und alle Ozonvorläufersubstanzen wie NOx und VOC). Noch immer dürfen nicht alle tatsächlich entstehenden externen Kostenfaktoren einbezogen werden. Es bleibt z.B. verboten, Unfallkosten, Kosten des Klimawandels, Natur- und Landschaftsschäden

anzurechnen. Die Nichteinbeziehung der Unfallkosten beruht auf dem intensiven Lobbying der Versicherungen. Die Nichteinbeziehung der Klimakosten ist ein Ergebnis des fehlenden Engagements der Kommission selber: nur Umweltkommissar Dimas und die Außenkommissarin Ferrero-Waldner hatten sich in der entscheidenden Sitzung dafür stark gemacht. Mit diesen Regelungen steht der Entwurf der Kommission im Widerspruch zum Methodenhandbuch, das für Unfall- und Klimakosten jeweils praktikable Berechnungsvorschläge vorgelegt hat. Auch weitere Faktoren wie Natur- und Landschaftsschäden, Zusatzeffekte, Boden- und Wasserverschmutzung sind dort längst berücksichtigt.

5) Maximalgebühren (Annex IIIA 4.)

Die zulässigen Gebühren bleiben nach oben gedeckelt:

- Die Regelungen für die Infrastrukturgebühren bleiben wie gehabt.
- Für die Externe-Kosten-Gebühren sind in Annex IIIA verbindliche Maximalgebühren angegeben. Sie entsprechen den Durchschnittswerten, die das Methodenhandbuch ermittelt hat. Das bedeutet für Länder, die stärker geschädigt sind als der Durchschnitt und folglich auch höhere Kosten haben, dass sie diese nicht vollständig anlasten dürfen.

6) Differenzierung der externen Kosten (Annex IIIA 4.)

Die Externe-Kosten-Gebühren müssen differenziert werden, und zwar nach EURO-Norm des Fahrzeugs, nach Tag bzw. Nacht, nach Stauanfälligkeit; und alle Kostenfaktoren müssen ihrerseits noch einmal nach städtischen/nichtstädtischen Strecken differenziert werden.

Beispiel für ein Land, das die höchstmöglichen Gebühren anlastet: Ein moderner EURO-VLKW, der am Tag fährt und die Stauzeiten vermeidet, zahlt eine Externe-Kosten-Gebühr in Höhe von insgesamt 2,13 Cent außerhalb der Stadt und 4,1 Cent auf Stadtstraßen. Je weniger umweltfreundlich der Transport verläuft (z.B. nachts, mit einem Fahrzeug hoher Schadstoffklasse, in extremer Stauzeiten), desto teurer wird es für den Spediteur. (Die theoretisch möglichen 83 Cent kommen in der Wirklichkeit nicht vor. Sie würden voraussetzen, dass Nachtfahrten und regelmäßige Extremstaus gleichzeitig auftreten. Solche Strecken

aber gibt es nicht.) Die Kommission verspricht sich von der vorgeschriebenen Differenzierung Verhaltensänderungen bei den Expeditionen in Richtung von weniger Umweltbelastung.

7) Lenkungsabgaben (Artikel 9)

Der bisherige Artikel 9 wurde strikter gefasst: Um schädliche Auswirkungen von Staus zu reduzieren oder Umweltprobleme, zum Beispiel Luftverschmutzung, zu minimieren, dürfen in der geltenden Richtlinie zusätzliche Lenkungsabgaben in besonders belasteten Städten und sensible Gebiete (Bergregionen) erhoben werden. Für die Bergregionen wurde diese Möglichkeit im neuen Entwurf nun gestrichen.

8) Die Alpen – Verlierer der Novellierung?

(Artikel 7e) Zusatzgebühren (bis zu 25 Prozent plus) dürfen auf gewissen Bergstrecken erhoben werden, um dort Alternativen zur Straßeninfrastruktur zu finanzieren, vorausgesetzt es liegen konkrete Planungen dafür vor. Neu: Zukünftig müssen schon konkrete Finanzpläne vorliegen, wenn die Zusätze eingeführt werden sollen. Frühere Forderungen des Europa-Parlaments nach mehr Alpenschutz durch preispolitische Lenkungs-Instrumente wurden nicht aufgegriffen. Nach wie vor sind die Zusatzgebühren nur als Finanzierungszweck für die teure Infrastruktur gedacht. Ebenfalls neu, diesmal aber positiv: die Ergänzung, dass zusätzlich auch in parallelen Korridoren die Zusatzgebühren erhoben werden dürfen, falls dort ansonsten Ausweichverkehr entstehen würde. (Annex IIIA,2) Die vorgeschriebene Differenzierung der Externe-Kosten-Gebühr nach städtischen und ländlichen Straßenabschnitten wirkt doppelt nachteilig für den Alpenraum. Denn die Alpen müssen in der Regel als „weniger besiedelt“ eingestuft werden, dort dürfen dann nur die jeweils erheblich niedrigeren Gebühren angelastet werden. In Wirklichkeit ist diese Region jedoch mit deutlich höheren Kosten belastet als die anderen europäischen Regionen! Das Methodenhandbuch nennt doppelt so hohe externe Kosten als Durchschnitt (Alpen gegenüber dem Flachland). Die Differenzierung steht damit im Widerspruch zur Alpenkonvention, zum Methodenhandbuch und zu Forderungen des Parlaments u.a. (Annex IIIA, 4.1 und 4.2). Ein Multiplikator für besonders sensible Berggebiete wird neu eingeführt: Die Maximalgebühren für Luft und Lärm dürfen ver-

doppelt werden, wenn besonders belastende Effekte nachgewiesen wurden. Diese Kostenfaktoren sind aber ohnehin niedrig angesetzt (s.o.), die Benachteiligung zum Beispiel der Alpen durch die zwangsweise Einstufung in „nichtstädtische Straßen“ kann dadurch knapp ausgeglichen werden. Die Tendenz ist aber erfreulich. Auch diese Regelung wurde in letzter Minute aufgenommen, auf speziellen Wunsch einer Dame im Kommissarskollegium.

9) Verwendung der Einnahmen (Artikel 9, 2)

Die Einnahmen aus den Externe-Kosten-Gebühren müssen für mehr Nachhaltigkeit verwendet werden, zum Beispiel, um Umweltprobleme an der Quelle zu bekämpfen und ihre Effekte zu mildern, um mehr CO₂- und Energieeffizienz zu erreichen etc. Die Einnahmen aus den Infrastrukturgebühren können nach Maßgabe der Länder verwendet werden, sollten vorzugsweise aber für die Optimierung des Verkehrsnetzes und der Transportes insgesamt eingesetzt werden.

Quellen im Internet:

„Greening Transport Package“ im Überblick

<http://ec.europa.eu/transport/greening/>

Strategie zur Internalisierung der externen Kosten

http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/costs/2008_07_greening_transport_cost_communication_en.pdf

Richtlinien-Entwurf über Straßengebühren für LKW

http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/road/2008_07_greening_transport_road_proposal_en.pdf

Mitteilung über Zuglärm

http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/rail/2008_07_greening_transport_rail_noise_communication_en.pdf

Methodenhandbuch zur Abschätzung externer Kosten im Transportbereich

http://ec.europa.eu/transport/costs/handbook/index_en.htm

Richtlinie RL 2001/14/EC „Über (.....)die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur (....)“

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:075:0029:0046:DE:PDF>

Kleinstwagen Smart – Triumph eines Totgegläubten

[Michael Kröger, Spiegel.de vom 03.09.2008] Die Zahl könnte gut eine Vorgabe der PR-Strategen sein. Pünktlich zum zehnten Jahrestag des Kleinstwagens läuft im französischen Hambach der millionste Smart vom Band. Daimler-Chef Dieter Zetsche lässt es sich nicht nehmen, den Monteuren persönlich zu gratulieren. Für die Smart-Werker dürfte es seit dem Einweihungsfest die erste Party sein, die sie in wirklich gelöster Stimmung feiern. Die vergangenen zehn Jahre waren nicht gerade einfach. Die Kleinwagenmarke von Mercedes entwickelt sich erst seit dem Modellwechsel im vergangenen Jahr zum Hoffnungsträger, ganz langsam – und das eigentlich auch nur, weil die ursprünglich formulierten Stückzahl-Wünsche inzwischen in den Schubladen der Konzernarchive verschwunden sind.

Als der Swatch-Uhren-Erfinder Nicolas G. Hayek Mercedes-Chef Werner Niefer seinerzeit von der Idee eines sparsamen, umweltfreundlichen Zweisitzers begeisterte, hatten die Manager noch von Avantgarde geschwärmt, von einem ganz neuen „urbanen Mobilitätskonzept“. Der Erfolg schien programmiert, schließlich saßen in Deutschland im Schnitt nur 1,2 Personen in jedem Auto. Sie legten täglich lediglich 30 Kilometer darin zurück und verbrachten den Großteil der Fahrzeit auf der Suche nach einem Parkplatz. Wieso also nicht ein Auto bauen, das in jede Lücke passt, zur Not sogar quer? Für den Einkauf im Supermarkt sollte der einen Wasserkasten fassende Kofferraum locker ausreichen.

Allein – der Start wollte nicht recht gelingen. Journalisten kolportierten den spitzen Kommentar von Ferdinand Piëch, der Hayeks Miniauto als Elefantenrollschuh bezeichnet hatte. Später formulierte der VW-Boss etwas diplomatischer: „Ich konnte ihm nur sagen, dass ich keine Uhr bauen will und kein Auto von ihm brauche.“

Schwerer wogen die Probleme bei der Entwicklung des Winzlings. Kurz vor dem Start fiel die A-Klasse von Daimler, die wie der Smart einen hohen Schwerpunkt hat, beim Elch-Ausweichtest durch. Sie kippte einfach auf die Seite. Es blieb dann dem Smart vorbehalten, diese spektakuläre Pleite noch zu toppen. Bei Bremsversuchen auf

Glatteis verlor auch der Zweisitzer das Gleichgewicht und blieb wie eine Schildkröte auf dem Rücken liegen.

Marketingexperten waren sich damals einig, dass eine Schlappe wie diese kaum wettzumachen ist. Umso erstaunlicher, dass es der Smart inzwischen offensichtlich geschafft hat. Immerhin schreibt die Daimler-Tochter im zehnten Jahr zum ersten Mal schwarze Zahlen. Von der Neuauflage des Smart setzte Daimler in den ersten sieben Monaten dieses Jahres allein in Deutschland 20.315 Autos ab – ein Plus von 31,2 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der Smart ging damit auch besser weg als der Panda von Fiat oder der Ka von Ford. Auch Renault Twingo, Toyota Aygo und VW Polo rangieren in der Zulassungsstatistik hinter dem Winzling. Das Werk in Hambach arbeitet inzwischen mit einer laut Zetsche mehr als zufrieden stellenden Auslastung. Und das Marktforschungsinstitut CSM Worldwide erwartet, dass die Nachfrage im kommenden Jahr noch einmal kräftig anziehen wird, um mehr als 20 Prozent auf dann 160.000 Stück.

Selbst in den USA ist das Auto inzwischen ein Erfolgsmodell. In den ersten vier Monaten seit der Einführung auf dem US-Markt im Januar wurden 5.600 Autos ausgeliefert. Mehr als 70 Prozent derjenigen, die sich in die Interessentenliste haben eintragen lassen, unterschrieben anschließend einen Kaufvertrag. Smart-Chef Anders Sundt Jensen schwärmt: „Eine unglaubliche Quote. Die Nachfrage ist so groß, dass wir kaum nachkommen.“ Einen weiteren Nachfrageschub erwarten die Daimler-Oberen von der Markteinführung in China, der Mitte des kommenden Jahres auf dem Plan steht.

Zum späten Durchbruch der Marke haben Experten zufolge vor allem der hohe Spritpreis und die Klimawandel-Debatte beigetragen. „In Zeiten knapper Ressourcen und CO₂-geschwängelter Luft verlieren große Geländewagen und schwere Limousinen allmählich ihr Monopol auf einen Top-Status“, sagt ein Werber. Der Smart verkörpere seit jeher Klassenlosigkeit, aber inzwischen auch noch mehr: „Man zählt damit zur geachteten Avantgarde, die weiß, worauf es ankommt.“

Eine demonstrative Verzichtserklärung wie der Smart kommt da gerade recht. Die Dieselversion

stößt nur 88 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer aus und liegt damit weit vor der Konkurrenz. Noch ist der Smart CDI sogar das einzige echte Drei-Liter-Auto in Deutschland. Daimler vermarktet das Auto denn auch offensiv als Ökomobil. In London ging jüngst eine Test-Flotte von 100 Smart mit Elektromotor an den Start. Berlin wird dem Beispiel im kommenden Jahr mit 150 Elektro-Smart folgen. Europaweit soll die Flotte über verschiedene Metropolen verteilt einmal 1000 Elektromobile umfassen.

In Wahrheit ist der Weg zum echten Ökomobil aber auch für den Smart noch weit. Denn die stärker motorisierten Varianten gehen ziemlich ungezügelt mit dem Sprit um. Für die 84-PS-Version steht ein Normverbrauch von 6,4 Litern im Datenblatt. Ein Wert, der im Praxisbetrieb nur mit großer Zurückhaltung zu erreichen ist. Bei hoher Geschwindigkeit auf der Autobahn übersteigt er sogar locker die Acht-Liter-Grenze.

Auch der Fahrspaß kommt zu kurz. Seit dem Modellwechsel federt der Smart zwar deutlich besser, und auch die Automatik verzichtet auf die elend langen Pausen zwischen den Gangwechseln. Doch die durch die Bauart bedingten Nachteile konnten die Ingenieure allenfalls mildern. Wegen des kurzen Radstands machen zum Beispiel Schlaglöcher die Fahrt noch immer ziemlich unbequem. Die indirekte Auslegung der Lenkung bleibt ein Muss – weil die elektronischen Helfer die Kippneigung anders nicht in den Griff bekommen.

Trotzdem sind die Daimler-Macher überzeugt, dass sie mit ihrem Konzept noch eine Weile punkten können. Sie denken sogar schon wieder an eine Erweiterung der Modellpalette. Aller Misserfolge wie dem Smart Roadster und dem Viersitzer Forfour zum Trotz. Ab 2013 ist ein neuer Viersitzer auf Basis der dritten Fortwo-Generation angedacht. Auch ein Dreisitzer scheint nicht ausgeschlossen. Die Offensive tut Not – denn die Konkurrenten sind keineswegs untätig.

Toyota zum Beispiel arbeitet an der Marktreife seines Dreisitzers IQ. Fiat plant spätestens Anfang 2010 einen kleinen Bruder des Modells 500 nach Art des seligen Topolino. VW will spätestens Ende 2010 den Up auf den Markt bringen und danach die Ableger von Seat und Skoda.

Es gibt also genügend Gründe, schnell aufzuräumen nach dem Fest in Hambach – und sich Stra-

tegien für die Zukunft zu überlegen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,575909,00.html>

In 2004 identifizierte das Umweltbundesamt 16 Gewinner-Unternehmen der Ökologischen Steuerreform. Damals konnte der Smart noch nicht dazu gezählt werden. Heute wäre er natürlich dabei:

<http://www.uba.de/uba-info-presse/2005/pd05-059.htm>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/oekosteuer.htm>

<http://www.ecologic.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1254>

Bundesverfassungsgericht verhandelt zur Entfernungspauschale

[Bundesfinanzministerium Pressemitteilung Nr. 45/2008 vom 10.09.2008] In der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 10.09.2008 haben der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, und die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl für die Bundesregierung dargelegt, dass die geltende gesetzliche Regelung zur steuerlichen Behandlung der Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits- oder Betriebsstätte verfassungsgemäß ist.

Die mündliche Verhandlung hat nach Einschätzung der Bundesregierung gezeigt, dass die gesetzliche Regelung vollständig mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Einklang steht. Zugleich ist das geltende Recht auf Grund der bestehenden Härteregeleungen auch sozial ausgewogen. Die Bundesregierung hat außerdem darauf hingewiesen, dass inzwischen jedenfalls – soweit ersichtlich – die ganz überwiegende Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- oder Energieexperten eine Rückkehr zur alten Regelung ablehnt.

Nach Auffassung der Bundesregierung beanstandet die Klägerseite zwar einerseits die mangelnde Reformfähigkeit des Staates, versucht aber andererseits jeden tatsächlichen Reformansatz durch Klagen zu Fall zu bringen. Daher hat das Verfahren über den Fall der Entfernungspauschale hinaus Präzedenzwirkung für die künftigen Handlungsmöglichkeiten des parlamentarischen Gesetzgebers.

Scheinlösung Elektroauto

[Bernward Janzing, Taz.de vom 30.08.2008] Für umwelt- und preisbewusste Autofahrer gibt es eine ultimative Verheißung: das Elektroauto. Vom Autobauer über die Stromversorger bis hin zu Solarfreunden verbreiten alle den neuen Wohlfühl-slogan, alles werde gut, wenn das Elektroauto komme. Passend meldete die Financial Times Deutschland am Freitag, Daimler und der Stromversorger RWE wollten schon 2009 in Berlin und anderen europäischen Metropolen Ladestationen für Elektro-Smarts aufbauen. Um es vorwegzunehmen: Die billige Massenmobilität per Elektromobil wird eine Illusion bleiben. Denn der Elektroantrieb ist nur der dritte Akt in einem bizarren Schauspiel, das im Zeitalter knappen und teuren Rohöls billige Lösungen für die Massenmobilität sucht – und am Ende nur Pseudolösungen findet.

Der erste Akt war die Brennstoffzelle. Woher der Wasserstoff kommen sollte, war nie klar, und es hat auch niemanden der Claqueure interessiert. Dann blieb auch noch die Forschung weit hinter ihren Plänen zurück. Erinnern wir uns: Vor zehn Jahren versprach die Automobilwirtschaft eine Serienfertigung von Pkws mit Brennstoffzellenantrieb für das Jahr 2005. Opel warb 1998 damit, man werde die Brennstoffzelle sogar „marktreif bereits 2004“ ins Auto bringen. Und Daimler plante für das Jahr 2005 die Fertigung von zigtausend Fahrzeugen. Heute müssen die Autobauer eingestehen, dass sie viel zu euphorisch waren. Ob das Brennstoffzellenauto je kommt, ist offen.

Der Wasserstoffwelle folgte der Biotreibstoff. Oder besser: der Agrotreibstoff (um die Vorsilbe Bio nicht zu entwerfen.) Der Agrotreibstoff sollte als heimischer Energieträger unabhängig machen von den Scheichs, und er galt zudem dank vermeintlicher Klimafreundlichkeit als Ökolösung. Inzwischen ist man auch hier schlauer. Man weiß, dass die Klimabilanz der biogenen Flüssigkeiten gar nicht so rosig ist. Je nach Herkunft und Art des Treibstoffs ist sie bestenfalls erträglich, in vielen Fällen jedoch katastrophal. Zudem treibt der Sprit vom Acker vor allem eines an – die Lebensmittelpreise.

Die Politik hat ihren Rückzug von diesem Feld daher eingeläutet. Ein bisschen hängt man noch an den Biokraftstoffen der zweiten Generation, am

Sprit aus Holz zum Beispiel, doch seine Kosten, seine Ökobilanz und am Ende wiederum die knappen Rohstoffe werden auch diese Treibstoffvariante allenfalls zur Nischenlösung degradieren. Also musste ein neuer Hoffnungsträger her.

Man fand ihn im Elektroauto. Denn dieses ist ja auch so billig im Betrieb. 20 Kilowattstunden Strom reichen für 100 Kilometer, das sind bei heutigen Strompreisen 4 Euro. Da leuchten die Augen des Fernpendlers. Denn ein Benziner, der 7 Liter Treibstoff braucht, belastet die Haushaltskasse inzwischen mit gut 10 Euro Sprit je 100 Kilometer. Aus den Vorstädten tönt daher der Lobgesang auf die schöne neue Elektrowelt.

Doch der Schein trügt. Die plötzliche Popularität des Batterieflitzers offenbart nur die Hilflosigkeit einer Gesellschaft, die nicht wahrhaben will, dass Mobilität ein knappes und zunehmend teures Gut ist. Denn auch der Betrieb von Elektrofahrzeugen wird nicht so billig bleiben können, wie er heute erscheint. Der Preis des Fahrstroms nämlich wird deutlich steigen, wenn sich das E-Mobil tatsächlich in großem Stil durchsetzen sollte.

Aus zwei Gründen. Erstens stiege die Nachfrage nach Strom. Ein Elektrofahrzeug mit durchschnittlicher Fahrleistung von 10.000 bis 15.000 Kilometern jährlich braucht dafür etwa 2.500 Kilowattstunden Strom. Würde eines Tages jedes vierte Auto in Deutschland elektrisch fahren, wären das fast 30 Milliarden Kilowattstunden Mehrverbrauch im Jahr. Das ist so viel, wie drei große Atomkraftwerke erzeugen. Oder anders gerechnet: Es entspricht 5 Prozent des deutschen Stromverbrauchs.

Das mag nun wenig klingen. Doch alle Energiemärkte sind sehr sensibel gegenüber Nachfragesteigerungen. Mehrverbräuche von wenigen Prozent treiben erfahrungsgemäß die Preise an den Börsen erheblich in die Höhe. Das wird dann übrigens nicht nur die Fahrer von Elektrofahrzeugen treffen, sondern alle Stromkunden.

Der zweite Punkt ist die Steuer. Ein Liter Benzin ist heute mit etwa 65 Cent Mineralölsteuer belegt. Auf dieses Geld kann der Staat nicht verzichten; man erwartet schließlich von ihm vielfältige Leistungen, die alle Geld kosten. Also ist es nur folgerichtig, wenn die beim Benzin wegbrechenden Einnahmen durch eine Fahrstromsteuer kompensiert werden. Dann jedoch ist es vorbei mit dem

Preisvorteil des Stroms: Würde man den Wegfall der Mineralölsteuer vollends durch einen Aufschlag auf den Strom kompensieren, wäre die Kilowattstunde Fahrstrom glatt doppelt so teuer wie heute.

Das ist nun die rein ökonomische Seite, die der billigen Elektromobilität entgegensteht. Ein weiterer Punkt hat mit der Technik zu tun. Denn die Kosten des Akkus werden von den Propheten der schönen neuen Stromwelt gerne dezent verschwiegen – obwohl oder gerade weil sie beträchtlich sind. Ein Akku, der heute bestenfalls 1.500 Ladezyklen schafft, kostet bei einer Kapazität von 10 Kilowattstunden rund 15.000 Euro. Das heißt: Jede Betankung kostet 10 Euro an Akkuverschleiß. Das ist ein voller Euro pro Kilowattstunde.

Geht man nun davon aus, dass der Preis der Akkus durch Massenfertigung auf ein Drittel sinkt und zugleich die Lebensdauer durch technischen Fortschritt sich um gut das Dreifache erhöht, hätte man die Akku-Kosten pro Ladevorgang auf ein Zehntel gedrückt. Das wären jedoch noch immer 10 Cent pro Kilowattstunde. Realistisch gerechnet, wird das Elektrofahrzeug den Benziner also auch langfristig kaum preislich unterbieten können.

So bleibt am Ende die Erkenntnis, dass es billige Individualmobilität abseits der eigenen Muskelkraft nicht auf Dauer geben wird. Auch das Erdgas, das derzeit noch als billige Alternative existiert, wird nach 2018 mit dem Benzinpreis gleichziehen. Bis dahin hat der Staat die Mineralölsteuer für Erdgas reduziert, doch auch hier gilt: Mit steigendem Marktanteil der Erdgasfahrzeuge wird der Finanzminister sich diese Subvention nicht mehr leisten können. Ist die Frist abgelaufen, dürfte auch hier eine hohe Steuer fällig werden.

Zurück zum Elektroauto. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dieses Fahrzeug ist technisch in der Tat eine attraktive Option. Denn Strom hat den unschlagbaren Vorteil, dass er sich beim Bremsen zurückgewinnen lässt. Und zudem können Elektrofahrzeuge zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen. Denn wenn die Akkus immer dann geladen werden, wenn ohnehin gerade viel Strom verfügbar ist – etwa, weil gerade der Wind kräftig bläst –, dann lassen sich damit die Leistungsschwankungen im Stromnetz vortreff-

lich glätten.

Somit hat das Elektroauto als technische Innovation durchaus Charme und eine große Zukunft. Nur eines wird der Batterieflitzer eben nicht sein: ein Vehikel, das uns durch Discountpreise vom Zwang zur Verkehrsvermeidung befreit.

<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2008/08/30/a0140>

Schwarzenegger stoppt CO₂ Sünder

[Nachrichten.at vom 01.10.2008] Der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat mit seiner Unterschrift ein Gesetz in Kraft gesetzt, mit dem die Emission von Treibhausgasen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduziert werden soll. Dazu sollen Verkehrsprojekte gefördert werden, die Pendlerwege verkürzen und die Zersiedlung stoppen sollen.

Die für die Luftreinhaltung zuständige Behörde muss dazu regionale Ziele für die Reduzierung des Schadstoffausstoßes von Pkw und Lkw festsetzen und Planungsämter anweisen, dazu passende Siedlungsstrategien zu entwickeln. Städte und Kreise müssen diese Pläne zwar nicht umsetzen, sie würde damit aber riskieren, staatliche Zuschüsse zu ihren Verkehrsausgaben zu verlieren. Ziel ist, die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort zu reduzieren.

<http://www.nachrichten.at/politik/aussenpolitik/739178?PHPSSESSID=169e8144b6e7d33881d72a6cbf892739>

9. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Gabriel warnt vor Rolle rückwärts in der Energiepolitik – Scharfe Kritik an Strategiepapier der CDU/CSU-Fraktion

[BMU-Pressedienst Nr. 191/08 Energiepolitik vom 10.09.2008] Zum Strategiepapier der Unionsfraktion zur Energiepolitik sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am 10.09.2008 in Berlin:

„Die Unionsfraktion will, dass die Energieversorger auch weiterhin zumindest teilweise CO₂-Emissionszertifikate kostenlos zugeteilt bekom-

men. Damit wird die erneute Abzocke der Stromkunden vorbereitet, denn die Konzerne haben die virtuellen Kosten für diese Zertifikate längst eingepreist. Der Vorschlag der CDU/CSU läuft auf eine Subventionierung der Kraftwerksbetreiber hinaus. Wenn man das will, dann sollte man das auch offen sagen. Außerdem fordert die Unionsfraktion die Ausnahme des gesamten produzierenden Gewerbes von der Versteigerung der Zertifikate – unabhängig davon, ob die jeweilige Branche im internationalen Wettbewerb steht und besonders energieintensiv ist. Das würde bedeuten, dass wir den europäischen Emissionshandel unterminieren. Eigentlich müsste die Bundeskanzlerin wissen, dass das in der EU keine Chance auf Mehrheiten hat. Das ist reine Propaganda vor der Bayern-Wahl und das Gegenteil einer ambitionierten Klimaschutzpolitik.

Zum Thema Atomkraft hat die Union noch vor wenigen Monaten öffentlich erklärt, sie wolle die Laufzeiten von Kernkraftwerken nicht unbegrenzt verlängern, sondern nur um ein paar Jahre. In dem Strategiepapier der Unionsfraktion ist aber gar keine Laufzeit-Begrenzung mehr vorgegeben. Damit wird deutlich, worum es immer gegangen ist: Die Rückkehr in die Atomwirtschaft.

Eine Verlängerung der Restlaufzeiten würde dazu führen, dass der Druck, den wir bei dem letzten Energiegipfeln der Bundeskanzlerin gegenüber der Industrie zum Thema Energieeffizienz aufgebaut haben, verloren geht. Denn natürlich ist die Möglichkeit, mit abgeschriebenen Kernkraftwerken Geld zu verdienen interessanter. Das hat nun offensichtlich auch die Union erkannt. Deswegen soll nun nach der Vorstellung von CDU/CSU mit massivem Einsatz öffentlicher Mittel die Steigerung der Energieeffizienz erkaufte werden. Übrigens ohne dass man sagt, wie das laufen soll. Wenn die Union darunter die Einführung einer Brennstoffsteuer versteht, um gesichert an das Geld aus dem Betrieb von Kernkraftwerken zu kommen, dann ist das nur glaubwürdig, wenn sie das sofort mit trägt und nicht erst im Gegenzug zu längeren Laufzeiten. Stattdessen wird ein eklatanter Atomlobbyismus betrieben, wie ich ihn lange in dieser Oberflächlichkeit nicht erlebt habe. Wie sollen denn die Energieversorger zu einem Verzicht auf 40 Milliarden Euro gezwungen werden, wenn man keine Brennstoffsteuer einführt? Eines

ist allerdings klar: Wenn die Union Geld aus dem längeren Betrieb von Kernkraftwerken abschöpfen will, dann kann sie nicht gleichzeitig behaupten, längere Laufzeiten würden die Strompreise drücken.

Was die Endlager-Frage betrifft: Ich habe mein Konzept zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – vor fast genau zwei Jahren vorgelegt. Die Union hatte bislang noch nicht einmal den Mut, dieses Papier auch nur zu beraten. Jetzt ruft sie ‚haltet den Dieb!‘. Das ist im höchsten Maße unredlich. Die Bundeskanzlerin hat Recht, wenn sie sagt, wir könnten in der Endlagerfrage weiter sein. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Union ihre unverantwortliche Blockadepolitik aufgibt und den Mut hat, eine offene Standortsuche zuzulassen.“

Köhler: „Wir brauchen eine umfassende Strategie für die Verwirklichung der Idee der Nachhaltigkeit“

[DBU, 26.10.2008] Der Deutsche Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU, Osnabrück) ist zum 16. Male vergeben. Den mit 500.000 Euro höchst dotierten Umweltpreis Europas teilen sich 2008 der Dekan der Donald Bren School für Umweltwissenschaft und -management der Universität Kalifornien (Santa Barbara), Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und der Gründer und Vorstandsvorsitzende des mittelständischen Biotech-Unternehmens BRAIN AG (Zwingenberg), Dr. Holger Zinke.

Anlässlich der Preisverleihung in der Stadthalle Rostock betonte heute Bundespräsident Horst Köhler die Notwendigkeit einer neuen industriellen Revolution in der Energie- und Ressourcenproduktivität – weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien. Köhler: „Kleine Kurskorrekturen reichen nicht mehr. Wir brauchen eine umfassende Strategie für die Verwirklichung der wunderbaren, guten Idee der Nachhaltigkeit.“

Köhler wies vor 1.100 Gästen darauf hin, dass die Herausforderungen, vor denen die Menschheit stünden, riesig seien. In 50 Jahren würden über neun Milliarden Menschen auf der Erde leben, die alle dem Modell nacheiferten, das die westlichen Industriestaaten in den vergangenen 150 Jahren

entwickelt hätten. Köhler: „Ein Modell, von dem wir jedoch inzwischen wissen, dass es die Tragfähigkeit der Erde überfordert, wenn alle ihm folgen.“ Deshalb müsse ein Wohlstandsmodell entwickelt und vor allem vorgelebt werden, das weltweit tragbar und übertragbar sei. Die Industrieländer müssten ohne weiteren Zeitverlust ihren ökologischen Fußabdruck in der Welt drastisch verkleinern. Gleichzeitig brauchten die Entwicklungs- und Schwellenländer Technologien und Verfahren, die es ihnen erlaubten, besonders umweltschädliche Kapitel unseres eigenen Industrialisierungsprozesses zu vermeiden. Köhler: „Von einem solchen zukunftsfähigen Wohlstandsmodell ist die Welt und sind vor allem auch die westlichen Industriestaaten und auch wir in Deutschland noch weit entfernt.“

Zwar sei in Sachen Nachhaltigkeit in den vergangenen Jahren einiges geschehen. Und auch in der Politik werde gehandelt. Aber in Deutschland könne das Ziel, die Ressourcenproduktivität bis 2020 zu verdoppeln, voraussichtlich nicht mehr erreicht werden, „wenn wir nicht erheblich an Tempo zulegen“. Besorgniserregend sei, dass etwa der Kohlendioxidausstoß im vergangenen Jahr weltweit drastisch zugenommen habe und damit selbst die pessimistischsten Prognosen des Weltklimarates noch übertroffen worden seien. Genauso bedenklich sei, dass nach jüngsten Erhebungen mittlerweile rund ein Viertel aller Säugetiere vom Aussterben bedroht sei.

Für ein zukunftsfähiges Wohlstandsmodell seien Erfindergeist und Ingenieurwissen wichtig. Deutschland als Technologie- und Marktführer in Sachen Energie- und Rohstoffproduktivität sei in der Lage, mithilfe moderner Technik etwa die Einsparmöglichkeiten im Strom- und Wärmeverbrauch zu erschließen. Köhler: „Wir haben die Kreativität und die technischen Möglichkeiten für eine Revolution in der Energie- und Ressourcenproduktivität. Das sollte uns Mut machen, sie dann auch konsequent zu nutzen.“ Es gehe nämlich darum, die größte unerschlossene Energiequelle – die Energieeinsparung – nutzbar zu machen. Köhler: „Die deutsche Wirtschaft hat allen Grund, in einer Effizienzrevolution für sich eine riesige Chance zu sehen.“

Nachhaltigkeit sei aber vor allem eine Frage der persönlichen Haltung und des Lebensstils. Wir

alle müssten unsere Einstellungen überprüfen und auf eine neue Balance hinwirken „zwischen den Wünschen des Einzelnen und dem, was die Erde aushält“. Dabei gehe es nicht um Askese, sondern um das Finden von Maß und Mitte für diese Eine unsere Welt. Bewusster und bejahter Verzicht könne einen Gewinn an Lebensqualität bedeuten. Menschen, die nur nach materiellem Reichtum strebten, hätten weniger Aussicht auf Lebenszufriedenheit als jene, die sich persönliche Ziele jenseits des bloßen Konsums steckten und soziale Beziehungen pflegten. Köhler: „Erst wenn man auch imstande ist, weniger zu wollen, kann man Herr über die eigenen Bedürfnisse bleiben.“ Die Menschen müssten dazu bereit sein, nach dem Grundsatz zu handeln, dass jede Generation die Erde in einem besseren Zustand hinterlassen müsse als sie sie vorgefunden habe; sie müssten bereit sein, dafür zu sorgen, dass ihr Lebensstil nicht das Leben anderer gefährde, zitierte das Staatsoberhaupt den Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus. Für die Idee der Nachhaltigkeit stünden auch die Träger des Deutschen Umweltpreises 2008, des „wichtigsten Umweltpreises in Europa“, wie Köhler eine überregionale deutsche Tageszeitung zitierte. Sie gäben in Theorie und Praxis Antworten auf die Frage, wie man den kommenden Generationen ihre natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen sichern helfe. Von Weizsäcker und Zinke zeigten, dass die Vision, Energieverbrauch und Ressourcennutzung deutlich zu verringern, keine Utopie bleiben müsse. Köhler: „Der einzig wahre Realist ist der Visionär.“ Prof. Dr. Klaus Töpfer – Mitglied der Jury, selbst Umweltpreisträger und ehemaliger Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen – betonte in seiner per Videobotschaft eingespielten Laudatio, von Weizsäcker habe wohl als Erster darauf aufmerksam gemacht, wie sehr wir unseren Wohlstand subventionierten, indem wir die Natur verbrauchten und ausbeuteten. Er habe sich nicht gescheut, politische Verantwortung zu übernehmen und an den wichtigsten Stellen in der Welt für einen wirkungsvolleren Umgang mit unseren natürlichen Rohstoffen zu kämpfen.

Zu Zinke führte ebenfalls in einer Videobotschaft Dr. Wolfgang Plischke – Mitglied der Jury und Vorstand der Bayer AG – aus, er habe wesentliche Impulse für die weiße Biotechnologie am Standort Deutschland gegeben. Mithilfe des „Werkzeug-

kasten der Natur“ habe er völlig neue biologische Wirkstoffe identifiziert, mit denen sich herkömmliche chemische Industrieprozesse durch umweltfreundlichere biologische Verfahren ersetzen ließen. Das spare Energie und Materialien, schone fossile Ressourcen und mache uns zukünftig unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt zur Verfügung stünden.

Zinke und seinem Team sei es gelungen, ein deutsches mittelständisches Unternehmen zum Schrittmacher für die Entwicklung einer gesamten Branche zu machen.

Von Weizsäcker betonte im Gespräch mit Moderator Stefan Schulze-Hausmann, dass er sich von allen beruflichen Stationen am Wuppertal-Institut wohl am Wohlsten gefühlt habe und dort mit seinen 150 Mitarbeitern Vieles gestaltet habe. Mit Blick auf die Gegenwart unterstrich er die Bedeutung einer ökologischen Steuerreform, die die menschenfreundlichste, sozial- und wirtschaftsverträglichste sowie effektivste Form einer Steuerung sei. Diese Gedanken müssten auch in die asiatischen Wachstumsräume transportiert werden, weil „dort die Musik spielt“. Und natürlich müssten auch Fragen der Energie- und Ressourcenproduktivität mit Nachdruck verfolgt werden.

Zinke – mit 45 Jahren jüngster Umweltpreisträger – wies in seinen Dankesworten darauf hin, dass er bei dieser Auszeichnung symbolisch für das Unternehmen und alle 72 Mitarbeiter stehe. Gemeinsam mit ihnen sei er sehr froh und auch stolz, dass die langjährige Arbeit als „biologisches Gewissen der Industrie“ ihre Würdigung in einem so renommierten Preis gefunden habe. Gleichzeitig verstehe sein Unternehmen diese Auszeichnung als Bestätigung seines Beitrags an dem industriellen Transformationsprozess und Motivationsschub für weitere Produkt- und Prozessentwicklungen für ein nachhaltiges Wirtschaften.

www.dbu.de

Deutscher Umweltpreis 2008 für Ernst Ulrich von Weizsäcker – Vorreiter für die ökologische Steuerreform wird geehrt

[Damian Ludewig, FÖS, 26.10.2008] „Macht Kilowattstunden arbeitslos, nicht Menschen!“ Ernst Ulrich von Weizsäcker ist ein vorausschauender Mensch mit Visionen und Durchhaltevermögen.

Bereits Ende der 1980er Jahre erkannte er: „Die einzige Chance ist, dass man dasjenige Signal, das alle Marktteilnehmer verstehen, nämlich den Preis, so verändert, dass das Wegrationalisieren von Kilowattstunden oder Gigajoules rentabler wird als das Wegrationalisieren von Menschen. Das ist der Grundgedanke der Ökologischen Steuerreform – absolut freiheitskonform also – es wird überhaupt nicht in Details des Wirtschaftsgeschehens eingegriffen – und bewusst aufkommensneutral.“ Ein Jahrzehnt später war es dann so weit: Die Ökologische Steuerreform wurde auch in Deutschland eingeführt, nachdem schon zahlreiche Staaten diese eingeführt hatten. Energie wurde durch die Ökosteuer verteuert und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Senkung der Lohnnebenkosten vergünstigt. So wurden umweltschädliche, weil energieintensive Produkte verteuert und umweltfreundliche, Arbeitsplatz schaffende Produkte verbilligt, denn „die Verbrauchermacht kann sich nur entfalten, wenn sich Verbraucher an eingängigen Symbolen rasch orientieren können“, so Ernst Ulrich von Weizsäcker.

„Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen!“ Dazu müssen „Preise die ökologische Wahrheit sagen“, wie ein weiterer zentraler Leitspruch von Weizäckers lautet: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen, weil er den Preisen nicht erlaubt hat die ökonomische Wahrheit zu sagen, aber der Kapitalismus kann zusammenbrechen, wenn er den Preisen nicht erlaubt, die ökologische Wahrheit zu sagen.“ Die Ergebnisse haben Ernst Ulrich von Weizsäcker doppelt recht gegeben. Zum Einen hat die Ökologische Steuerreform nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) rund 250.000 Arbeitsplätze geschaffen, der Benzinverbrauch ist erstmal in der Geschichte der BRD um rund 17 Prozent gesunken und die Fahrgastzahlen des Öffentlichen Verkehrs sind im Gegenzug deutlich gestiegen – auch dank des gestiegenen Ölpreises. Die Anreize haben also Wirkung gezeigt. Sie haben Innovationen hervorgerufen und die Effizienz gesteigert. Allerdings war die Ökologische Steuerreform erst ein Einstieg. Noch immer finanziert sich der Staat zu über 60 Prozent durch die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben, werden Steuern auf den Naturverbrauch zu

weniger als 10 Prozent zum Staatseinkommen beitragen.

Zu niedrige Energiepreise als Mitursache der Finanzkrise

Zum Anderen weist Weizsäcker darauf hin, dass die aktuelle Finanzkrise auch ihre Ursache darin hat, dass die USA ihre gesamte Infrastruktur und Produktpalette wie die Energie verschwendenden Autos mit dem Kalkül dauerhaft billigen Öls gebaut haben. Der Siedlungsraum rund um die Städte wurde unter dem Eindruck billigen Benzins gewaltig ausgedehnt. Viele Millionen neuer Häuser wurden weit ab von den Arbeitsplätzen und auf Pump gebaut. Als endlich die Wahrheit über die Ölknappheit zutage trat und die Benzinpreise nach oben schossen, purzelten die Immobilienpreise und Autofahren wurde teuer. Alternativen gab es keine und so gingen die Konsumausgaben auf den hohen Spritpreis drauf und die Haus-schulden konnten nicht mehr zurückgezahlt werden.

„Faktor Vier: Doppelter Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch!“

Das Ziel von Ernst Ulrich von Weizsäcker ist der Faktor Vier: Unsere Wirtschaftsweise muss so umgestaltet werden, dass wir weltweit den Wohlstand verdoppeln und gleichzeitig den Naturverbrauch halbieren können.

Um seinem Ziel einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft näher zu kommen, hat Ernst Ulrich von Weizsäcker 1994 den Förderverein Ökologische Steuerreform mitbegründet, der im Mai 2008 in „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ umbenannt worden ist.

Bis zum Jahr 2000 war er dessen Vize-Vorsitzender und ist heute noch im Beirat des FÖS aktiv. Dr. Anselm Görres, heutiger Vorsitzender des FÖS, erklärt: „Auch dank seiner Unterstützung konnte das FÖS so große Erfolge wie die Ausrichtung der 7. Weltumweltsteuerkonferenz mit über 300 Teilnehmern aus 49 Ländern im November 2007 und die Gründung der europäischen Experten-Plattform „Green Budget Europe“ am 25. September diesen Jahres realisieren. Wir danken Ernst Ulrich von Weizsäcker für sein Engagement ganz herzlich und gratulieren ihm sehr zu dieser besonderen Auszeichnung am heutigen Tage.“

Zur Pressemitteilung:

http://www.foes.de/de/Pressemitteilung_26102008.php

Ökonom: „Energiesparlampen sparen durch Emissionshandel kein CO₂“

[*Volksstimme.de vom 02.10.2008*] Interview mit Wirtschaftswissenschaftler Joachim Weimann. *Volksstimme: Herr Weimann, ein Kohlekraftwerk pustet jährlich Millionen Tonnen Treibhausgase in die Luft. Sie behaupten aber, es würde dem Klimaschutz rein gar nichts nützen, wenn Sachsen-Anhalt den Bau eines Steinkohlekraftwerks verhindert. Wie kommen Sie darauf?*

Weimann: Das ist gar nicht so kompliziert: Jedes Kraftwerk und sehr viele Industriebetriebe müssen für ihre CO₂-Emissionen Zertifikate erwerben. Also eine Art Erlaubnis, eine bestimmte Menge Kohlendioxid pro Jahr in die Luft pusten zu dürfen. Da die Gesamtmenge aller Zertifikate in den Ländern der Europäischen Union nach oben begrenzt ist, sind auch die CO₂-Emissionen gedeckelt – Fachleute sprechen vom Cap. Will jemand ein neues Kraftwerk bauen, muss er anderen Unternehmen Zertifikate am Markt abkaufen. Das bedeutet: Wenn ein Steinkohlekraftwerk in Sachsen-Anhalt – sagen wir für 10 Millionen Tonnen – Zertifikate hat, dann werden in Sachsen-Anhalt 10 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft gepustet – woanders in Europa aber 10 Millionen Tonnen weniger. Also: Verhindern wir das Kraftwerk, treiben wir einen Energieproduzenten weg, ohne in der Gesamtbilanz auch nur ein Gramm Kohlendioxid zu sparen.

Volksstimme: Aber nun will Sachsen-Anhalt auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und hat ein Klimaschutzkonzept vorgelegt. Was halten Sie davon?

Weimann: Regionale Programme, mit denen der Staat in die Industrie hineinregiert, sind nicht sinnvoll. Es ist ja egal, ob das CO₂ in Sachsen-Anhalt, Bayern oder Südfrankreich reduziert wird – Hauptsache ist, dass es zu minimalen Kosten reduziert wird. Und das wird durch den Emissionsrechtehandel garantiert, denn er bewirkt, dass die Unternehmen einen massiven Anreiz erhalten, genau dort zu vermeiden, wo es mit den geringsten Kosten möglich ist.

Volksstimme: Aber Verkehr und private Haushalte unterliegen keinem Zertifikatehandel. Was tun?

Weimann: Das Beste wäre aus meiner Sicht, den Verkehr in den Zertifikatehandel einzubeziehen – darüber wird derzeit ja schon diskutiert. Die Mineralölgesellschaften müssten die Zertifikate erwerben. Der Staat gibt die Obergrenze vor und überlässt es den Unternehmen, wo und wie die nötigen Vermeidungsmaßnahmen realisiert werden. Alternativ kann der Staat auch Steuern benutzen, um die CO₂-Emissionen zu regulieren. Allerdings bringt es nur etwas, wenn sich die Steuer nach dem CO₂-Ausstoß bemisst. Nicht wie die Ökosteuer, die sich nach dem Energieverbrauch richtet – mit dem paradoxen Ergebnis, dass ein Liter Diesel, der mehr CO₂ erzeugt als ein Liter Benzin, geringer besteuert wird.

Im Mittelpunkt aller Konzepte aber muss immer die Frage stehen: Wie viel CO₂ spare ich pro investiertem Euro? Da unsere Mittel begrenzt sind, müssen wir zusehen, dass wir für die eingesetzten Gelder so viel Klimaschutz wie möglich bekommen. Das ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ökologisch und moralisch geboten.

Volksstimme: Das Klimakonzept des Landes sieht auch Energieeinsparung vor. Was soll daran verkehrt sein?

Weimann: So lange man dabei Ausgaben für Strom, Gas oder Öl reduziert und das Budget entlastet, ist das in Ordnung. Länder und Bund sollten aber die Finger davonlassen, mit viel Geld Energiesparprogramme zu subventionieren, um dem Klima zu helfen. Es ist ein Märchen zu glauben, mit Energiesparlampen, hocheffizienten Waschmaschinen oder intelligenten Stand-by-Schaltern könnten wir den CO₂-Ausstoß senken. Nicht ein Gramm!

Volksstimme: Wieso nicht?

Weimann: Die Stromunternehmen würden zwar tatsächlich weniger CO₂ ausstoßen – die nun frei gewordenen Zertifikate würden sie aber auf den Markt werfen und verkaufen. Und jene Unternehmen, die die Zertifikate kaufen, werden sie dann nutzen. Wir hätten dann zwar weniger Strom-CO₂, aber – sagen wir – mehr Zementhersteller-CO₂. Dem Klima wäre das egal.

Volksstimme: Aber nun will Sachsen-Anhalt – wie die gesamte Bundesrepublik – einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, der über die Zie-

le des Zertifikatehandels hinausgeht. Kann ein Bundesland überhaupt nichts tun?

Weimann: Doch. Das Land kann zum Beispiel Geld in staatlich geprüfte Fonds investieren, um damit in Osteuropa oder Asien veraltete Kraftwerksanlagen zu modernisieren. Dadurch können x-mal mehr Treibhausgase reduziert werden, als es mit demselben Geldeinsatz in Deutschland noch möglich ist. Das im Ausland eingesparte CO₂ würde dem Land übrigens gutgeschrieben. Das wurde bei den Kioto-Verhandlungen so vereinbart. Und: Wenn Sachsen-Anhalt etwas zusätzlich tun will, kann es selbst CO₂-Zertifikate kaufen.

Volksstimme: Was soll das bewirken?

Weimann: Indem das Land zum Beispiel über seine Naturschutzstiftung Zertifikate aufkauft und „bunkert“, verringert es die Menge an CO₂, die emittiert werden darf. Jede Tonne CO₂, die vom Markt quasi weggekauft wird, darf nicht mehr in die Luft geblasen werden. Ein Zertifikat über eine Tonne kostet am Markt derzeit knapp 25 Euro. Zum Vergleich: Um mit Solarstrom eine Tonne CO₂ zu sparen, müssen zwischen 700 und 1200 Euro aufgebracht werden. Das sind über 2000 Prozent mehr. Welch ein Wahnsinn! Beim Wind sind es immerhin noch zwischen 95 und 168 Euro je Tonne.

Volksstimme: Gerade die Solarbranche ist Sachsen-Anhalts Glanzlicht und bringt Jobs. Was soll daran schlecht sein?

Weimann: Es nichts dagegen zu sagen, dass hier weltweit die größten Produktionsstätten sind. Dass aber das wolkenverhangene Deutschland Weltmeister bei der installierten Fläche je Einwohner ist, hat nichts mehr mit rationaler Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik zu tun. Jeder Stromkunde subventioniert Monat für Monat Solardächer – mit derselben Summe Geld hätte man anderswo viel mehr Klimaschutz kaufen und mindestens genauso viele Jobs schaffen können. Indem man zum Beispiel moderne Kraftwerke baut, weltweit Wälder aufforstet oder aber Geld in die Forschung steckt. Meinetwegen auch in die Solarforschung, um zum Beispiel den Wirkungsgrad der Solarzellen zu erhöhen.

Volksstimme: Zurück zum Zertifikatehandel: Wenn das Land Emissionsrechte kauft, würde es die Zertifikate am Markt verknappten, der Indust-

rie das Leben schwer machen und die Preise hochtreiben. Wird dann nicht alles teurer?

Weimann: Nun – für lau ist Klimaschutz nicht zu haben. Aber: Das Land kann ja Zertifikate jederzeit wieder verkaufen, sicher sogar mit Gewinn. Das ist besser, als wenn der Staat den Unternehmen das Leben mit Grenzwerten und Vorgaben schwer macht. Der Zertifikatehandel hingegen ermöglicht Klimaschutz zu den geringsten Kosten. Denn die Unternehmen kennen die Kosten und Möglichkeiten der CO₂-Vermeidung immer besser, als es die beste Behörde je kann. Deshalb muss man Anreize schaffen, damit die Unternehmen diese Information nutzen und dort einsparen, wo es am günstigsten ist – genau das tut der Emissionshandel.

http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/sachsen_anhalt/?sid=m6usq84eeb2fo0v5drsd21g853&em_cnt=1184908

Bergbau-Geschädigte haben Chancen auf Ausgleichszahlungen

[Steiger, 10.10.2008] Neue Hoffnung für Bergbau-Geschädigte im Saarland: Der Bundesgerichtshof hat Ausgleichsansprüche gegen die RAG Deutsche Steinkohle AG in einem Einzelfall bestätigt. Damit drohen dem Unternehmen Tausende weiterer entsprechender Klagen.

Hausbesitzer, deren Immobilien durch Erschütterungen aus den Bergbau-Beben im Saarland beschädigt werden sowie Anwohner, deren Lebens- und Wohnqualität durch die Ausmaße erheblich eingeschränkt sind, haben nun höhere Chancen auf Ausgleichszahlungen.

Weitere Informationen:

http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,579361,0_0.html

Foodwatch-Forderungen zu Klimaschutz und Landwirtschaft

[Foodwatch.de vom 25.08.2008] Bis zu 60 Prozent der durch die Landwirtschaft verursachten Klimagase könnten eingespart werden. Die Politik ist gefordert, diese Möglichkeit zu nutzen: Agrarpolitik muss Teil der Klimapolitik werden.

Die Landwirtschaft in Deutschland verursacht Treibhausgase in Höhe von 133 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent jährlich – annähernd soviel wie

der Straßenverkehr. Sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft tragen dabei erheblich zum Treibhauseffekt bei. Die ökologische Landwirtschaft emittiert zwar insgesamt 15 bis 20 Prozent weniger Treibhausgase, verursacht aber mehr Emissionen in Teilen der Milch- und Rindfleischproduktion. Das Bio-Siegel enthält keine Kriterien im Hinblick auf Energieverbrauch oder Ausstoß von Treibhausgasen. Wer Bioprodukte kauft, ernährt sich deshalb nicht automatisch klimaschonend. Wichtiger ist die eigene Ernährungsweise, insbesondere die Menge des besonders klimaschädlichen Rindfleisch- und Milchkonsums.

Deshalb fordert Foodwatch:

Agrarpolitik = Klimapolitik: Die Agrarpolitik muss Teil der Klimapolitik werden – mit konkreten Reduktionszielen.

Keine Landwirtschaft auf Moorböden: Die wirtschaftlichste Maßnahme zur Einsparung beträchtlicher Mengen an Treibhausgasen (30 Prozent) besteht im Stopp der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden (1,4 Mio. ha) und der Umwidmung dieser Flächen zu Naturschutzgebieten.

Öko-Landwirtschaft an sich ist kein Klimaretter: Eine vollständige Umstellung der Landwirtschaft auf ökologische Verfahren könnte die Emissionen zwar um bis zu 20 Prozent reduzieren, doch nur auf einer zusätzlichen Fläche von 10 Mio. ha (zu bestehenden 18 Mio. ha). Diese steht jedoch in Deutschland und Europa nicht zur Verfügung. Eine langfristig nachhaltige Reduzierung der Treibhausgase von 60 bis 80 Prozent erfordert deshalb eine Verringerung der Produktion von Fleisch und Milch um etwa 70 Prozent auf gleich bleibender Fläche.

Umweltabgaben statt Subventionen: Das EU-Subventionssystem muss durch ein System von Umweltabgaben und Emissionssteuern ersetzt werden, die sowohl auf die ökologische als auch auf die konventionelle Produktion erhoben werden. Sie haben das Ziel, die besonders klimaschädliche Produktion von Fleisch (vor allem Rindfleisch und Milch) zu verteuern, so dass Nachfrage und Produktion zurückgehen. Die Sozialpolitik muss gleichzeitig dafür sorgen, dass sich alle Menschen ausreichend und ausgewogen

ernähren können.

Kein Anbau von Biosprit-Pflanzen: Der Anbau von Pflanzen zur Treibstoffproduktion verhindert eine effektive Klimapolitik in der Landwirtschaft. Diese Flächen werden für den Anbau von Nahrungsmitteln benötigt, wenn bisher landwirtschaftlich genutzte Moorböden wiedervernässt werden und die Landwirtschaft insgesamt ökologisiert wird.

Informationen über Klimafolgen: Produktinformationen wie CO₂-Labelling sind nicht praktikabel. Der Staat muss den Verbrauchern detailliert für einzelne Nahrungsmittel Informationen über die Klimarelevanz ihrer Ernährung zur Verfügung stellen.

Landwirtschaft muss Teil der Klimapolitik werden

Die Landwirtschaft in Deutschland emittiert mit 133 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten fast ebensoviel Treibhausgase wie der Straßenverkehr. 71 Prozent oder 94 Millionen Tonnen verursacht die Tierhaltung, deutlich mehr als die Hälfte davon die Rindfleisch- und Milchproduktion. 29 Prozent oder 39 Millionen Tonnen entstammen dem Anbau von Pflanzen für Nahrungsmittel. Trotz dieser hohen Treibhausgasmengen ist die Landwirtschaft nicht Teil der deutschen (oder europäischen) Klimapolitik. Die Bundesregierung begründet dies damit, dies sei nicht notwendig, weil es sich bei der Entstehung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft um „natürliche Prozesse“ handle. Das Ausmaß der Treibhausgase in der Landwirtschaft beruht jedoch nicht auf „natürlichen Prozessen“, sondern wird durch die von Menschen gewählten Produktionsmethoden und durch die Ernährungsweise der Konsumenten bestimmt.

Treibhausgase können um 60 Prozent reduziert werden

Wegen des großen Potentials, Treibhausgase in der Landwirtschaft zu reduzieren, muss die Landwirtschaft unbedingt Teil der deutschen und europäischen Klimapolitik werden. Zu diesem Zweck müssen konkrete Reduktionsziele formuliert werden. Bei konsequenter Umstellung der Landnutzung, ökologischer Produktionsweise und einer Verringerung des Konsums von Fleisch und Milchprodukten lassen sich die Treibhausgase der Landwirtschaft um etwa 80 Millionen Tonnen o-

der 60 Prozent reduzieren. Das Klimaziel der Bundesregierung sieht vor, bis 2020 in allen Wirtschaftssektoren (außer der Landwirtschaft) 270 Millionen Tonnen pro Jahr einzusparen. Auf das beträchtliche Einsparpotential der Landwirtschaft darf keinesfalls verzichtet werden.

Umweltabgaben statt Subventionen

Die anstehende Reform der Europäischen Agrarpolitik muss klimapolitisch ausgerichtet werden. Das bestehende Subventionssystem fördert über Flächenprämien die landwirtschaftliche Produktion undifferenziert und ist extrem klimaschädlich. Das Subventionssystem muss abgeschafft und durch ein System von Umweltabgaben und Emissionssteuern ersetzt werden. Die Steuern oder Abgaben müssen auf die Emissionen der Treibhausgase sowie auf den Einsatz klimarelevanter Inputs (Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel) erhoben und gleichermaßen auf Ökolandbau und konventionelle Landwirtschaft angewendet werden.

Die Landwirtschaft in den Emissionshandel mit einzubinden, ist nicht praktikabel. Zu unterschiedlich sind die Emissionen der einzelnen Betriebe. Die Emissionsmengen variieren stark in Abhängigkeit von den jeweiligen Unterschieden in der Tierhaltung, den Bodenbedingungen und anderen Faktoren.

Der Preis klimaschonender Landwirtschaft: Teures Fleisch

Die geforderten Umweltabgaben, die die Subventionen ablösen sollen (siehe oben), werden insbesondere zu einer Verteuerung von Rindfleisch und Milchprodukten und zu einem entsprechenden Rückgang der Nachfrage führen. Der Verbrauch von Schweine- und Geflügelfleisch, die generell viel weniger klimaschädlich sind, würde dagegen ansteigen. Ein signifikanter Rückgang des Konsums und der Produktion von Fleisch sowie der Vergeudung von Fleisch hätte aber nicht nur negative, sondern auch positive Auswirkungen, nämlich auf die menschliche Ernährungsweise in Deutschland, die auf einem zu hohen Fleischkonsum beruht. Allerdings muss die Sozialpolitik gewährleisten, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich angesichts höherer Nahrungsmittelpreise ausgewogen und ausreichend zu ernähren.

<http://www.foodwatch.de/e10/e17197/e17201/e17206/e17265/>

Bio-Masse Verband warnt vor explodierenden Energiekosten

[Glocalist.de vom 08.10.2008] Der österreichische Bio-Masseverband und Photovoltaic Austria warnen, dass die Kosten für Energie von 2003-2008 bereits um 5 Milliarden Euro gestiegen seien. Österreich erfülle nicht den Kioto-Vertrag.

„Derzeit liegen die CO₂-Emissionen Österreichs um etwa 22 Millionen Tonnen jährlich über dem Wert laut Kioto-Vertrag. Daher wird Österreich, diesem Trend folgend, in der Vertragsperiode von 2008 bis 2012 um cirka 110 Millionen Tonnen mehr CO₂ emittieren als vertraglich vereinbart. Wenn man für diese Mengen Zertifikate kauft, werden diese für den Zeitraum von 2008 bis 2012 etwa zwei bis drei Milliarden Euro kosten, also 400 bis 600 Millionen Euro pro Jahr“, so Dr. Heinz Kopetz, Präsident des Österreichischen und Europäischen Biomasse-Verbandes.

In die gleiche Richtung gibt Dr. Hans Kronberger, Präsident von Photovoltaic Austria zu bedenken: „Die Wahl ist geschlagen, die Probleme sind die gleichen geblieben. Die Zeit drängt, es gilt eine Kontinuität in der Entwicklung aufrecht zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit, um die Kosten bei Verfehlung der Kioto-Ziele zu reduzieren und Österreich bei der Umsetzung der kommenden EU-Richtlinie für erneuerbare Energien zu helfen.“

Die Mehrkosten für fossile Energieträger werden einerseits an die Verbraucher direkt weitergegeben, andererseits werden die notwendigen CO₂-Zertifikate teuer zugekauft.

„Investitionen in erneuerbare Energieträger sind keine Entwicklungshilfe für hoffnungsvolle Ersatzenergieträger mehr, sondern ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit. Das wird angesichts der Verknappung der weltweiten Reserven an fossiler Primärenergie von Öl, Gas und Kohle sowie Uran besonders deutlich. Radikale Preisschübe können nur über dauerhaft verfügbare Primärenergieträger aus erneuerbarer Quelle abgefangen werden. Man muss davon ausgehen, dass die Berechnungen der „Energy Watch Group“ stimmen und der Ölpeak bereits vor zwei Jahren stattgefunden hat. Bei Erdgas ist absehbar, dass bereits in den nächsten fünf bis zehn Jahren ein

Versorgungsproblem eintritt“, ergänzt Kronberger.

Energiewende – jetzt!

„Bei Fortsetzung der aktuellen Energiepolitik wird unser Wohlstand immer mehr reduziert, wenn wir tatenlos zusehen. Deshalb ist der Ausweg aus diesem Dilemma nur durch eine echte Energiewende zu schaffen, dazu präsentieren wir die Vorschläge“, so Kopetz. Energiewende bedeutet den zügigen Aufbau eines neuen Systems der nachhaltigen Energieversorgung basierend auf drei Säulen:

- Energie sparen
- Energie effizient umwandeln und einsetzen
- Erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Solarthermie und Geothermie rasch ausbauen

„Notwendige Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beinhalten neben der Übereinstimmung mit internationalen Verträgen die Bereiche Wärme, Strom, erneuerbare Treibstoffe und Antriebssysteme sowie Maßnahmen in der Steuerpolitik“, zeigt sich Kopetz überzeugt.

Ausgewählte Maßnahmen im Einzelnen:

- Erhöhung der energetischen Altbausanierung
- Schaffung eines neuen Wärmegesetzes
- Vereinheitlichung der Förderungen für erneuerbare Wärme
- Neues Ökostromgesetz ohne Deckelung
- Schaffung eines Stromspargesetzes
- Mindestwirkungsgrade bei kalorischen Kraftwerken von mindestens 70 Prozent
- Beibehaltung des Beimischungszieles für Biokraftstoffe und Förderung der Reinverwendung
- Unterstützung von Strom als Alternativtreibstoff unter Verwendung von Strom aus erneuerbarer Quelle
- Entlastung des Faktors Arbeit bei gleichzeitiger Erhöhung der Abgaben für Energie aus fossilen Quellen

„Die Verbesserung der teilweise unerträglichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Aspekte und nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbaren Energie Gesetzes sowie die Einhaltung der Wahlversprechen betreffend der Deckelung im Ökostromgesetz

muss endlich realisiert werden, so wie es auch die wahlwerbenden Parteien bei vergangenen Veranstaltungen signalisiert haben. Speziell für die Photovoltaik muss der Anschluss an die internationale Entwicklung ermöglicht werden“, fasst Kronberger zusammen. Hier muss die erfolgreiche – und schon nach Minuten aufgebrauchte – Förderung des Klima- und Energiefonds als strahlendes Beispiel erwähnt werden, die zeigt, dass die Bevölkerung bei geeigneten Förderungen in erneuerbare Energien investiert. Diese Mittel hierfür müssen unbedingt aufgestockt werden.

„Die Zielsetzung von 34 Prozent erneuerbarer Energien für Österreich in der kommenden EU-Richtlinie für erneuerbare Energien, und damit dem Bekenntnis der Österreichischen Bundesregierung zu mehr Energie aus erneuerbarer Quelle, ist nun der erste Schritt in die richtige Richtung, weitere Schritte müssen folgen“, so Kopetz abschließend.

[http://www.glocalist.at/index.php?id=20&tx_ttnews\[tt_news\]=4589&tx_ttnews\[cat\]=3&cHash=db2e12892d](http://www.glocalist.at/index.php?id=20&tx_ttnews[tt_news]=4589&tx_ttnews[cat]=3&cHash=db2e12892d)

Atomenergie/Endlagerung

[Michael Schroeren, BMU-Pressedienst Nr.170/08, 12.08.2008] Mit der Veröffentlichung eines Entwurfs für strenge Sicherheitsanforderungen setzt das Bundesumweltministerium neue Maßstäbe für die Sicherheit eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. Die aktualisierten Sicherheitsanforderungen beschreiben den Stand von Wissenschaft und Technik, der für den Betrieb und den Verschluss eines Endlagers einzuhalten und von der Genehmigungsbehörde zu prüfen ist. Der Entwurf steht im Internet unter www.bmu.de, Bereich Atomenergie/Ver- und Entsorgung, bereit.

Die Sicherheitsanforderungen legen fest, dass der zuverlässige Einschluss der radioaktiven Abfälle für eine Million Jahre sichergestellt sein muss und ein fortlaufender Optimierungsprozess bei Planung, Betrieb und Verschluss des Endlagers vorzunehmen ist. Die ständige Verbesserung der Endlagerplanung und des Betriebes ist auch eine zentrale Forderung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Zudem müssen die Abfallbehälter so stabil sein, dass die Abfälle für mindestens 500 Jahre in den Behältern verbleiben. Die

sicherheitstechnischen Daten des Endlagers sind für lange Zeit zu dokumentieren. Es ist darzulegen, welcher Bereich in der Umgebung des Endlagerbergwerks vor menschlichen Eingriffen geschützt werden muss. Diese geltenden Sicherheitskriterien von 1983 entsprechen nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik und müssen deshalb überarbeitet werden. Dies haben Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission (RSK und SSK) in einer gemeinsamen Stellungnahme im Jahr 2002 festgestellt.

Zu den hochradioaktiven Abfällen gehören im Wesentlichen abgebrannte Brennelemente und die Rückstände aus der Wiederaufarbeitung solcher Brennelemente. Diese Abfälle weisen ein hohes Gefährdungspotenzial auf. Deshalb werden besonders strenge Maßstäbe an die Zuverlässigkeit des Einschlusses solcher Abfälle in einem Endlager gestellt.

Bislang wurde alleine der Salzstock Gorleben für die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle untersucht. Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums reicht dies nicht aus. Am Ende eines ergebnisoffenen Auswahlverfahrens muss der am besten geeignete Standort ausgewählt werden. Dabei solle sich der Standort Gorleben in einem bundesweiten Auswahlverfahren nach festgelegten Kriterien dem Vergleich mit anderen Standorten mit geeigneten Wirtsgesteinen stellen, zum Beispiel aus Ton oder Granit.

Auf dem internationalen Endlagersymposium, zu dem das Bundesumweltministerium vom 30. Oktober bis zum 1. November 2008 nach Berlin einlädt, werden die neuen Sicherheitsanforderungen Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Neben Experten aus Deutschland und anderen Staaten sollen auch Bürgerinnen und Bürger aus Regionen teilnehmen, in denen es bereits Lager für Atom- müll gibt oder die in der Diskussion sind.

10. LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

Bericht des UVEK über die zukünftige Klimapolitik der Schweiz

[uvek.admin.ch vom 16.08.2007] Kioto-Protokoll und CO₂-Gesetz verlangen Reduktionsziele, die im Durchschnitt über die Jahre 2008 bis 2012 eingehalten werden müssen. Beide Regelwerke halten fest, dass weitere Reduktionen in der Zeit nach 2012 folgen müssen. Das CO₂-Gesetz verpflichtet den Bundesrat, dem Parlament rechtzeitig Vorschläge zu unterbreiten. Diese sind in einem Nachfolgegesetz zu regeln. Dieser Bericht liefert die Grundlagen für die künftige Klimapolitik der Schweiz.

Klimabericht hier erhältlich:

<http://www.uvek.admin.ch/dokumentation/00655/00895/01380/index.html?lang=de&download=M3wBUQCu/8ulmKDu36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfhnappmc7Zi6rZnqCkkIN1fn2AbKbXrZ2lhtTN34a13p6YrY7P1oah162apo3X1cjYh2+hoJVn6w==.pdf>

„Green Recovery“ in USA: 2 Millionen grüne Arbeitsplätze

[[Oekom-research.com](http://oekom-research.com), newsletter 09/2008] Dem jüngst erschienenen Bericht „Green Recovery: A Program to Create Good Jobs and Start Building a Low-Carbon Economy“ zufolge könnten durch staatliche Investitionen in den Umweltschutz in den USA innerhalb von zwei Jahren zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Durch dieses 100 Milliarden US-Dollar schwere Maßnahmenpaket könne die Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent auf 4,4 Prozent gesenkt werden.

Der Report wurde vom Political Economy Research Institute (PERI) der Universität Massachusetts im Auftrag des Center for American Progress (CAP) veröffentlicht und zeigt auf, wie durch energieeffizienteres Wirtschaften innerhalb kurzer Zeit neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Das Maßnahmenpaket würde aus drei Investitionsbündeln bestehen: 50 Milliarden US-Dollar würden als Steuerguthaben an private Haushalte gehen, die ihre Häuser „grüner“ sanieren wollen. 46 Milliarden US-Dollar würden in den Ausbau des öf-

fentlichen Verkehrs, die Renovierung öffentlicher Gebäude und erneuerbare Energien gesteckt werden. Die restlichen vier Milliarden US-Dollar entfielen auf Anleihegarantien.

Weitere Informationen und den Download des Reports finden Sie unter:

www.peri.umass.edu/green_recovery

http://www.oekomresearch.com/?content=newsletter#top_newsletter

Green Jobs – Towards decent work in a sustainable Low-carbon world

[Worldwatch Institute und Cornell University Global Labor Institute für United Nations Environmental Programme (UNEP), 09.2008] Dies ist der erste umfassende Bericht auf globaler Ebene, der über die Entstehung einer "green economy" und deren Auswirkung auf die Welt des 21. Jahrhunderts informiert.

Die Entstehung dieses Arbeitssektors ist größtenteils Ergebnis des Klimawandels und der Notwendigkeit den Emissionsminderungszielen des UN Klima Abkommens gerecht zu werden.

Weitere Informationen und den Download des Berichts finden Sie unter:

www.unep.org/civil_society/Publications/index.asp

www.unep.org/labour_environment/features/green_jobs.asp

Jetzt erschienen: zeo2 - Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft Heft 03/2008

Heft 3 des von der Deutschen Umwelthilfe herausgegebenen Umweltmagazins zeo2 erschienen – Leseproben und Abonnement unter:

www.zeozei.de

Sascha Müller-Kraenner „Energy Security“

In seinem am 09.09.2008 erschienenen Buch „Energy Security“ argumentiert Sascha Müller-Kraenner für eine dringende Überholung des internationalen Gesetzes und fordert Institutionen auf, die Beziehungen zu Ländern wie Russland zu kontrollieren, welche die restlichen Ölvorkommen der Welt besitzen. Das Buch zeigt Alternativen zu

fossilen Brennstoffen als zwei diametrisch gegensätzliche Strategien auf: die ansteigende Verwendung atomarer Energie; und eine verständliche Klimaschutzpolitik mit einem Fokus auf Energienutzung und erneuerbare Energien. In Zeiten von internationalem Terrorismus, existieren erhöhte Bedenken über die Verbreitung von Kernwaffen und die Energiesicherheit argumentiert dafür, dass die Zukunft erneuerbaren Energien gehören sollte.

Sascha Müller-Kraenner ist Senior Policy Adviser und Europäischer Repräsentant der Nature Conservancy. Zudem ist er Partner des Ökologischen Instituts (Berlin) und Lektor an der Hertie School of Governance.

Für weitere Informationen und Buchbestellung:

www.earthscan.co.uk

Claudia Kemfert „Die andere Klima-Zukunft“

Claudia Kemfert, Energieexpertin des DIW, hat in Berlin ihr neues Buch vorgestellt: „Die andere Klima-Zukunft“. Sie kommt darin zum Ergebnis, dass Klimaschutz sich lohnt und in Deutschland zu Einsparungen von 800 Milliarden Euro führen kann, wenn zügig die richtigen politischen Weichenstellungen getätigt werden. Zum Beispiel 1,3 Milliarden Euro aus der Steinkohleförderung abzuziehen und „in die Erforschung innovativer Energien umzuleiten“. Die Firmen sollten zehn Prozent ihres Gewinns in klimaschutzrelevante Produkte stecken und die Verbraucher jeden Tag 70 Cent ausgeben für Klimaschutz. Kemfert schlägt außerdem Ökostrom, ein Hybridauto, und Gebäudedämmung vor. Das Buch ist im Murmann Verlag erschienen, enthält 264 Seiten und ist für 19,90 Euro erhältlich.

Einen Bericht über die Buchvorstellung mit Claudia Kemfert und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos finden Sie hier:

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Klimaschutz;art271,2611214>

Marcel Hänggi „Wir Schwätzer im Treibhaus“

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Wir Schwätzer im Treibhaus, warum die Klimapolitik versagt.“, stellt der freischaffende Züricher Wissen-

schaftsjournalist Marcel Hänggi unter anderem positiv besetzte Begriffe und allgemein akzeptierte Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels radikal in Frage. Zum Beispiel die Energieeffizienz, die Förderung von erneuerbaren Energien, den Emissionshandel, klimaneutrale Flugreisen etc. Hänggi predigt gegen „das Mehr“: Es brauche nicht mehr erneuerbare Energien, nicht mehr Öko-Autos, sondern weniger Treibhausgase. Das lasse sich weder mit Effizienz noch mit Emissionshandel erreichen, sondern am einfachsten mit reduzierter Förderung von Erdöl, Erdgas und Kohle.

Das Buch ist im Rotpunktverlag Zürich erschienen, umfasst 280 Seiten und kostet 21,50 Euro.

Eine Rezension finden Sie hier:

<http://www.tagblatt.ch/magazin/tb-bu/art338,975885>

Peter Barnes „Kapitalismus 3.0“

[Böll E-Digest Nr. 29 vom 23.10.2008] Angesichts der aktuellen Krise auf den Finanzmärkten werden Stimmen laut, die eine grundsätzliche Neujustierung des Kapitalismus fordern. Wie diese aussehen könnte und welche neuen Regeln und Institutionen es braucht, um unsere Wirtschaftsweise zukunftsfähig zu machen – darauf gibt der amerikanische Publizist und Unternehmer Peter Barnes in seinem aktuellen Buch „Kapitalismus 3.0“ einige Antworten. Der Autor fordert einen neuen ökonomischen Ordnungsrahmen und plädiert für die Sicherung und Stärkung der Gemeinschaftsgüter, also jener natürlichen Reichtümer (u.a. Atmosphäre und Ökosysteme), die uns nicht individuell, sondern als Mitglieder einer Gemeinschaft gehören.

Sie können sich den Auszug aus dem Buch als pdf-Datei herunterladen:

http://www.boell.de/downloads/wirtschaftsoziales/barnes_kapitalismus3.pdf

Ergebnisse aus der Forschungsarbeit

[Oeko-Institut e.V.] Welche Rolle spielt die Luftfracht bei Lebensmitteln und was bedeutet das für unser Klima? Was ist dran an der Diskussion um eine so genannte „Stromlücke“? Warum werden individuelle Fischfangquoten heiß diskutiert und was gilt es dabei zu beachten, wenn das Fischereimanagement nachhaltiger werden soll? Und

welches Risiko schlummert in stark belasteten Sondermüllabfällen, wenn sich an der aktuellen Entsorgungspraxis nichts ändert?

Zusammenfassungen der Forschungsergebnisse des Öko-Instituts zu diesen Fragen:

http://www.oeko.de/files/e-paper/080801/application/pdf/083_16-17_ergruenden.pdf

11. TERMINE

Globalisierung als Schicksalsfrage: Warum brauchen wir eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft?

18. November 2008, 20.00 Uhr, Saal der Katholische Hochschulgemeinde an der TU München, Karlstr. 32, 80333 München

Prof. Radermacher wird die internationale Entwicklung vor dem Hintergrund der rasch wachsenden Weltbevölkerung und dem zunehmenden Konflikt um Ressourcen sowie der Problematik immer größerer Umweltbelastungen beleuchten. Im Fokus stehen die ökologischen Probleme ebenso wie Fragen des sozialen Ausgleichs und damit der weltethischen Orientierung, und zwar in einer intragenerationellen wie einer intergenerationellen Betrachtung. Als wesentlicher Faktor wird insbesondere die weltkulturelle Problematik identifiziert, die die ökologisch-sozialen Fragen weiter verschärft. Prof. Radermachers Ausführungen werden verdeutlichen, dass zukünftige Entwicklungen durch drei mögliche Konstellationen geprägt sein werden: Kollaps, Ökodiktatur/ Brasilianisierung und eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Nur der letzte Weg ist mit Nachhaltigkeit kompatibel. Der Global Marshall Plan wird als ein möglicher erster Schritt in diese Richtung vorgestellt.

Brasilien: RIO 9 und LAREF 2009

Hauptanliegen der Veranstaltung RIO 9 – World Climate & Energy Event zusammen mit LAREF 2009 – Latin America Renewable Energy Fair vom **17. bis 19.03.2009** in Rio de Janeiro, ist die Förderung von erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie um den Klimawandel zu bekämpfen und den Übergang zu einem weltweit

tragbaren Energievorrat zu beschleunigen.

Wie die vorherigen RIO Veranstaltungen 2002-06, wird RIO 9 ein Treffpunkt führender Wissenschaftler, Politiker und Entscheidungstreffer der Industrie. Unter allen erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie, Biomasse, Erdwärme und Wasserenergie, wird sich RIO 9 auf photovoltaische Energiegeneration konzentrieren.

Weitere Informationen unter:

<http://www.rio9.com>

Konferenz: Nachhaltige Geldanlage – Produkte, Strategien und Konzepte

Eindrucksvoll haben die Börsen in den letzten Jahren bewiesen, dass Ökologie und Wirtschaftlichkeit längst kein Widerspruch mehr sind – bzw. sein dürfen! Am **19. November 2008** findet in der Frankfurt School of Finance & Management in Frankfurt am Main die Konferenz „Nachhaltige Geldanlagen – Produkte, Strategien und Beratungskonzepte“ statt. Im Fokus steht das Thema Nachhaltige Geldanlage als attraktive Produktklasse. Es soll dabei veranschaulicht werden, wie nachhaltige Geldanlagen effizient in die Vertriebsbereiche von Banken und Sparkassen eingebettet werden und wie nachhaltige Geldanlagen zur Optimierung des Portfolios von Anlegern und Investoren beitragen.

Weitere Informationen auch unter:

http://www.frankfurt-school-verlag.de/verlag/konferenz/nachhaltige_geldanlagen.html

12. JOBANGEBOTE

FNG sucht GeschäftsführerIn

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. sucht bis zum 31.10.2008 eine Leitung der Geschäftsstelle in Teilzeit. Sie verfügen möglichst über mindestens fünf Jahre einschlägige Berufserfahrung, ein abgeschlossenes Hochschulstudium, umfassende Erfahrungen im Finanzdienstleistungssektor sowie speziell zum Themenbereich nachhaltige Geldanlagen. Bitte richten Sie Ihre Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf und Zeugnisse) unter Angabe der Referenznummer: FI501 bis zum 31.10.2008 an jobs@adelphi-consult.com.

Kontakt: Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V., Caspar-Theyß-Straße 14a, 14193 Berlin, Fon 030 89-000 68-0, Fax 030-89 000 68-10, office@forum-ng.de, www.forum-ng.de

Stellenausschreibung GTZ-BeraterIn

Bis zum 03.11.2008 sucht die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) für den Einsatzort Bonn eine/n Berater/in für Umweltpolitik und Umweltökonomie in Teilzeit. Beim Tätigkeitsfeld handelt es sich um das Sektorvorhaben Rioplus – Umweltpolitik und Förderung von Strategien nachhaltiger Entwicklung. Einsatzzeitraum ist vorläufig von Dezember 2008 bis Januar 2010.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.gtz.de/de/karriere/stellenmarkt/24996.asp>

Stellenausschreibung Greenpeace-Assistenz

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Ihr Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich, politisch und finanziell unabhängig und nimmt keine Gelder von Regierungen, Parteien oder der Industrie.

Greenpeace sucht zum schnellstmöglichen Zeitpunkt einen engagierten Menschen als Assistenz (m/w) für die Politische Vertretung in Berlin.

Bei Interesse richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 8. November 2008 unter dem Stichwort „Assistenz PV“ an: Greenpeace e.V., Personalbereich: Fina Rodríguez, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg, mailto: personal@greenpeace.de

Ausschreibung BMU-Beratungsvorhaben

Bis zum 28.11.2008 sucht der BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) eine Wissenschaftliche Begleitung bei der Erarbeitung und Umsetzung der Instrumente und der Strategie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und mit Ausblick auf Europa vor dem Hintergrund der Erreichung hoher Anteile der Erneuerbaren Energien.

Weitere Informationen finden Sie hier:

http://www.bund.de/nm_176712/Organisations/Bund/U/BR-Deutschland/U/BMU/Daten/Ausschreibungen/081022-begleitung-ausschr-anl_templateId=raw,property=publicationFile.pdf

Greenjobs

Vor 8 Jahren starteten Uwe Trenkner und Jan Strohschein die Jobbörse greenjobs.de. Heute steht hinter der Jobbörse ein Verein und greenjobs.de ist die bedeutendste Quelle für „grüne“ Jobs im deutschsprachigen Internet. Rund 250 laufend aktuelle Stellenangebote verzeichnet die Jobbörse mittlerweile, und weit über 100.000 Besucher schauen jeden Monat auf www.greenjobs.de nach neuen Stellenangeboten oder -gesuchen. Das Angebot richtet sich gezielt an Bewerber und Arbeitgeber aus dem Bereich Umwelt. greenjobs.de zeichnet sich durch eine übersichtliche, einfach zu handhabende und barrierefreie Struktur aus, die auch für seh- und /oder mobilitätsbehinderte Nutzer geeignet ist.

www.greenjobs.de

FÖS sucht PraktikantIn

Beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ist ab 01. Januar 2009, nach dem Umzug der Geschäftsstelle von München nach Berlin, eine Praktikumsstelle frei. Bevorzugt gesucht werden Studierende der Fachrichtungen Wirtschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften. Mögliche Aufgaben werden sein: die Mitarbeit bei der Erstellung unseres deutschen und englischen Newsletters, die Pflege der Access-Datenbank, die Aktualisierung der englischen und deutschen Homepage, die Mitarbeit bei Organisation und Durchführung von Lobby-Gesprächen und Vorträgen, die Mitarbeit bei der Buchhaltung sowie die Recherche spezifischer Informationsmaterialien. Erfahrung in der Anwendung einschlägiger Computer-Programme, Formulierungssicherheit im Deutschen und gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift sind wichtige Kriterien für die Auswahl unserer PraktikantInnen.

Zwar können wir keine Bezahlung anbieten, allerdings sind die Kenntnisse, welche bei uns gewonnen bzw. ausgebaut werden können, die Grundlage für alle Jobs im Bereich der öffentlichen Ver-

waltung bzw. im NGO-Bereich. In Ausnahmefällen ist es möglich, dass Praktikanten für die Mitarbeit an einem konkreten Projekt eine bescheidene Aufwandsentschädigung erhalten.

Bewerbungen samt Lebenslauf richten Sie bitte an die FÖS-Geschäftsstelle.